

Sebastian Huhn

**Einwanderungsdiskurse und Migrationspolitik in Costa Rica**

**Wandel und Konstanten in der gesellschaftlichen  
Auseinandersetzung mit der nikaraguanischen  
Migration seit den 1980er Jahren**

## **Institut für Iberoamerika-Kunde**



## **Verbund Stiftung Deutsches Übersee-Institut**

Das Institut für Iberoamerika-Kunde bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut in Hamburg.

Aufgabe des Instituts für Iberoamerika-Kunde ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika.

Das Institut für Iberoamerika-Kunde ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des jeweiligen Autors und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

**Beiträge zur Lateinamerikaforschung  
Institut für Iberoamerika-Kunde – Hamburg  
Band 18**

**Sebastian Huhn**

**Einwanderungsdiskurse und  
Migrationspolitik in Costa Rica**

**Wandel und Konstanten in der  
gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit  
der nikaraguanischen Migration seit den  
1980er Jahren**

**Institut für Iberoamerika-Kunde  
Hamburg 2005**

Sebastian Huhn

**Einwanderungsdiskurse und Migrationspolitik in Costa Rica**

**Wandel und Konstanten in der gesellschaftlichen  
Auseinandersetzung mit der nikaraguanischen Migration seit  
den 1980er Jahren**

Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde 2005

(Beiträge zur Lateinamerikaforschung Bd. 18)

ISBN 3-936884-18-8

Die vorliegende Arbeit wurde vom Fachbereich Geschichte, Philosophie, Sozialwissenschaften der Universität Hannover unter dem Titel „Die Auseinandersetzung mit der nicaraguanischen Migration in Costa Rica seit den 1980er Jahren“ im Jahre 2003 zur Erlangung des akademischen Grades eines Magister Artium angenommen.

Sebastian Huhn, M. A., geboren 1974, hat Geschichtswissenschaft und Politikwissenschaft in Hannover und Costa Rica studiert und arbeitet zurzeit am Institut für Iberoamerika-Kunde in Hamburg. Themenschwerpunkte: Internationale Migration und Migrationspolitik, gesellschaftliche Integrations- und Desintegrationsprozesse, Gewalt und öffentliche Sicherheit, Menschenrechte; Regionaler Schwerpunkt: Zentralamerika.

## Inhaltsverzeichnis

Danksagung	7
1. Einleitung	9
2. Der ökonomische, politische und soziale Rahmen	19
2.1 Der Umfang der Migration	19
2.2 Die Wirkungen von Modernisierung und Krise in Zentralamerika	23
2.2.1 Der MCCA, die Industrialisierung und die Modernisierung der zentralamerikanischen Landwirtschaft	23
2.2.2 Das „Verlorene Jahrzehnt“ 1980-1990	27
2.3 Das Wohlstandsgefälle in den 1980er und 1990er Jahren	29
2.4 Die Bedeutung der Migration für den Arbeitsmarkt	33
2.5 Die ökonomische Krise in Costa Rica	41
3. Migrationstheoretische Angebote	45
3.1 Die Theorie der <i>push</i> - und <i>pull</i> -Faktoren	45
3.2 Die Netzwerk-Theorie	47
3.3 Die Theorie transnationaler sozialer Räume und Identitäten	48
3.4 Die Theorien im Test	50
4. Elemente der gesellschaftlichen Auseinandersetzung	57
4.1 <i>El otro nicaragüense</i> : Der nationale Diskurs im 19. Jahrhundert	58
4.2 Vorurteile und Stereotypen am Ende der 1990er Jahre	60
4.3 Die Tradition von Vorurteilen und Stereotypen	64

5.	Juristische und politische Antworten auf die nikaraguanische Migration	71
5.1	Die Migrationsgesetzgebung	71
5.2	Der Umgang mit Fluchtmigration	76
5.3	Grenzkontrollen und innere Überwachung	81
5.4	Die Abschiebep Praxis	83
5.5	Kontrolle des Arbeitsmarktes	85
5.6	Die Amnestiepolitik	90
6.	Die Grenze: der Bedeutungswandel und seine Funktion	95
7.	Die produktive Funktion der Migrationsdiskurse – eine Skizze	101
8.	Zusammenfassung: Wandel und Konstanten in der Auseinandersetzung mit der nikaraguanischen Migration	107
9.	Quellen- und Literaturverzeichnis	119
9.1	Quellen	119
9.2	Literatur	125
9.3	Abkürzungsverzeichnis	134

## Danksagung

Ich bedanke mich herzlich bei allen, die mich bei der Anfertigung dieser Arbeit unterstützt haben.

Mein ganz besonderer Dank gilt Prof. Dr. Volker Wunderlich. Er hat mir während meines Studiums viel Zeit für Ratschläge und Hilfe gewidmet. Auch bei der Entdeckung dieses Themas und der Entwicklung der Fragestellung hat er mir wesentlich geholfen. Durch sein großes Engagement war es mir möglich, in Costa Rica zu studieren und für diese Arbeit zu recherchieren. In diesem Zusammenhang danke ich auch dem Deutschen Akademischen Austauschdienst für seine Unterstützung. Schließlich danke ich Volker und Prof. Dr. Claus Füllberg-Stolberg für die Begutachtung meiner Magisterarbeit.

In Costa Rica halfen mir Dr. Ronny Viales, Dr. Victor Hugo Acuña und Prof. Dr. Eleonore von Oertzen bei allen thematischen Fragen, während mir Yvonne Michel, Mario Solis, Jorge Juárez und Bruno Muñoz-Perez halfen, mich in Costa Rica wohl zu fühlen und zurecht zu finden.

Mein größter Dank während des Schreibprozesses gilt meinem Freund Jan Oltmanns. Er war mein größter Kritiker und ein geduldiger Ratgeber zugleich. Viele Ideen dieser Arbeit entwickelte ich in Diskussionen mit Jan. Durch sein Engagement und seine Hilfe habe ich bis zum Ende nicht den Mut verloren.

Ich danke dem Institut für Iberoamerika-Kunde für die Möglichkeit, die Arbeit zu veröffentlichen. In diesem Zusammenhang bedanke ich mich insbesondere bei Prof. Dr. Klaus Bodemer und Dr. Anika Oettler, die meine Arbeit kritisch gelesen und mir geholfen haben, zahlreiche kleinere und größere Fehler und Ungereimtheiten nachträglich auszuräumen.

Schließlich danke ich meiner Familie. Meine Eltern haben nicht nur mein Studium finanziert, sie und meine Schwester haben mich auch unablässig moralisch dabei unterstützt, meinen Interessen nachzugehen. Mirjam hat mich während des Schreibens der Arbeit durch Höhen und Tiefen begleitet. Sie musste die schlechten Launen und die gelegentliche Unaufmerksamkeit ertragen, die das Schreiben einer Magisterarbeit mit sich bringt und hat mir dennoch herzlich beigestanden. Während der Überarbeitung zur Veröffentlichung hat sie sich liebevoll um unsere Tochter Paula gekümmert und zahlreiche meiner elterlichen Aufgaben mit übernommen. Sie hat auf viel Freizeit verzichtet um mir Arbeitszeit zu geben.





## 1. Einleitung

In der Zeitung *La República* vom 21. August 2001 beschwert sich der Präsidentschaftskandidat des *Partido Unidad Social Cristiana* (PUSC), Abel Pacheco, über eine „schmutzige“ Wahlkampagne, bei der man ihm in den Mund gelegt habe, die Grenzen für Nikaraguaner öffnen zu wollen.<sup>1</sup> Jonny Araya, Wahlkampfchef des *Partido Liberación Nacional* (PLN), bestritt zwar, diese Gerüchte verbreitet zu haben, sagte aber gleichzeitig, dass eine Haltung, wie diejenige Pachecos sehr gefährlich für Costa Rica sei.<sup>2</sup>

Im Regierungsprogramm des PUSC wird Migration an zwei Stellen behandelt.<sup>3</sup> Im Kapitel *Bienestar y Seguridad Humana en el Nuevo Milenio* plädiert die Partei für eine Migrationspolitik, die Integration und wirtschaftlichen Nutzen auf der einen Seite und die innere Sicherheit auf der anderen Seite berücksichtigen soll.<sup>4</sup> Unter der Überschrift *Seguridad Ciudadana y Justicia* fordert der PUSC effiziente Kontrollen des Umfangs der Arbeitsmigration – sowohl von Saisonarbeitern als auch von hochqualifizierten Arbeitern – bei denen die Notwendigkeit und der Nutzen der Migration jedoch nicht hinter der Fassade einer harten Diskussion über innere Sicherheit untergehen dürften.<sup>5</sup>

Auch der PLN thematisiert in seinem Regierungsprogramm das Thema der Migration.<sup>6</sup> Zum einen fordert er eine Politik, die illegale Migration<sup>7</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl.: *La República*, 21.08.2001, S. 7A.

<sup>2</sup> Vgl.: Ebenda.

<sup>3</sup> Vgl.: Partido Unidad Socialcristiana (PUSC) 2001.

<sup>4</sup> Vgl.: Ebenda, S. 17.

<sup>5</sup> Vgl.: Ebenda, S. 70ff.

<sup>6</sup> Vgl.: Partido Liberación Nacional (PLN) o.J.

<sup>7</sup> „Undokumentierte“, „irreguläre“ und „illegale“ Migration bezeichnen zwar dasselbe Phänomen, der unterschiedliche Gebrauch der einzelnen Begriffe weist jedoch strenggenommen auf spezifische politische Intentionen hin. Während es bei dem Begriff „undokumentiert“ darum geht, dass eine Person nicht über die notwendigen Papiere für eine Migration oder einen Aufenthalt im Ausland verfügt oder darum, dass die Person eingereist ist ohne dabei einen Grenzposten passiert zu haben, ist der Begriff „illegal“ eindeutig als kriminalisierend und damit politisch motiviert zu verstehen. „Irregulär“ wäre hier als kritischer Terminus zu verwenden, in dem die existierenden Regularien der Migration reflektiert, nicht aber zwangsläufig akzeptiert werden. Diese begriffliche Untergliederung ist richtig, wird in dieser Arbeit aber nicht konsequent beachtet, da der Begriff der „Illegalität“ eine politische Realität nikaraguanischer Migranten in Costa Rica bezeichnet. Ein wiederholter Verweis auf

einschränkt, während die Lebensverhältnisse legaler Migranten verbessert werden sollen.<sup>8</sup> Zum anderen soll die massenhafte Migration aus Nicaragua durch eine langfristige Zusammenarbeit mit Nicaragua eingeschränkt werden.<sup>9</sup>

Allein in dieser Auseinandersetzung wird deutlich, inwiefern die Migration aus Nicaragua zur Jahrtausendwende den politischen Diskurs<sup>10</sup> in Costa Rica bestimmt und als politisches Instrument verwendet wird. Aussagen über die Migration haben das Potential, zentrale Inhalte eines politischen Richtungstreites zu werden, und spielen in der Abgrenzung zu anderen politischen Gesamtpositionen eine Schlüsselrolle.

Ein zentrales Thema im politischen Diskurs über die Nicaraguaner in Costa Rica ist das Migrationsvolumen. In *La República* ging Nelson Murillo am 23. November 1998 von 600.000-800.000 Nicaraguanern aus, die sich legal und illegal in Costa Rica aufhalten.<sup>11</sup> Die Zahl von 600.000 greift Edgar Ugalde, der costaricanische Botschafter in Nicaragua in einem Zeitungsinterview vom 19. Januar 2001 auf, wenn er behauptet:

„Hier in Nicaragua sagt man, dass es 400.000 sind, und in Costa Rica sprechen sie von 600.000; es sind aber wesentlich mehr, da die Migration in den letzten Jahren in einem beschleunigten Rhythmus gewachsen ist.“<sup>12</sup>

Die Schätzungen des Migrationsvolumens sind häufig an politische Intentionen gebunden. So wurde etwa das Migrationsvolumen vor den Erhe-

---

diese Tatsache bleibt insofern aus, als dass die drei Begriffe „undokumentiert“, „irregulär“ und „illegal“ teils synonym verwandt werden.

<sup>8</sup> Vgl.: Partido Liberación Nacional (PLN) o.J., S. 22.

<sup>9</sup> Vgl.: Ebenda, S. 117.

<sup>10</sup> In dieser Arbeit ist an vielen Stellen von Diskursen die Rede. Der Begriff wird hier nicht synonym mit dem Begriff Diskussion verwendet. Vielmehr meint Diskurs einen sprachlichen Akt, der ein bestimmtes gesellschaftliches Kräfteverhältnis bezeichnet, wegen seiner Bezeichnungsmacht Realität strukturiert und – handelt es sich um einen dominanten Diskurs – normativ wirkt.

<sup>11</sup> Vgl.: *La República*, 23.11.1998, S. 4A.

<sup>12</sup> „Aquí – Nicaragua – se dice que son 400 mil, y en Costa Rica se habla de 600 mil, pero son muchos más, pues en los últimos años la migración ha crecido a un ritmo acelerado.“ (Edgar Ugalde befragt von Fabio Viquez, in: *La República*, 19.01.2001, S. 8A. Alle Übersetzungen von spanischsprachigen Zitaten stammen – soweit nicht anders angegeben – vom Verfasser).

bungen des Zensus im Jahr 2000 oftmals wesentlich höher beziffert, als es auf Grundlage dieser statistischen Erhebung tatsächlich zu sein scheint.<sup>13</sup> Während eine geringe Anzahl von Nikaraguanern in Costa Rica mit großer Wahrscheinlichkeit dazu führte, dass die Migration nicht als Problem thematisiert würde – eine These, die sich zum Beispiel dadurch stützen lässt, dass die ca. 5.900 Kolumbianer in Costa Rica genauso wenig als Problem verstanden werden wie die ca. 8.700 Migranten aus El Salvador<sup>14</sup> – wäre es dennoch falsch, den relativ hohen Prozentsatz an Migranten aus Nicaragua mit dem „Migrationsproblem“ in Costa Rica gleichzusetzen. Eine hohe Zahl an Migranten kann Auslöser für eine Problematisierung von Migration sein und technische Probleme zum Beispiel in der Wohnraumfrage verursachen, deckt aber als Begründung selber nicht automatisch alle Komponenten ihrer Problematisierung ab.

Das Bedrohungspotential, das angeblich von nikaraguanischen Migranten ausgeht, wird in diversen Diskussionen konkretisiert, die den öffentlichen Diskurs über die Migrationspolitik bestimmen und somit als Grundlage für politisches Handeln fungieren. So wird über die Belastung des costaricanischen Sozialstaats, über die Gefährdung der inneren Sicherheit durch die Migranten sowie über einen eindeutigen Einfluss der Migration auf andere Bereiche politischer Auseinandersetzung diskutiert. Anhand empirischer Studien lässt sich darüber hinaus nachweisen, dass große Teile der Costaricaner starke Vorurteile gegenüber Nikaraguanern im Allgemeinen sowie den Nikaraguanern in Costa Rica im Besonderen haben.

Unter ökonomischen und sozialen Gesichtspunkten wird die Migration von Nikaraguanern vor allem durch drei Unterstellungen problematisiert: die Nikaraguaner in Costa Rica steigerten die Armut, durch die Migranten nehme die Kriminalität in Costa Rica zu und die sozialen Ausgaben des Staates würden übermäßig steigen.<sup>15</sup> Diese Argumente für stärkere Kontrolle und Restriktion werden auch von costaricanischen Behörden aufgegriffen. So schreiben zum Beispiel die Autoren einer Informationsbroschüre des *Ministerio de Trabajo y Seguridad Social*:

---

<sup>13</sup> Vgl.: La República, 21.08.2001, S. 4A.

<sup>14</sup> Laut Zensus 2000 leben 5.898 Kolumbianer und 8.714 Salvadorianer in Costa Rica (vgl.: Instituto Nacional de Estadística y Censos 2001, S. 4).

<sup>15</sup> Vgl.: La Nación, 04.07.1984, S. 4A; La Nación, 28.01.1993, S. 8A; La República, 09.04.1997, S. 7B; La República, 07.02.1998, S. 8-9A und als Kritik: La Nación, 12.05.2001, S. 15A.

„Auf nationaler Ebene schadet die massive Einwanderung hauptsächlich den Gesundheits- und Bildungsprogrammen sowie den Programmen zur nationalen Sicherheit im Norden des Landes, wo Krankheiten wie Cholera, die verschiedenen Varianten von Dengue-Fieber, Tuberkulose und Malaria wieder aufgetreten sind. Eine Situation, die im Übrigen einen höheren Bedarf im medizinischen und sozialen Sektor verursacht, den der Staat leistet.“<sup>16</sup>

In solchen Aussagen wird die Wahrnehmung der Migration als Problem für die innere Sicherheit und die ökonomische und soziale Stabilität Costa Ricas deutlich. Auf der anderen Seite gibt es jedoch auch kritische Stimmen, die insbesondere die ökonomische Notwendigkeit der Migration für Costa Rica betonen.<sup>17</sup>

Migration von Nikaraguanern nach Costa Rica ist – im Gegensatz zu ihrer Problematisierung – kein Phänomen der 1980er und 1990er Jahre. Als das bevölkerungsschwache Costa Rica in den 1850er Jahren begann, eine landwirtschaftliche Exportwirtschaft in großem Stil aufzubauen, wurden in gesteigertem Maße ausländische Arbeiter benötigt.<sup>18</sup> Kaffee war das entscheidende Exportprodukt. Obwohl der Kaffeeanbau zu dieser Zeit auch in Nicaragua boomte, kamen viele Nikaraguaner zu den Kaffeeernten nach Costa Rica, weil dort die Löhne höher waren als in ihrer Heimat.<sup>19</sup> Die Migration über die costaricanische Grenze stellte dabei scheinbar kein großes Problem dar. Zusätzlich bestand in Costa Rica kein übermäßig großes Interesse an nutzbarem Land in den Grenzregionen. Dieses Land wurde nicht selten von Nikaraguanern bewirtschaftet, und da die nördliche Provinz Guanacaste während der Kolonialzeit zu Nicaragua gehört hatte, gab es enge Verbindungen zwischen den Bewohnern der Grenzregionen auf beiden Seiten der Staatsgrenzen.<sup>20</sup> Wirtschaftlich und politisch bedeutend war

---

<sup>16</sup> „En el caso nacional, la llegada masiva de migrantes afecta los programas sanitarios, de educación y de seguridad nacional, principalmente en la zona norte, donde han reaparecido enfermedades como el cólera, dengue clásico, tuberculosis, dengue hemorrágico y malaria. Situación que por lo demás, motiva una mayor demanda en el sector médico y social que presta el Estado.“ (Ministerio de Trabajo y Seguridad Social 1998, S. 4).

<sup>17</sup> Vgl. z.B.: La República, 05.09.2000, S. 4A und La República, 09.04.1997, S. 7B.

<sup>18</sup> Vgl.: Samper 1993, S. 85.

<sup>19</sup> Vgl.: Ebenda, S. 91.

<sup>20</sup> Vgl.: Wiley 1995, S. 427.

lediglich das Valle Central. Erst als das Land in der nördlichen Grenzregion durch die Ausweitung der Landwirtschaft in den 1970er Jahren attraktiver für einheimische Produzenten wurde, mussten nikaraguanische Landwirte weichen, die dieses Land lange Zeit informell bewirtschaftet hatten.<sup>21</sup> Gleichzeitig wurde jedoch in Nicaragua mehr und mehr Land in den Anbau von Baumwolle und Zucker sowie zur Rinderzucht verwandt, weshalb sich Bauern nicht ohne weiteres auf neuem Land ansiedeln konnten.<sup>22</sup> Diese wirtschaftlichen Veränderungen führten in Nicaragua zu Land- und Arbeitslosigkeit, der viele Einwohner entgingen, indem sie Arbeit in der costaricanischen Landwirtschaft annahmen. Die nikaraguanischen Arbeitsmigranten wurden in Costa Rica benötigt und deshalb bereitwillig akzeptiert und in vielen Fällen sogar angeworben.

Grundlegende Veränderungen traten Ende der 1970er Jahre auf. Der Bürgerkrieg in Nicaragua führte zur massiven Flucht nach Costa Rica. Die wirtschaftlichen Folgen der Revolution zwangen Nicaraguaner in großem Umfang zur Arbeitsmigration. In Costa Rica wuchs zeitgleich die Antipathie gegenüber Nicaragua, weil sich dort – zumindest in der costaricanischen Wahrnehmung – ein sozialistisches System zu etablieren begann, das der costaricanischen Demokratie widersprach.

Die Untersuchung der costaricanischen Migrationspolitik und der gesellschaftlichen Diskurse über die nikaraguanischen Einwanderer, die in dieser Arbeit vorgenommen wird, nimmt die 1980er Jahre als Ausgangspunkt, denn mit den veränderten Rahmenbedingungen, dem höheren Umfang der Migration und den politischen Spannungen zwischen Nicaragua und Costa Rica geht ein wesentlicher Wandel in der Auseinandersetzung mit der nikaraguanischen Migration einher. Der Beginn des Migrationsproblems wird daher in den 1980er Jahren verortet.

Bis zur Mitte der 1990er Jahre wurde die massive Migration von Nicaraguanern nach Costa Rica in der Wissenschaft kaum thematisiert. In der akademischen Debatte der USA wurde Costa Rica als Teil einer Region verstanden, die vor allem durch massive Auswanderung in die USA auffiel. Costa Rica wurde in diesem Zusammenhang ebenfalls als Auswanderungsland gesehen oder bezüglich internationaler Migration weitgehend

---

<sup>21</sup> Vgl.: Ebenda, S. 428.

<sup>22</sup> Vgl.: Guerra-Borges 1993, S. 27ff.

ignoriert.<sup>23</sup> Auch in der costaricanischen wissenschaftlichen Debatte war die Einwanderung der Nikaraguaner lange Zeit nicht explizit Thema.

Erst seit Mitte der 1990er Jahre setzten sich costaricanische Wissenschaftler mit der nikaraguanischen Migration auseinander. Unter anderem wurden ab 1997 in der *Facultad Latinoamericana de Ciencias Sociales* (FLACSO) einige wichtige Studien zu diesem Thema veröffentlicht. Der Soziologe Abelardo Morales untersuchte die Grenzgebiete als kulturelle Lebensräume<sup>24</sup> und in Zusammenarbeit mit dem Soziologen Carlos Castro die sozioökonomischen Arbeitsbedingungen der Nikaraguaner in Costa Rica.<sup>25</sup> In einer neueren Studie fassen die Autoren beide Themen unter der Theorie des Transnationalismus<sup>26</sup> zusammen.<sup>27</sup> Die costaricanische Historikerin Patricia Alvarenga untersuchte für FLACSO das konfliktgeladene Verhältnis zwischen Nikaraguanern und Costaricanern<sup>28</sup> und die Rolle der Einwanderer für die costaricanische Kaffeeproduktion.<sup>29</sup> Darüber hinaus wurden von FLACSO soziale Netzwerke der nikaraguanischen Migranten untersucht.<sup>30</sup> Der Kommunikationswissenschaftler Carlos Sandoval sammelte Autobiographien von Nikaraguanern in Costa Rica<sup>31</sup> und veröffentlichte im August 2002 eine umfangreiche Studie über die Rolle der Nikaraguaner bei der Herausbildung des costaricanischen Nationalbewusstseins sowie die Transformation dieser kollektiven und ethnisierten Zuschreibungen in der Gegenwart.<sup>32</sup> Die *Fundación Arias para la Paz y el Progreso* behandelte Migration zwischen Nicaragua und Costa Rica in einer Ausgabe der Zeitschrift *Diálogo Centroamericano* unter sozialpolitischen Gesichtspunkten<sup>33</sup> und die costaricanische Fachzeitschrift *Revista de historia* widmete der nikaraguanischen Einwanderung eine Ausgabe, in der vor allem die bereits genannten Wissenschaftler Artikel zur Migration veröffentlichten.<sup>34</sup>

---

<sup>23</sup> Vgl. z.B.: Hamilton/ Stoltz 1996.

<sup>24</sup> Vgl.: Morales 1997a und Morales 1997b.

<sup>25</sup> Vgl.: Morales/ Castro 1999.

<sup>26</sup> Zur Theorie des Transnationalismus vgl. Kapitel 3.1.

<sup>27</sup> Vgl.: Morales/ Castro 2002.

<sup>28</sup> Vgl.: Alvarenga 1997.

<sup>29</sup> Vgl.: Alvarenga 2000.

<sup>30</sup> Vgl.: Marín et al. 2001.

<sup>31</sup> Vgl.: Sandoval 2000.

<sup>32</sup> Vgl.: Sandoval 2002.

<sup>33</sup> Vgl.: *Diálogo Centroamericano* 1999.

<sup>34</sup> Vgl.: *Revista de historia* 1999.

Die costaricanische Migrationsgesetzgebung und Migrationspolitik an sich stand jedoch bislang wenig im Mittelpunkt wissenschaftlicher Untersuchungen. Einige Fragen, wie die Amnestie für illegale Migranten, die Flüchtlingspolitik oder die Arbeitsmarktpolitik sind thematisiert worden; eine umfassendere Studie, die die verschiedenen Politikelemente miteinander in Zusammenhang bringt, liegt jedoch nicht vor. Die Migrationsdiskurse sind Thema einiger der oben genannten Studien. Die Ängste und Vorurteile in der costaricanischen Gesellschaft wurden dabei – vor allem auch aus einer historischen Perspektive – mehrfach benannt und kritisiert, wobei allerdings verschiedene Fragen, wie zum Beispiel nach möglichen produktiven Funktionen der Diskurse weitgehend offen bleiben.

Im Charakter der nikaraguanischen Migration, den mit ihr zusammenhängenden Diskursen in Costa Rica und in der Migrationspolitik sind seit den 1980er Jahren deutliche Veränderungen festzustellen. Dieser Wandel soll in dieser Arbeit dargestellt und analysiert werden. Die zentralen Fragen sind:

- Was sind die Ursachen für die Migration von Nikaraguanern nach Costa Rica, welchen Charakter trägt sie und inwiefern haben sich Migrationsgründe und Migrationscharakter verändert?
- Wie wird gesellschaftlich auf die Migration reagiert, mit welchen Maßnahmen wird ihr politisch begegnet und inwieweit hat sich dieser Umgang seit den 1980er Jahren gewandelt?
- Welche gesellschaftlichen und politischen Diskurse liegen diesem Umgang zugrunde, welchen Wandel haben sie durchlaufen und welche Funktion erfüllen sie?

Um dem Wandel in der Auseinandersetzung mit nikaraguanischer Einwanderung in Costa Rica nachzugehen, muss zunächst herausgearbeitet werden, in welchem Kontext Migration und die Auseinandersetzung mit ihr stehen.<sup>35</sup> Ahistorische politische Kontroversen gehen häufig von einem sehr individualistischen Migrationsverhalten aus. Dem Migranten wird die freie Entscheidung zur Migration unterstellt; das Ankunftsland wird zum passiven und bedrohten Akteur, der der Einwanderung entweder tatenlos zusehen oder sich gegen sie zur Wehr setzen kann. Die strukturellen

---

<sup>35</sup> Vgl.: Massey et al. 2000, S. 54.



Gründe der Migration sowie der Rahmen, in dem sie stattfindet, werden so negiert. Die Migration wird damit aus dem historischen Kontext gerissen, in dem sie sich entwickelt hat und in dem für die Migration charakteristische Verbindungen zwischen dem Herkunfts- und dem Ankunftsland entstanden sind.<sup>36</sup> Aber nur vor dem Hintergrund ihrer Geschichte kann die Struktur der Migration von Nikaraguanern nach Costa Rica analysiert werden. Douglas Massey stellt dazu allgemein fest:

„Human migration is rooted in specific historical conditions that define a particular social and economic context. Historically-specific explanations for international migration are frequently ad hoc and unsystematic rather than general. Nonetheless, ahistorical frameworks that offer universal explanations, immutable laws, and timeless regularities are not very helpful in trying to understand new patterns of international movement.“<sup>37</sup>

Im zweiten Kapitel der Arbeit soll zunächst die Zunahme der nikaraguanischen Einwanderung nach Costa Rica dargestellt werden. Sie bildet eine Grundlage auf der die Auseinandersetzung mit der Migration diskutiert werden kann. Im Anschluss wird aus einer historischen Perspektive der ökonomische, politische und soziale Rahmen der Migration abgesteckt. Dazu gehören die wirtschaftlichen Modernisierungen vor den 1980er Jahren, die vor allem hinsichtlich der Arbeitsorganisation in Zentralamerika von Bedeutung sind, die Wirtschaftskrise der 1980er Jahre, die sich in Nicaragua stärker niederschlug als in Costa Rica und die Revolution in Nicaragua, die einen Flüchtlingsstrom in Richtung Costa Rica in Gang setzte. Mit dem Übergang zu den 1990er Jahren verschärfte sich die soziale Situation in Nicaragua zunehmend. Migration wurde vor diesem Hintergrund verstärkt zu einem letzten gangbaren Weg um der sozialen Misere zu entkommen. In Costa Rica etablierten sich zeitgleich Arbeitsbereiche, in denen überwiegend Nikaraguaner beschäftigt wurden. Ende der 1990er Jahre verschlechterte sich jedoch die ökonomische Situation vieler Haushalte in Costa Rica. Infolgedessen nahm die Nachfrage nach Arbeitsmigranten in Costa Rica ab.

In Kapitel 3 werden die Ergebnisse und Schlussfolgerungen aus Kapitel 2 in einen migrationstheoretischen Zusammenhang gestellt, der seinerseits

---

<sup>36</sup> Vgl.: Sassen 1996, S. 84.

<sup>37</sup> Massey 1998, S. 3.

auf den regionalen Kontext bezogen wird, um so die Eigenarten der nikanaraguanischen Einwanderung nach Costa Rica zu verdeutlichen.

In den Kapiteln 4 und 5 wird explizit auf die Auseinandersetzung mit der nikanaraguanischen Migration eingegangen. Im vierten Kapitel werden die Migrationsdiskurse in der costaricanischen Gesellschaft thematisiert. Sie bilden eine Grundlage für staatliches Handeln, sprich für die costaricanische Migrationspolitik. Im fünften Kapitel werden die staatlichen Maßnahmen thematisiert, mittels derer die Migration gesteuert und kontrolliert werden soll. Ein wichtiges und im Rechtsstaat grundlegendes Element zur Steuerung von Einwanderung sind die juristischen Normen, sprich Gesetze und Erlasse, die als allgemein verbindliche Entscheidungen den formalen Rahmen für das legitime Handeln gegenüber den Migranten definieren. In diesem Zusammenhang muss die rechtliche und politische Sonderrolle der nikanaraguanischen Flüchtlinge thematisiert werden. Gesetze und Erlasse legitimieren politische Aktionsformen gegenüber den Migranten, ihre tatsächliche Anwendung aber ist ein anderes Thema. Dementsprechend soll geprüft werden, welche staatlichen Anordnungen und Handlungen in Costa Rica im Umgang mit Migranten angewendet werden und welchen Nutzen sich die staatlichen Akteure davon versprechen.

In Kapitel 6 schließlich soll der Bedeutungswandel der costaricanischen Grenze zu Nicaragua untersucht werden. Da internationale Migration per Definition an die Existenz staatlicher Grenzen gebunden ist, wird an dieser Stelle geprüft, welche Bedeutung der costaricanische Staat seiner Grenze zu Nicaragua beimisst, ob in der Wahrnehmung der Grenze ebenfalls ein Wandel stattgefunden hat und inwieweit dieser mit der nikanaraguanischen Migration zusammenhängt.

Die Arbeit schließt mit dem Versuch, die vordergründige Widersprüchlichkeit in den Diskursen über Migration und zwischen der restriktiven Migrationspolitik auf der einen Seite bei gleichzeitiger Notwendigkeit der Migration für den costaricanischen Arbeitsmarkt auf der anderen Seite auf der Grundlage von Pierre Bourdieus Erweiterung der Marxschen Kapitalanalyse zu hinterfragen. Das Konzept des sozialen Kapitals ist in die neuere Theoriebildung zum Verständnis von Migrationsprozessen eingeflossen, da es hilft, ihre Eigendynamik zu erklären. Hier soll der bislang ungestellten Frage nachgegangen werden, welche Bedeutung die Verfügbarkeit der nikanaraguanischen Migranten über soziales Kapital für die Machtverhältnisse im spezifischen Raum Costa Rica hat. In Kapitel 7 soll dargestellt werden, dass dieses soziale Kapital spezifische Reaktionen in Costa Rica her-

vorrufen muss, die mit wirtschaftlicher Rationalität nicht zu erklären sind und so als Widersprüche in den Migrationsdiskursen und der Migrationspolitik erscheinen. Dieser Versuch kann im Rahmen dieser Arbeit nur skizzenhaft bleiben.

Einige Themen, die im engeren oder weiteren Zusammenhang zur Auseinandersetzung mit der nikaraguanischen Migration in Costa Rica stehen, werden bewusst außer Acht gelassen. Wanderbewegungen gibt es in Zentralamerika zwischen vielen Staaten und aus der Region vor allem in die USA.<sup>38</sup> So migrierte auch der Hauptteil der Auswanderer aus Nicaragua in den 1980er Jahren in die USA.<sup>39</sup> Dass Costa Rica auch ein Auswanderungsland ist, wird in der Arbeit ebenfalls nicht thematisiert.<sup>40</sup> Als zentrale regionale Institutionen bezüglich des Migrationsmanagements benennt die *International Organisation for Migration (IOM)* die *Regional Conference on Migration* („Puebla Process“), die *Central American Commission of Migration Directors* und das *Information System on Migration in Central America*.<sup>41</sup> In diesen Zusammenhängen wird auch die Migration von Nicaraguanern nach Costa Rica und die dortige Auseinandersetzung mit Einwanderung problematisiert. Dennoch wird auf diese Thematisierung von Migration nicht eingegangen, da das Thema der Arbeit die nationale Auseinandersetzung über Migration ist.<sup>42</sup> Aus demselben Grund entfällt die explizite Analyse der Effekte, Folgen und Debatten über die Migration von Nicaraguanern nach Costa Rica und ihre Behandlung in Nicaragua.

---

<sup>38</sup> Vgl. z.B.: Castillo 1994 und Hamilton/Stoltz 1996.

<sup>39</sup> Vgl. z.B.: Funkhouser et al. 2002, S. 5, Fußnote 1.

<sup>40</sup> Vgl. z.B.: Funkhouser 2001 und Pellegrino 1995.

<sup>41</sup> Vgl.: IOM 2002, S. 11.

<sup>42</sup> Der Begriff „Migration“ steht in dieser Arbeit im Übrigen stellvertretend für die Begriffe Immigration, Emigration, temporäre Migration, Remigration und zirkuläre Migration. Migration ist ein Sammelbegriff, der strenggenommen für sich weniger bezeichnend ist, als die in ihm enthaltenen Definitionen. Da die spezifische Erscheinungsform der Migration keine maßgebliche Rolle für die Auseinandersetzung in Costa Rica spielt, wird der Begriff an vielen Stellen dieser Arbeit der Einfachheit halber undifferenziert verwendet.

## 2. Der ökonomische, politische und soziale Rahmen

Im Zusammenhang mit der massenhaften Migration spielen sowohl das Wohlstandsgefälle zwischen den beiden Ländern als auch die Einbindung der Nikaraguaner in den costaricanischen Arbeitsmarkt eine zentrale Rolle. Zum Verständnis dieser Faktoren empfiehlt sich ein kurzer Rückblick auf die Geschichte der beiden Länder in den 1970er und 1980er Jahren. Die Modernisierung der zentralamerikanischen Ökonomien, die sozialen und politischen Veränderungen und schließlich die Zentralamerika-Krise in den 1980er Jahren hatten Einfluss auf die Arbeits- und Fluchtmigration, denn Modernisierung und Krise hatten in Nicaragua und Costa Rica unterschiedliche Konsequenzen. Die Tatsache, dass Nicaraguas Bevölkerung besonders stark unter den ökonomischen und politischen Auswirkungen des „verlorenen Jahrzehnts“<sup>43</sup> zu leiden hatte, während sich die costaricanische Wirtschaft erfolgreich modernisierte und sich der Lebensstandard der Bevölkerung verbesserte, führte zu einem Wohlstands- und Entwicklungsgefälle zwischen beiden Ländern, das in Costa Rica nicht zuletzt einen spezifischen Arbeitsmarkt für nikaraguanische Migranten entstehen ließ. Die ökonomischen Reformen und Transformationen in Costa Rica vor allem auf dem Arbeitsmarkt bilden den größten Anreiz für Einwanderung. In den 1990er Jahren nahmen der wirtschaftliche Aufschwung und der Anstieg des Lebensstandards jedoch auch in Costa Rica ab. Die Zahl der Arbeitsplätze für Migranten ging zurück und die Ressentiments gegenüber den Nikaraguanern in Costa Rica wuchsen.

### 2.1 Der Umfang der Migration

Sichere Zahlen über den derzeitigen Umfang der Migration von Nikaraguanern nach Costa Rica bzw. über die Anzahl der dort lebenden Nikaraguaner liegen nicht vor, da sich die Migranten in vier Gruppen unterteilen lassen, von denen nur die erste in statistischen Erhebungen Berücksichtigung findet. Bei dieser ersten Gruppe handelt es sich um Nikaraguaner, die sowohl eine Aufenthaltsgenehmigung besitzen als auch für längere Zeit einen festen Wohnsitz in Costa Rica haben. Sie werden in den Volkszählungen und anderen Statistiken berücksichtigt, die zum Beispiel das costa-

---

<sup>43</sup> Die *Economic Commission for Latin America* bezeichnete die 1980er Jahre als „the lost decade“ (vgl.: Castillo 1994, S. 275).

ricanische *Instituto Nacional de Estadística y Censos* regelmäßig erstellt.<sup>44</sup> Die zweite Gruppe setzt sich zusammen aus Saisonarbeitern, die in Costa Rica vor allem während der Erntezeit in der Landwirtschaft arbeiten, aber wegen der relativ kurzen Aufenthaltsdauer und dem Fehlen eines festen Wohnsitzes nicht in die Zahlen des Zensus oder anderer statistischer Erhebungen eingehen. Als dritte Gruppe sind illegale und damit nicht behördlich erfasste Migranten zu berücksichtigen. Aussagen über das tatsächliche Volumen dieser Gruppe sind unmöglich. Viertens trugen vor allem in den 1980er Jahren Flüchtlinge zum Umfang der Migration bei. Diese Gruppe nahm jedoch seit den 1990er Jahren wieder stark ab.

Trotz der Unmöglichkeit einer Bestimmung des Migrationsvolumens lassen sich jedoch durch die statistischen Quellen zwei Aussagen über die nikaraguanische Einwanderung machen: Erstens hat es im gesamten 20. Jahrhundert nikaraguanische Einwanderung – und auch hier bereits überwiegend Arbeitsmigration – gegeben, und zweitens hat der Umfang der Migration seit den 1980er Jahren beträchtlich zugenommen.

Bereits in den 1940er Jahren existierte in Costa Rica laut Alvarenga eine relativ große Gemeinde nikaraguanischer Arbeiter.<sup>45</sup> Eine Migrationsbewegung zwischen beiden Staaten lässt sich trotz schlechter Quellenlage für das gesamte 20. Jahrhundert nachweisen.<sup>46</sup> Sie lässt sich zum Beispiel für die Mitte des Jahrhunderts durch Aufenthaltsanträge belegen, die Nikaraguaner beim *Ministerio de Seguridad Pública* stellten.<sup>47</sup> Auch wenn die Anzahl dieser Anträge keine Vermutungen über den tatsächlichen Umfang der Arbeitsmigration für den genannten Zeitraum zulassen, so wird aus ihnen doch deutlich, dass es bereits damals eine größere Zahl in Costa Rica arbeitender Nikaraguaner gab. Die Tatsache, dass viele Nikaraguaner, die in diesem Zeitraum eine Aufenthaltsgenehmigung beantragten, schon seit

---

<sup>44</sup> Vgl. z.B.: Morales/ Castro 1999, S. 11.

<sup>45</sup> Vgl.: Alvarenga 2000, S. 23.

<sup>46</sup> Vgl.: Mahler 2000, S. 10.

<sup>47</sup> In den 21 Tagen zwischen dem 01.09.1949 und dem 21.09.1949 stellte das Ministerium 125 Nikaraguanern eine Aufenthaltsgenehmigung aus (vgl.: Archivo Nacional de Costa Rica, Fondo: Seguridad Pública, Signatura: 1859, Fecha: 1949). In den neun Tagen vom 29.05.1951 bis zum 06.06.1951 wurde 81 Anträgen stattgegeben (vgl.: Archivo Nacional de Costa Rica, Fondo: Seguridad Pública, Signatura: 2119, Fecha: 1951). In den acht Tagen vom 22.02.1952 bis zum 29.02.1952 wurden 57 Aufenthaltsgenehmigungen bewilligt (vgl.: Archivo Nacional de Costa Rica, Fondo: Seguridad Pública, Signatura: 2086, Fecha: 1952).

Jahren in Costa Rica lebten und arbeiteten ohne gemeldet zu sein,<sup>48</sup> ist darüber hinaus ein Indiz für den relativ formlosen Umgang mit Arbeitsmigration zu dieser Zeit. Gestützt wird diese These dadurch, dass den Antragstellern in keinem Fall Nachteile entstanden, wenn sie angaben, seit mehreren Jahren undokumentiert in Costa Rica zu leben.<sup>49</sup>

Eine sichere Quelle für den Anstieg der legalen Migration sind die costaricanischen Volkszählungen. Dem costaricanischen Zensus von 1950 ist zu entnehmen, dass zu diesem Zeitpunkt 18.904 Nikaraguaner dokumentiert in Costa Rica lebten.<sup>50</sup> Im Zensus von 1963 sank die Zahl auf 16.467 Nikaraguaner<sup>51</sup> und 1973 fiel sie mit 11.871 Personen sogar noch geringer aus.<sup>52</sup> Im Zensus 1984 wird die Zahl der Nikaraguaner in Costa Rica dagegen mit 30.593 beziffert.<sup>53</sup> Sie steigerte sich bis zur letzten Volkszählung im Jahr 2000 auf 226.374 in Costa Rica registrierte Nikaraguaner.<sup>54</sup>

Ende der 1970er Jahre änderte sich angesichts politischer Unruhen in Nicaragua und dem damit einhergehenden ökonomischen und sozialen Wandel der Charakter der Migration fundamental.<sup>55</sup> Zwischen 1977 und dem Ende der 1980er Jahre trugen neben Arbeitsmigranten vor allem nikaraguanische Flüchtlinge erheblich zum Umfang der Migration bei.<sup>56</sup> Ihre genaue Zahl ist nicht zu ermitteln, da die Flüchtlinge die Grenze in vielen Fällen undokumentiert überschritten oder keinen Flüchtlingsstatus besaßen.<sup>57</sup> Die vorhandenen Statistiken belegen aber einen deutlichen Anstieg der Fluchtmigration bis zur Mitte der 1980er Jahre.<sup>58</sup> Der Soziologe Edel-

---

<sup>48</sup> Vgl.: Archivo Nacional de Costa Rica, Fondo: Seguridad Pública, Signatura: 1859, Fecha: 1949; Signatura: 2119, Fecha: 1951; Signatura: 2086, Fecha: 1952.

<sup>49</sup> Vgl.: Ebenda.

<sup>50</sup> Vgl.: Dirección General de Estadística y Censos 1953, S. 32f.

<sup>51</sup> Vgl.: Dirección General de Estadística y Censos 1966, S. 205, Cuadro 44.

<sup>52</sup> Vgl.: Dirección General de Estadística y Censos 1974, Tomo 1, S. 166, Cuadro 28.

<sup>53</sup> Vgl.: Dirección General de Estadística y Censos 1986, Tomo 1, S. 47, Cuadro 8.

<sup>54</sup> Vgl.: Instituto Nacional de Estadística y Censos 2001, S. 4.

<sup>55</sup> Vgl. z.B.: Castillo 1999, S. 30 und Consejería en Proyectos para Refugiados Latinoamericanos 1996, S. 7.

<sup>56</sup> Vgl.: Torres-Rivas 1993a, S. 165 und S. 204, Fußnote 4.

<sup>57</sup> Vgl. z.B.: Torres-Romero 1998, S. 64ff.

<sup>58</sup> Laut einer staatlichen Erhebung über die Anzahl der in Costa Rica lebenden Flüchtlinge im Jahr 1986 waren zu diesem Zeitpunkt 17.883 Flüchtlinge registriert. 1979 wurden 486 nikaraguanische Flüchtlinge aufgenommen. Wurden im Jahre 1980 nur 86 neue nikaraguanische Flüchtlinge registriert, stieg die Zahl 1983 sprunghaft auf 2.945 an und steigerte sich bis 1985 auf 6.823 (vgl.: Memorandum de la Presidencia de

berto Torres-Rivas beziffert die tatsächliche Zahl der nikaraguanischen Flüchtlinge in Costa Rica für das Ende der 1980er Jahre auf der Grundlage einer Untersuchung im Rahmen der *International Conference on Central American Refugees* (CIREFCA) auf ca. 37.500 Menschen.<sup>59</sup>

In einigen Studien zur Migration zwischen Nicaragua und Costa Rica wird das Erdbeben von 1972, in dem unter anderem Managua zerstört wurde, als Ursache des Beginns der Massenemigration aus Nicaragua genannt.<sup>60</sup> Hierbei war auch entscheidend, dass internationale Hilfsgelder zur Schadensbegrenzung nach dem Erdbeben vom Somoza-Regime zurückgehalten und zur Stärkung der eigenen politischen Position verwandt wurden.<sup>61</sup>

Zu einem kurzzeitigen Rückgang der Migration nach Costa Rica kam es lediglich zwischen 1990 und 1992, als die USA ihre Blockadepolitik nach dem Regierungswechsel in Nicaragua aufgaben, der *Contra*-Krieg endgültig beendet wurde und sich wieder ausländische Kreditgeber für Nicaragua fanden.<sup>62</sup> In dieser kurzen Periode kehrten viele nikaraguanische Auswanderer in der Hoffnung zurück, dass sich ihre soziale und ökonomische Perspektive in ihrer Heimat dauerhaft ändern könnte.<sup>63</sup>

Die Ermittlung des genauen Migrationsvolumens ist also nicht möglich. Festzuhalten ist an dieser Stelle jedoch, dass Statistiken über dokumentierte Migration und Schätzungen des Volumens undokumentierter Migranten einen starken Anstieg der Migration seit den 1980er Jahren bestätigen.

---

la República Nr. 127, 14.04.1986; Archivo Nacional de Costa Rica, Fondo: Presidencia, Signatura: 2553).

<sup>59</sup> Vgl.: Torres-Rivas 1993a, S. 204, Fußnote 4.

<sup>60</sup> Vgl. z.B.: Acuña/ Olivares 2000, S. 8.

<sup>61</sup> Vgl.: Rojas Bolaños 1993, S. 148.

<sup>62</sup> Am 25.02.1990 gewann die *Unión Nacional Opositora* die nikaraguanische Präsidentschaftswahl gegen den *Frente Sandinista de Liberación Nacional* (FSLN). Der *Contra*-Krieg wurde aufgrund dieses Wahlergebnisses beendet, und die USA nahmen Nicaragua wieder in den Kreis der Länder auf, denen sie Wirtschaftshilfe zukommen ließen. Heinrich-Wilhelm Krumwiede gibt jedoch zu bedenken, dass die Wirtschaftshilfe von US\$ 300 Mio. im Jahr 1990 bei weitem nicht ausreichte, um Nicaragua aus der wirtschaftlichen Misere zu helfen (vgl.: Krumwiede 1991, S. 109 und S. 129).

<sup>63</sup> Vgl.: Rosales 2001, S. 241.

## 2.2 Die Wirkungen von Modernisierung und Krise in Zentralamerika

Die Veränderungen der Produktionsstrukturen in Zentralamerika seit den 1970er Jahren in Form von Industrialisierung, zentralamerikanischer Integration und Umstrukturierung der Landwirtschaft und die daraus resultierenden Konsequenzen für die Bevölkerung, die im Krisenjahrzehnt der 1980er Jahre überdeutlich wurden, bilden den historischen Rahmen für die Migration zwischen Nicaragua und Costa Rica. Nur vor diesem Hintergrund ist der Charakter der Migration verständlich, dessen Kenntnis wiederum notwendig ist, um zu verstehen, worauf sich die Einwanderungsdiskurse und die Migrationspolitik in Costa Rica beziehen.

### 2.2.1 Der MCCA, die Industrialisierung und die Modernisierung der zentralamerikanischen Landwirtschaft

1960 gründeten El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua das Integrationsbündnis *Mercado Común Centroamericano* (MCCA). Costa Rica trat dem Zusammenschluss 1963 bei. Im Zentrum des MCCA stand die Idee eines freien Binnenmarktes mit gemeinsamen Außenzöllen. So sollte der strukturelle Entwicklungsrückstand der Region überwunden und ein selbstständiger Industrialisierungsprozess eingeleitet werden.<sup>64</sup> Innerhalb der 1960er Jahre wurden fast alle Binnenzölle für Waren aufgehoben und die importsubstituierende Industrialisierung sorgte für deutliche wirtschaftliche Wachstumsraten. Die Notwendigkeit, Industrieprodukte von äußeren Märkten einführen zu müssen, sank durch die verstärkte regionale Produktion. Die voranschreitende Industrialisierung und der Binnenmarkt wurden darüber hinaus durch Zölle vor externer Konkurrenz geschützt.<sup>65</sup> Mitfinanziert wurde die Industrialisierung der Region maßgeblich durch transnationale Konzerne. Die politische Stabilität in Zentralamerika, das rasche Wachstum der Industrie, steuerliche Vorteile und die Abschirmung vor externer Konkurrenz bildeten Anreize für ausländische Investoren.<sup>66</sup> Dies zog eine Abhängigkeit der regionalen Industrien vom Kapital ausländischer Geldgeber nach sich.<sup>67</sup> Entsprechend hingen das wirtschaftliche

---

<sup>64</sup> Vgl.: Greiner 1991, S. 3.

<sup>65</sup> Vgl.: Ebenda, S. 4ff.

<sup>66</sup> Vgl.: Greiner 1992, S. 62.

<sup>67</sup> Vgl.: Bulmer-Thomas 1987, S. 176 und S. 178f.



Wohlergehen der zentralamerikanischen Staaten und das Gelingen des Regionalisierungsprojekts stark vom Vertrauen der Investoren in die politische Stabilität der einzelnen Länder ab.

Der Boom der Industrialisierung und der regionalen Integration nahm am Ende der 1960er Jahre aufgrund ökonomischer Krisenerscheinungen und regionaler Konflikte ab.<sup>68</sup> Peter Greiner benennt jedoch auch strukturelle Ursachen, die das Scheitern des MCCA erklären können. Die wichtigste Ursache war demnach das Versäumnis der Politik, die Bevölkerung in den Industrialisierungsprozess zu integrieren. Auf der einen Seite steigerte sich durch die ausbleibende Integration die Kaufkraft innerhalb des Binnenmarktes nicht, auf der anderen Seite zog der Ausschluss großer Teile der Bevölkerung vom Wirtschaftswachstum starke negative soziale Folgen für die gesamte Region nach sich.<sup>69</sup>

Die Marginalisierung großer Teile der Bevölkerung hing auch mit der Modernisierung des Agrarsektors in Zentralamerika zusammen. Diese setzte Arbeitskräfte frei, die nicht in entsprechender Zahl in der Industrie untergebracht werden konnten. Ab den 1950er Jahren erlebte Zentralamerika einen starken wirtschaftlichen Aufschwung. Die Gründe waren die Modernisierung und Technisierung der zentralamerikanischen Landwirtschaften sowie die Ausweitung von Baumwollpflanzungen und Rinderzucht im großen Maßstab als neue und wenig arbeitsintensive Exportwirtschaften.<sup>70</sup> Dazu aber musste in der gesamten Region Land in die Produktion dieser Exportprodukte einbezogen werden, das zuvor von Kleinbauern zur Nahrungsmittelproduktion bewirtschaftet wurde. Die Ausweitung der Monokulturen in der Exportgüterproduktion fand somit auf Kosten der lokalen Nahrungsmittelproduktion statt. Durch die Umgestaltung der Landwirtschaft wurden in der gesamten Region viele Bauern arbeitslos, die kein eigenes Land besaßen hatten sondern als Lohnarbeiter in landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt waren oder die zur Selbstversorgung Land bewirtschaftet hatten, das jetzt als Baumwollfeld oder Weidefläche

---

<sup>68</sup> Die deutlichste Zäsur war dabei der Krieg zwischen El Salvador und Honduras im Juli 1969. Die beiden Länder brachen daraufhin ihre Handelsbeziehungen zueinander ab, Honduras erschwerte El Salvador den Güterhandel durch die Sperrung der Handelswege und schließlich trat Honduras 1971 aus dem gemeinsamen Markt aus (vgl.: Greiner 1992, S. 64 und Bulmer-Thomas 1987, S. 195).

<sup>69</sup> Vgl.: Greiner 1992, S. 64f.

<sup>70</sup> Vgl.: Torres-Rivas 1993b, S. 12.

genutzt wurde.<sup>71</sup> Die Umstrukturierung der Landwirtschaften Zentralamerikas bereicherte folglich nur eine kleine Elite, ließ aber mit Ausnahme Costa Ricas die Einkommen der Bevölkerung nicht ansteigen.<sup>72</sup> Vielmehr verschlechterte sich wegen der vergrößerten Arbeitslosigkeit der Bauern die soziale Situation großer Teile der Bevölkerung dramatisch.<sup>73</sup> Laut Victor Bulmer-Thomas wurden bis Ende der 1970er Jahre in Nicaragua und El Salvador im Agrarsektor ca. 40% der Arbeitskräfte entlassen oder von ihrem Land vertrieben.<sup>74</sup>

Trotz dieser gemeinsamen Tendenzen in Zentralamerika gab es nationale Unterschiede, die auf den verschiedenartigen Besitzverhältnissen, dem ungleichen Grad der Industrialisierung und den Reaktionen der einzelnen Regierungen auf die Arbeits- und Landlosigkeit fußten.<sup>75</sup> Nicaragua war in den frühen 1970er Jahren der größte Rindfleischexporteur Zentralamerikas und ein großer Baumwollexporteur, denn die Regierung Somozas hatte auf den sinkenden Marktpreis von Rindfleisch mit einer Ausweitung der Produktion und auf sinkende Baumwollpreise mit der Expansion der Anbaufläche reagiert.<sup>76</sup> Auf die Armut, die vor allem unter Kleinbauern immer größer wurde und spätestens nach dem Erdbeben von 1972 mit ca. 300.000 Landlosen ein riesiges Ausmaß annahm, reagierte die Regierung mit Repression.<sup>77</sup> Die sozialen Kämpfe – nicht zuletzt unter Führung des 1961 gegründeten *Frente Sandinista de Liberación Nacional* (FSLN) – nahmen in Form von Streiks, Landbesetzungen und öffentlichen Protesten zu. Die Familie Somoza hatte dabei auch alte nikaraguanische Landbesitzerfamilien gegen sich, weil sie nach dem Erdbeben große Mengen der internationalen Hilfgelder einbehielt und zum Wiederaufbau der eigenen Ländereien und Fabriken benutzte.<sup>78</sup> Im Januar 1978 kulminierten die Unruhen in der Ermordung Pedro Joaquín Chamorros, dem Mitglied einer alten Landbesitzerfamilie und berühmten Führungsperson der bürgerlichen Somoza-Opposition. Als Konsequenz solidarisierten sich Landbesitzer mit den

---

<sup>71</sup> Vgl.: Williams 1986, S. 108ff und Guerra-Borges 1993, S. 34f.

<sup>72</sup> Vgl.: Menjívar/ Trejos 1992, S. 37.

<sup>73</sup> Vgl.: Bulmer-Thomas 1987, S. 277.

<sup>74</sup> Vgl.: Ebenda, S. 207.

<sup>75</sup> Vgl.: Williams 1986, S. 167.

<sup>76</sup> Vgl.: Ebenda, S. 166ff.

<sup>77</sup> Vgl.: Ebenda, S. 167.

<sup>78</sup> Vgl.: Ebenda, S. 168.

Revolutionären gegen Somoza. Bis dem FSLN im Juli 1979 die Revolution gelang, starben ca. 50.000 Menschen bei den Auseinandersetzungen. Die neue Regierung enteignete zwar Land der Familie Somoza und gab somit vielen Landlosen wieder eine Arbeits- und Versorgungsmöglichkeit.<sup>79</sup> Dennoch stieg in Nicaragua wie in allen zentralamerikanischen Ländern die Zahl der Personen, die in den informellen Sektor ausweichen mussten, an.<sup>80</sup>

Auch in Costa Rica reagierten die Kleinbauern mit sozialen Protesten auf die Inflation und die Verschlechterung ihrer Lage durch das Sinken der internationalen Marktpreise für die Exportgüter.<sup>81</sup> Costa Rica war 1979 eines der am höchsten verschuldeten Länder Lateinamerikas. Die zunehmende Inflation führte zu steigenden Preisen und einem drastischen Sinken der Reallöhne, wovon besonders die arme Bevölkerung betroffen war.<sup>82</sup> Auch hier wurden vor allem 1974/1975 Landbesetzer verhaftet, und es kam zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Landarbeitern und der Polizei.<sup>83</sup> Streiks – von denen die wichtigsten auf den Bananenplantagen an der Atlantikküste stattfanden – wurden gewaltsam niedergeschlagen.<sup>84</sup> Die costaricanische Regierung reagierte jedoch auch konstruktiv auf die soziale Krise, indem sie die gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlöhne an hob und Land an mittellose Bauern verteilte. Außerdem versuchte sie größtenteils erfolgreich, die Preise für Grundnahrungsmittel zu senken und steigerte gleichzeitig die Ausgaben für Wohlfahrt und soziale Dienstleistungen. Zur Finanzierung verstaatlichte die Regierung die Eisenbahn, die Häfen sowie die Ölraffinerien.<sup>85</sup> Eine fundamentale Legitimationskrise der Regierung blieb dadurch in Costa Rica im Gegensatz zu Nicaragua aus. Von besonderer Bedeutung war hier, dass Costa Rica aufgrund seiner demokratischen Tradition eine andere Landbesitzstruktur hatte als Nicaragua und der Erhaltung des gesellschaftlichen Wohlstandes eine hohe Bedeutung beimaß. Entsprechend kritisierte die Bevölkerung die Eliten des

---

<sup>79</sup> Vgl.: Ebenda.

<sup>80</sup> Vgl.: Menjívar/ Trejos 1992, S. 49.

<sup>81</sup> Vgl.: Williams 1986, S. 183.

<sup>82</sup> Vgl.: Ebenda.

<sup>83</sup> Vgl.: Ebenda, S. 124ff.

<sup>84</sup> Vgl.: Ebenda, S. 186f.

<sup>85</sup> Vgl.: Ebenda, S. 184f.

Landes weniger und die Staatsmacht wurde nicht grundsätzlich in Frage gestellt.<sup>86</sup>

### 2.2.2 Das „Verlorene Jahrzehnt“ 1980-1990

Der ökonomische Aufschwung und die Hoffnung auf eine zentralamerikanische Integration kehrten sich Ende der 1970er Jahre in ihr Gegenteil. Auf politischer Ebene kennzeichnete das Gelingen der Revolution in Nicaragua den Beginn der Zentralamerikakrise, denn das vormals marginale Zentralamerika rückte im Zuge des Kalten Krieges in den Mittelpunkt politischer und ideologischer Auseinandersetzungen. Zentrale Merkmale der politischen Krise waren die Herrschafts- und Systemkonflikte in Nicaragua, El Salvador und Guatemala sowie die Interventionen der USA. Das Resultat waren enorme Flüchtlingsbewegungen. Aus der Blockadepolitik der USA und dem Abwandern von Investoren folgte eine ökonomische Krise in Nicaragua. Costa Rica, das von Bürgerkrieg verschont blieb, konnte hingegen seine ökonomische Vormachtstellung ausbauen.

Ein Rückgang des wirtschaftlichen Wachstums hatte sich schon 1973 angekündigt. Die Ölkrise zog eine Verteuerung von Importgütern nach sich und ließ den Weltmarktpreis für die Agrarexporte aus Zentralamerika sinken. Die Folgen waren eine negative Handelsbilanz und eine verstärkte Inflation.<sup>87</sup> Beides führte zu einer steigenden Auslandsverschuldung, die in den 1980er Jahren zum unlösbaren Problem werden sollte, da sich die Schulden wegen der hohen Zinsen stetig vermehrten, während die finanziellen Kapazitäten zur Rückzahlung gleichzeitig abnahmen.<sup>88</sup> Die Inflation der 1980er Jahre<sup>89</sup> und das Zerfallen des MCCA, der noch in den 1970er Jahren Preisstürze auf dem Weltmarkt aufgefangen und somit ansatzweise als stabilisierender Faktor gedient hatte, beschleunigten diese Krise.<sup>90</sup> Spätestens mit Beginn der zweiten Ölkrise 1979 begann für Zentralamerika, das als Rohstofflieferant in der Peripherie des Weltsystems lag,<sup>91</sup> das „Verlorene Jahrzehnt“.<sup>92</sup>

---

<sup>86</sup> Vgl. z.B.: Torres-Rivas 1993c, S. 54f. und Altmann 1998, S. 89ff.

<sup>87</sup> Vgl.: de Alonso 1994, S. 18.

<sup>88</sup> Vgl.: Bulmer-Thomas 1987, S. 237ff.

<sup>89</sup> Vgl.: Demtschück 1991, S. 202.

<sup>90</sup> Vgl.: Ebenda, S. 201f.

<sup>91</sup> Zum Peripherie-Zentrum-Modell und der Rolle der peripheren Länder als Rohstofflieferanten der Zentren siehe z.B.: Nolte 1993. Zum „Verlorenen Jahrzehnt“ s. eben-

Nikaragua war im zentralamerikanischen Vergleich von der Schuldenkrise am stärksten betroffen.<sup>93</sup> Der *Contra*-Krieg und das Bestreben der USA, Nicaragua im Kalten Krieg auf die Seite des Ostblocks zu drängen, führten trotz gegenteiliger Bemühungen der sandinistischen Regierung dazu, dass einheimische und ausländische Investoren ihre Kapitalanlagen aus Nicaragua abzogen und keine neuen Investitionen tätigten.<sup>94</sup> Da die USA unter Ronald Reagan die Niederlage der sandinistischen Regierung provozieren wollten, brachen sie 1985 die Handelsbeziehungen zu dem ohnehin durch den Krieg ökonomisch stark geschwächten Land ab und strichen alle Kredite.<sup>95</sup> Angesichts der destabilisierenden Maßnahmen der USA bemühte sich die nikaraguanische Regierung vergeblich, die wirtschaftliche Marginalisierung und Verarmung großer Bevölkerungsteile – ein Erbe der Somoza-Diktatur – zu überwinden und durch Land- und Sozialreformen den allgemeinen Wohlstand zu steigern.<sup>96</sup>

Costa Rica – ebenfalls betroffen von der internationalen Wirtschaftskrise und der Verschuldung – legte 1982 ein Programm zur Förderung des industriellen Sektors auf. Dieses Programm sowie der Anstieg ausländischer Investitionen und internationaler Subventionen vor allem aus den USA wendeten die Krise in Costa Rica ab. Gleichzeitig wurde durch Lohnerhöhungen, Preissenkungen sowie durch die radikale Reduzierung der Inflation von ca. 90% auf unter 10% die Kaufkraft der Bevölkerung gestärkt.<sup>97</sup> Im Gegensatz zu Nicaragua gab es in Costa Rica in den 1980er Jahren also neben direkter Hilfe aus den USA vor allem erfolgreiche Strukturanpassungsprogramme und internationale Investitionen, weshalb hier die Industrialisierung weiter ausgeweitet und neue Märkte erschlossen werden konnten.<sup>98</sup> Costa Rica gelang es zudem, seine Agrarexporte auszuweiten. Gleichzeitig nahmen die Beschäftigung im nichtlandwirtschaftlichen Sektor und der Urbanisierungsprozess weiter zu.<sup>99</sup>

---

da, S. 171ff. Zur Logik der ökonomischen Abhängigkeit peripherer Länder von den Zentren und dementsprechend auch von deren Krisen siehe z.B.: dos Santos 1972.

<sup>92</sup> Bulmer-Thomas 1987, S. 237.

<sup>93</sup> Vgl.: de Alonso 1994, S. 32.

<sup>94</sup> Vgl.: Demtschück 1991, S. 203.

<sup>95</sup> Vgl.: Guerra-Borges 1991, S. 106 und Bulmer-Thomas 1987, S. 233.

<sup>96</sup> Vgl.: Serra Vázquez 1998, S. 179.

<sup>97</sup> Vgl.: Guerra-Borges 1991, S. 108.

<sup>98</sup> Vgl.: Weller 2001, S. 88.

<sup>99</sup> Vgl.: Ebenda, S. 162ff und Altmann 1998, S. 159.

Das Ende der Zentralamerikakrise wurde schließlich ab 1987 durch die Friedensbemühungen des costaricanischen Präsidenten Oscar Arias, *Esquipulas II*<sup>100</sup>, und den Machtwechsel in Nicaragua im Jahr 1990, mit dem der *Contra*-Krieg endete, eingeleitet.<sup>101</sup>

### 2.3 Das Wohlstandsgefälle in den 1980er und 1990er Jahren

Auch wenn ein ausschließlich ökonomischer Ansatz zur Erklärung der Migration unzureichend ist, so spielen wirtschaftliche Faktoren als *push*- und *pull*-Faktoren dennoch eine wichtige Rolle.<sup>102</sup> Entsprechend sollen an dieser Stelle Indikatoren aus Costa Rica und Nicaragua gegenübergestellt werden, die Aufschluss über den unterschiedlichen Wohlstand und die Lebensqualität in beiden Ländern geben.

Bereits 1980 lag das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Nikaraguas mit US\$ 2,07 Mrd. fast um die Hälfte unter demjenigen Costas Ricas (US\$ 3,545 Mrd.). Während das BIP beider Länder zwischen 1980 und 1985 ungefähr im selben Maße zunahm, ist spätestens seit 1985 ein negatives Wachstum in Nicaragua zu beobachten, während das BIP Costas Ricas weiter stieg. 1995 lag es in Costa Rica bei US\$ 5,504 Mrd. und in Nicaragua bei US\$ 1,942 Mrd.<sup>103</sup> Das BIP Costas Ricas war damit annähernd dreimal so hoch wie das Nikaraguas. 1999 betrug das BIP Nikaraguas US\$ 2,1 Mrd.; in Costa Rica lag es bei US\$ 30 Mrd., war also ca. 14-mal höher.<sup>104</sup> Die Einwohnerzahl Nikaraguas lag in diesem Zeitraum dagegen über der Costas Ricas. 1980 zum Beispiel lebten in Nicaragua 2,8 Millionen Menschen, in

---

<sup>100</sup> Die *Akte von Esquipulas II* ist ein vom costaricanischen Präsidenten Oscar Arias entwickelter Friedensplan für Zentralamerika, der am 7. August 1987 in der guatemalteki-schen Stadt Esquipulas von den zentralamerikanischen Präsidenten unterschrieben wurde (vgl.: Figueroa Ibarra 1993, S. 65).

<sup>101</sup> Der Krieg in El Salvador ging noch bis 1992. In Guatemala unterzeichneten die Konfliktparteien 1996 das Friedensabkommen. Der Zentralamerikakonflikt kann nicht auf die Auseinandersetzungen in und um Nicaragua reduziert werden. Da Nicaragua und Costa Rica aber Gegenstand der Untersuchung sind und der Konflikt nur in seiner Bedeutung für die Migration zwischen diesen beiden Ländern dargestellt werden soll, wäre eine Wiedergabe der Konfrontationen in den anderen zentralamerikanischen Staaten und auf gesamt-zentralamerikanischer Ebene zu weitreichend und würde vom zentralen Thema der Arbeit wegführen.

<sup>102</sup> Zur Theorie der „*push*- und *pull*“-Faktoren vergleiche Kapitel 3.1.

<sup>103</sup> Vgl.: Menjívar/ Rodríguez 1998, S. 35.

<sup>104</sup> Vgl.: World Bank 2002, S. 232f.

Costa Rica dagegen nur 2,3 Millionen. Bis zum Jahr 1995 wuchs die Bevölkerung in Nicaragua auf 4,1 Millionen, in Costa Rica auf 3,4 Millionen Menschen.<sup>105</sup> Die Differenz bezüglich des BIP verstärkt sich entsprechend bei der Berücksichtigung der Einwohnerzahlen beider Länder.<sup>106</sup> Das gesamtwirtschaftliche Entwicklungsgefälle ist also offensichtlich.

Einer der Gründe, warum so viele Nicaraguaner in Costa Rica nach Arbeit suchen, ist im hohen Lohngefälle zwischen Nicaragua und Costa Rica zu suchen. Während zum Beispiel 1993 der Mindestlohn für Personen, die in der Landwirtschaft beschäftigt waren in Costa Rica bei US\$ 109,32 monatlich lag, waren es in Nicaragua nur US\$ 23,80. Im Dienstleistungsgewerbe verdiente ein Arbeitnehmer in Costa Rica im Durchschnitt US\$ 135,63, in Nicaragua US\$ 39,67. In der Industrie sowie im Baugewerbe betrug der Lohn eines Arbeiters in Costa Rica mindestens US\$ 116,11, in Nicaragua US\$ 39,67 in der Industrie und US\$ 30,15 im Baugewerbe.<sup>107</sup> Das Lohngefälle hat zur Folge, dass es sich für nikaraguanische Arbeiter finanziell lohnt zumindest zeitweise in Costa Rica zu arbeiten, um sich und Angehörige zu ernähren. Wesentlich entscheidender sind jedoch die hohe Arbeitslosigkeit und die Armut in Nicaragua. Die Migration ist in den meisten Fällen weniger die Folge einer rationalen Entscheidung zur Lohnverbesserung sondern das Resultat eines Kampfes gegen Arbeitslosigkeit und Armut.

Nach dem Sieg der Revolution in Nicaragua startete der FSLN eine Wirtschafts- und Agrarreform, die die Produktion fördern und die soziale Lage der Bevölkerung verbessern sollte.<sup>108</sup> Die allgemeine Krise in Zentralamerika, die Kapitalflucht, der Boykott und das Handelsembargo Nicaraguas durch die USA machten dieses Vorhaben jedoch unmöglich. Zwischen 1984 und 1988 erlebte Nicaragua eine Hyperinflation und die sandinistische Regierung schaffte es auch mit gezielten Subventionsprogrammen und drastischen Sparmaßnahmen nicht, die wirtschaftlich dramatische Situation zu verbessern.<sup>109</sup> Nach dem Machtwechsel von 1990 schlug Nicaragua einen neuen wirtschaftspolitischen Kurs ein, der zwar zeitweilig die

---

<sup>105</sup> Vgl.: Menjívar/ Rodríguez 1998, S. 13.

<sup>106</sup> Vgl.: Ebenda, S. 36 und World Bank 2002, S. 232f.

<sup>107</sup> Vgl.: Ministerio de Trabajo, Dirección de Empleo, Nicaragua, zitiert nach: OIT 1995, S. 9.

<sup>108</sup> Vgl.: Serra Vázquez 1998, S. 179.

<sup>109</sup> Vgl.: Ebenda, S. 184.

Exportzahlen steigern und das negative Wachstum des BIP bremsen konnte, auf der anderen Seite aber zu einer dramatischen Arbeitslosigkeit führte.<sup>110</sup> Verstärkt wurde die Arbeitslosigkeit auch durch die Verwüstungen in der Landwirtschaft durch das Naturphänomen *El Niño* im Jahr 1997.<sup>111</sup>

Für das Jahr 1980 gibt die *Comisión Económica para América Latina y el Caribe* (CEPAL) an, dass 61,5% der nikaraguanischen Bevölkerung in Armut lebten und 34,7% in extremer Armut.<sup>112</sup> Laut Statistiken des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen lag das Einkommen von 50,3% der nikaraguanischen Bevölkerung im Zeitraum zwischen 1984 und 1999 unter der nationalen Armutsgrenze. 21% der Bevölkerung hatten im Jahr 1999 keinen Zugang zu Trinkwasser und 12% der Kinder unter fünf Jahren litten zwischen 1995-2000 an Unterernährung.<sup>113</sup> Die dramatische Situation wird bei der Unterscheidung von Stadt- und Landbevölkerung noch deutlicher. So hatten 1995 zwar 93% der Stadtbevölkerung Zugang zu Trinkwasser, auf dem Land waren es hingegen nur 28%. In Costa Rica hatten im selben Jahr 100% der Stadtbevölkerung und 99% der ländlichen Bevölkerung Zugang zu Trinkwasser.<sup>114</sup>

Das *United Nations Development Program* (UNDP) führte 1990 den *Human Development Index* (HDI) als ein Maß für menschliche Entwicklung ein. Der HDI kombiniert diverse Faktoren und versucht damit, menschliche Entwicklung in Zahlen zu fassen. Das UNDP gibt selber zu bedenken, dass die Quantifizierung menschlicher Entwicklung und menschlichen Wohlstandes kritisch zu betrachten sind, da sich viele Komponenten beider Kategorien nicht messen lassen.<sup>115</sup> Dennoch ist der HDI als Versuch, menschliche Entwicklung in mehreren Dimensionen messbar und sichtbar zu machen, brauchbar, um die Wohlstandsentwicklung verschiedener Länder in einem Vergleich zu verdeutlichen.

Der HDI setzt sich aus den drei Kategorien Lebenserwartung, Bildungsstand und Lebensstandard zusammen. Die Lebenserwartung bei der Geburt, die Alphabetisierungsrate, die Einschulungsquote und das BIP gehen

---

<sup>110</sup> Vgl.: Renzi/ Kruijt 1997, S. 25ff und CEPAL 2001, S. 182.

<sup>111</sup> Vgl.: La Nación, 12.04.2000, S. 16A.

<sup>112</sup> Vgl.: CEPAL 1982, S. 20.

<sup>113</sup> Vgl.: UNDP 2001, S. 182.

<sup>114</sup> Vgl.: Menjívar/ Rodríguez 1998, S. 142.

<sup>115</sup> Vgl.: UNDP 2001, S. 19.



in die Bewertung ein.<sup>116</sup> Der Idealwert aus allen Komponenten ist 1,0. Ein Land gilt als höher entwickelt, je näher der HDI-Wert an 1,0 heranreicht. Ein Land mit einem HDI-Wert von 0,8 oder höher gilt als Land mit hoher menschlicher Entwicklung, ein Wert zwischen 0,5 und 0,799 bezeichnet ein Land mit mittlerer menschlicher Entwicklung und Länder mit niedriger menschlicher Entwicklung sind diejenigen mit einem HDI-Wert unter 0,5.<sup>117</sup> Das UNDP veröffentlicht jährlich die HDI-Werte sowie eine Rangfolge der bewerteten Länder.<sup>118</sup>

Im Jahr 1999 lag die Lebenserwartung in Costa Rica bei 76,2 Jahren. Die Alphabetisierungsquote bei Erwachsenen war 95,5% und das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt lag bei US\$ 8.860. Costa Rica erreichte damit einen HDI-Wert von 0,821, galt im Bericht 2001 also als Land mit hoher menschlicher Entwicklung und nahm im weltweiten Vergleich Platz 41 ein.<sup>119</sup> Im selben Jahr lag die durchschnittliche Lebenserwartung in Nicaragua bei 68,1 Jahren, die Alphabetisierungsquote der Erwachsenen bei 68,2% und das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt bei US\$ 2.279. Nicaragua hatte somit 1999 einen HDI-Wert von 0,635 und galt im Bericht über die menschliche Entwicklung 2001 als Land mit mittlerer menschlicher Entwicklung. Im HDI-Ranking nahm es Platz 106 ein.<sup>120</sup>

Um längerfristige Tendenzen nachvollziehen zu können, rekonstruierte das UNDP HDI-Werte ab 1975 bis zu seiner Einführung 1990. Der HDI-Wert Costa Ricas erhöhte sich demnach zwischen 1980 und 1999 von 0,769 auf 0,821.<sup>121</sup> Auch der HDI-Wert Nicaraguas stieg in diesem Zeitraum konstant an, jedoch auf einem wesentlich niedrigeren Niveau. 1980 lag er bei 0,581.<sup>122</sup> Allerdings haben sich im Laufe der 1990er Jahre die HDI-Werte der meisten Länder erhöht, weshalb ein absoluter Anstieg des Indexwertes

---

<sup>116</sup> Vgl.: Ebenda.

<sup>117</sup> Vgl.: Ebenda, S. 169.

<sup>118</sup> Das UNDP hat die Bemessung des HDI seit seiner Einführung im Jahr 1990 verändert und versucht, auf vertrauenswürdigeren Zahlen zurückzugreifen (vgl.: Ebenda, S. 162). Daten und Quellen wurden deshalb mehrfach überarbeitet (vgl.: Ebenda, S. 165). Dem Bericht über menschliche Entwicklung 2001 wurde eine Tabelle beigelegt, die HDI-Trends vergleicht, da die Daten für ein Land aus verschiedenen Jahren nicht vergleichbar sind.

<sup>119</sup> Vgl.: Ebenda, S. 173, Tabelle 1.

<sup>120</sup> Vgl.: Ebenda, S. 175, Tabelle 1.

<sup>121</sup> Vgl.: Ebenda, S. 177, Tabelle 2.

<sup>122</sup> Vgl.: Ebenda, S. 179, Tabelle 2.

nicht mit einem relativen Aufstieg im HDI-Ranking gleichgesetzt werden kann. So lag Costa Rica zum Beispiel im Jahr 1991 auf Platz 40, während Nicaragua Platz 85 belegte.<sup>123</sup> 1995 hatte Costa Rica Platz 34 und Nicaragua Platz 126.<sup>124</sup>

Auch wenn sich Wohlstand und Lebensqualität nur schwer in Zahlen messen lassen und jeder Quantifizierung mit Skepsis zu begegnen ist, sagen die oben genannten Zahlen in ihrem jeweiligen Vergleich dennoch aus, dass ein deutliches Wohlstandsgefälle zwischen Nicaragua und Costa Rica besteht. Unabhängig vom Vergleich wird aus den Zahlen und Indikatoren deutlich, dass in Nicaragua eine benennbare Armut herrschte und herrscht. Die hohe internationale Verschuldung Nicaraguas trug in den 1990er Jahren darüber hinaus dazu bei, dass staatliche Mittel, die in die Verbesserung der Lebensbedingungen hätten investiert werden können, zur Tilgung der Schulden aufgewendet werden mussten. Soziale Programme zur Minderung der Arbeitslosigkeit wurden kaum finanziert.<sup>125</sup>

Die steigende Arbeitslosigkeit und die Verarmung der Bevölkerung in Nicaragua sind ein Grund für die Notwendigkeit vieler Menschen, ihr Heimatland als Arbeitsmigranten zu verlassen.<sup>126</sup> Es konnte jedoch nur zur massenhaften Migration nach Costa Rica kommen, weil es gleichzeitig einen Mangel an Arbeitskräften in der costaricanischen Wirtschaft gab, zu dessen Ausgleich Nicaraguaner aktiv angeworben wurden. Diese andere Seite der ökonomischen Komponente der Migration soll im Folgenden thematisiert werden.

#### **2.4 Die Bedeutung der Migration für den Arbeitsmarkt**

Durch die Tatsache, dass Nicaraguanern in Costa Rica niedrigere Löhne gezahlt werden als Costaricanern und dass sie überwiegend in sozial wenig abgesicherten oder informellen Verhältnissen arbeiten, ist zu erklären, warum in Costa Rica trotz Arbeitslosigkeit ein Bedarf an nikaraguanischen Arbeitskräften besteht.<sup>127</sup> Neben den Arbeitssuchenden fungieren hierbei

---

<sup>123</sup> Vgl.: UNDP 1991, S. 119ff.

<sup>124</sup> Vgl.: UNDP 1998, S. 152f.

<sup>125</sup> Vgl.: Renzi/ Kruijt 1997, S. 30ff.

<sup>126</sup> Vgl. z.B.: La Nación, 06.01.1995, S. 11A.

<sup>127</sup> „Las persistentes dificultades económicas de Nicaragua asociadas a necesidades «comprensibles» para Costa Rica de «disponer» de una mano de obra barata adicional en los sectores agrícolas, de la construcción y del servicio doméstico no

vor allem auch die Arbeitgeber als wichtige Akteure, die durch die bewusste Anwerbung Migration in Gang setzen.<sup>128</sup> Diesem Mechanismus ist man sich in Costa Rica ebenso bewusst, wie der Tatsache, dass Arbeitgeber in vielen Fällen vorsätzlich illegal eingereiste Migranten beschäftigen.<sup>129</sup> Humberto Fuentes González, ein Abgeordneter aus Guanacaste, machte zum Beispiel die Arbeitgeber in Costa Rica mitverantwortlich für das Problem der massenhaften illegalen Einwanderung von Nikaraguanern, weil sie Migration dadurch provozierten, dass sie illegal eingewanderte Migranten beschäftigten und einen speziell für diese Personengruppe konzipierten Arbeitsmarkt mit niedrigen Löhnen und ohne soziale Absicherung schufen.<sup>130</sup>

Die drei größten Arbeitsbereiche für nikaraguanische Migranten sind neben privaten Sicherheitsdiensten und diversen Aufgabenfeldern im Dienstleistungsbereich vor allem die Landwirtschaft, das Baugewerbe und speziell für junge Frauen die Arbeit als Haushaltshilfe.

Patricia Alvarenga veröffentlichte im Jahr 2000 eine umfassende Studie über ausländische Beschäftigte auf den Kaffeeplantagen Costa Ricas.<sup>131</sup> Sie schildert die Modernisierung und Ausweitung der costaricanischen Landwirtschaft ab den 1970er Jahren und die damit zusammenhängende größere Nachfrage nach Saisonarbeitern, die aufgrund der industriellen Entwicklung Costa Ricas und des Urbanisierungsprozesses nicht mehr ausreichend von nationalen Arbeitern bedient werden konnte. Vor diesem Hintergrund wurden die Flüchtlinge in den 1980er Jahre in den Arbeitsmarkt Costa Ricas integriert. Zwischen 1983 und 1990 waren es 20.527 nikaraguanische

---

podían sino mantener e incluso acelerar el aflujo de trabajadores nicaragüenses hacia Costa Rica.“ (OIT 1995, S. 3). Das *Instituto Nacional de Estadística y Censos* (INEC) aus Nicaragua hat für das Jahr 1998 die Altersstruktur der Migranten in Costa Rica erarbeitet. Dieser Untersuchung zufolge ist der bei weitem größte Teil der Nikaraguaner in Costa Rica im Alter zwischen 15 und 39 Jahren. Fast 50% der Nikaraguaner in Costa Rica sind zwischen 20 und 29 Jahre alt (vgl.: Rosales 2001, S. 246, Cuadro 3). Der größte Teil der Migranten ist also im erwerbstätigen Alter, und es kann aus den Zahlen geschlossen werden, dass Nikaraguaner, die das Rentenalter erreicht haben zu einem Großteil nach Nicaragua zurückkehren. 44,3% der Migranten sind laut derselben Studie im Übrigen Frauen (vgl.: Rosales 2001, S. 246, Cuadro 3).

<sup>128</sup> Vgl.: Piore 1979, S. 24.

<sup>129</sup> Vgl. z.B.: *La Nación*, 27.01.1993, S. 8A oder *La República*, 22.01.1995, S. 16A oder *La República*, 05.09.2000, S. 4A.

<sup>130</sup> Vgl.: *La República*, 21.02.1995, S. 22A.

<sup>131</sup> Vgl.: Alvarenga 2000.

und salvadorianische Flüchtlinge, die offiziell und legal eine befristete Arbeitserlaubnis ausgestellt bekamen.<sup>132</sup> Gleichzeitig wurden immer mehr illegal eingereiste Personen in der Landwirtschaft beschäftigt, obwohl der Ruf nach verstärkter Einwanderungskontrolle lauter wurde.<sup>133</sup> Die Abhängigkeit der costaricanischen Landwirtschaft von Migranten belegt Alvarenga dadurch, dass es im Erntejahr 1990-91 einen starken Mangel an Arbeitskräften in der Kaffeeernte gab, weil viele Flüchtlinge nach Nicaragua zurückgekehrt waren.<sup>134</sup> Luis Ignacio Campos, Direktor der *Cámara Nacional de Agricultura y Agroindustria* wurde von *La Nación* folgendermaßen zu diesem Thema zitiert:

„Es ist nicht so, dass sie [die nikaraguanische Arbeitskraft] besser wäre als die costaricanische Arbeitskraft, noch ist sie günstiger, es gibt sie schlicht und einfach. Das Problem, dem wir nationalen Produzenten gegenüberstehen ist, dass wir hier kein Personal finden, das bereit ist, in der Landwirtschaft zu arbeiten. Gegenwärtig ist die ausländische Arbeitskraft mehr als wichtig, sie ist unabdingbar.“<sup>135</sup>

Bereits 1993 waren mehr als 50% der Beschäftigten in der Kaffeeernte Nikaraguaner.<sup>136</sup> Das *Ministerio de Trabajo y Seguridad Social* bestätigt den anhaltend hohen Anteil nikaraguanischer Erntearbeiter in einer Untersuchung von Dezember 2000. Danach waren in der Erntesaison 2000-2001 64% der Arbeiter Ausländer, der Großteil von ihnen Nikaraguaner.<sup>137</sup> Der Bericht stellt ebenfalls fest, dass ca. 94% der ausländischen Beschäftigten in der

---

<sup>132</sup> Vgl.: Ebenda, S. 24.

<sup>133</sup> Vgl.: Ebenda.

<sup>134</sup> Vgl.: Ebenda, S. 25.

<sup>135</sup> „No es que sea mejor que la mano de obra tica, ni más barata, es que sencillamente hay. El problema que enfrentamos los productores nacionales es que aquí no se consigue gente que trabaje en la tierra. En este momento, la mano extranjera es más que importante, es indispensable.“ (Luis Ignacio Campos, zitiert in: *La Nación*, 30.09.1997, S. 16A).

<sup>136</sup> Vgl.: Alvarenga 2000, S. 26.

<sup>137</sup> Vgl.: Ministerio de Trabajo y Seguridad Social 2000. Einschränkend muss gesagt werden, dass sich die Untersuchung nur auf die Kaffeeplantagen eines Teils von Costa Rica beschränkt. Ein Bezug der genannten Zahl auf das gesamte nationale Gebiet ist also nicht möglich.

Landwirtschaft bei der Einstellung keine gültigen Papiere wie zum Beispiel die obligatorische Arbeitserlaubnis vorlegen können.<sup>138</sup>

Wie in der Kaffeeproduktion werden Nikaraguaner auch in großem Umfang für die Zuckerrohrernten eingestellt. Zwischen 1980 und 1995 steigerte Costa Rica die Zuckerproduktion um mehr als 50%.<sup>139</sup> Entsprechend stieg die Nachfrage nach Arbeitskräften. Auch in diesem Produktionszweig werden während der Erntesaison in großem Umfang Arbeiter angeworben, die nach der Ernte nicht mehr beschäftigt werden können. Es handelt sich also ebenso um eine kurzzeitige Tätigkeit.<sup>140</sup>

Das dritte große landwirtschaftliche Beschäftigungsfeld für nikaraguanische Arbeitsmigranten ist die Bananenproduktion. Nachdem diese zwei Jahrzehnte stagniert hatte, erstellte die costaricanische Regierung 1985 den *Plan de Fomento Bananero* zur erneuten Ausweitung der Bananenproduktion, der Verbesserung des Weltmarktpreises und der Erweiterung der Absatzmärkte.<sup>141</sup> Von 1985 bis 1995 wuchs die Produktion von 44 Millionen auf 112 Millionen Kisten, die Anbaufläche wurde von 20.535 Hektar auf 52.166 Hektar ausgeweitet und die Exporterträge für Bananen steigerten sich von US\$ 149,6 Mio. auf US\$ 649,3 Mio.<sup>142</sup> Während 1985 ca. 13.700 Personen in der Bananenproduktion tätig waren, stieg die Zahl der Beschäftigten trotz einer beträchtlichen Produktivitätssteigerung bis 1995 auf ca. 35.000 Personen an.<sup>143</sup>

Die Expansion der Bananenproduktion führte also zu einer stark erhöhten Nachfrage nach Arbeitskräften. Im Gegensatz zur Erntearbeit auf den Kaffeeplantagen oder bei der Rohrzuckerproduktion wird diese Tätigkeit ganzjährig ausgeführt und ist daher für Arbeitnehmer ökonomisch reizvoller. Auf der anderen Seite handelt es sich um eine körperlich schwere Arbeit mit langen Arbeitszeiten.<sup>144</sup> Der Anteil der Nikaraguaner in diesem Tätigkeitsbereich ist laut Morales und Castro sehr hoch: Bei ihren Untersuchungen in verschiedenen Bananenplantagen lag die Zahl der Nikaragua-

---

<sup>138</sup> Vgl.: Ministerio de Trabajo y Seguridad Social 2000.

<sup>139</sup> Vgl.: Menjívar/ Rodríguez 1998, S. 43.

<sup>140</sup> Vgl.: Morales/ Castro 1999, S. 14.

<sup>141</sup> Vgl.: Ebenda, S. 117.

<sup>142</sup> Vgl.: Ebenda, S. 118.

<sup>143</sup> Vgl.: Ebenda, S. 118.

<sup>144</sup> Vgl.: Ebenda, S. 133.

ner unter den Beschäftigten zwischen 40% und 95%.<sup>145</sup> Den Anteil der illegal beschäftigten Nikaraguaner in der Bananenproduktion schätzen sie auf ca. 38%.<sup>146</sup>

Der hohe Anteil illegaler nikaraguanischer Arbeitsmigranten in der Landwirtschaft Costa Ricas hat einen wichtigen Effekt für die Besitzer der Plantagen: Die nikaraguanischen Arbeiter können aufgrund ihrer Illegalität keine Rechte gegen die Arbeitgeber oder den Staat geltend machen, weshalb ihnen niedrige Löhne gezahlt werden können. Staatlich garantierte Mindestlöhne gelten nicht für illegale Arbeiter, soziale Absicherung oder Arbeitsverträge mit einer garantierten Laufzeit müssen nicht zugestanden werden<sup>147</sup>:

„Die Illegalität zwingt den Migranten, in permanenter Vorsicht vor der Angst zu leben, denunziert zu werden. Deshalb bedenkt er, dass ihn jegliche Handlung, die ihn sichtbar macht, auch wenn es zur Forderung von Arbeitsrechten ist, in Gefahr bringt. Im Bewusstsein der verwundbaren Situation dieser Arbeiter verwehren ihnen die Besitzer des Kapitals andererseits die minimalen im Gesetz vorgesehenen Rechte.“<sup>148</sup>

Bestätigt wird die spezielle Nachfrage nach illegalen Migranten auch in einer Untersuchung des *Ministerio de Trabajo y Seguridad Social*, in der ein Unternehmer zitiert wird, der bemängelt, costaricanische Arbeiter würden auf die gesetzlich vorgeschriebenen Arbeitszeiten bestehen, während die Nikaraguaner bereit seien, mindestens fünf Stunden länger pro Tag zu arbeiten.<sup>149</sup> Das Ministerium bestätigt ebenfalls, dass der ausschlaggebende Grund für die Beschäftigung von Nikaraguanern in Costa Rica in der niedrigen Entlohnung zu suchen ist.<sup>150</sup>

---

<sup>145</sup> Vgl.: Ebenda, S. 130.

<sup>146</sup> Vgl.: Ebenda, S. 21.

<sup>147</sup> Vgl.: Alvarenga 2000, S. 34 und S. 37.

<sup>148</sup> „La ilegalidad obliga al inmigrante a vivir en permanente alerta ante el temor de ser denunciado. Por ello, considera que cualquier acto que lo visibilice, aunque sea para exigir derechos laborales, lo expone al peligro. Por otra parte, los dueños del capital, a sabiendas de la vulnerable situación de estos trabajadores, les niegan los derechos mínimos establecidos en la legislación.“ (Ebenda, S. 53).

<sup>149</sup> Vgl.: Ministerio de Trabajo y Seguridad Social 1998b, S. 2.

<sup>150</sup> Vgl.: Ebenda, S. 3.

Morales und Castro untersuchen in ihrer Arbeit *Inmigración laboral nicaragüense en Costa Rica* auch die Bedeutung der Nicaraguaner im costaricanischen Bauwesen, als einem der Arbeitsbereiche, in dem Nicaraguaner überproportional vertreten sind.<sup>151</sup> Diese Branche zeichnet sich in Costa Rica zum einen dadurch aus, dass in ihr während des gesamten Jahres gearbeitet werden kann. Zum anderen ist sie sehr stark von konjunkturellen Schwankungen wie den allgemeinen Haushaltseinkommen, der Kreditvergabe oder der Politik des Staates abhängig.<sup>152</sup> Generell sind Arbeitsplätze im Bauwesen also äußerst unsicher, krisenanfällig und deshalb relativ reizlos.<sup>153</sup> Hinzu kommt die Tatsache, dass es sich um eine körperlich sehr anstrengende und gefährliche Arbeit handelt. Daher besteht in diesem Bereich zumeist eine hohe Nachfrage nach Arbeitskräften, die bereit sind, unter den genannten Umständen zu arbeiten.<sup>154</sup> Die Zahl der Costaricaner unter den Beschäftigten im Bauwesen ist klein. Möglichkeiten der Lohnarbeit suchen sie vor allem im Dienstleistungssektor, der durch sein konstantes Wachstum spätestens seit Mitte der 1980er Jahre permanent bessere Möglichkeiten der Erwerbsarbeit bietet. Außerdem sind die durchschnittlichen Gehälter in anderen Arbeitsbereichen wesentlich stärker gestiegen als in der Baubranche. Dort fielen sie in einigen Jahren sogar hinter die Löhne der Vorjahre zurück.<sup>155</sup>

Seit den 1990er Jahre wurden immer mehr nikaraguanische Migrantinnen im Bauwesen eingestellt. Laut Morales und Castro beträgt ihr Anteil in dieser Branche ca. 70%, wobei die qualifizierten Tätigkeiten fast ausschließlich von Costaricanern ausgeführt werden.<sup>156</sup> Die nikaraguanischen Arbeiter sind oft unterbezahlt und arbeiten auch deshalb bis zu 60 Stunden pro

---

<sup>151</sup> Es liegen bislang keine gesicherten Zahlen zum Anteil der nikaraguanischen Beschäftigten in der costaricanischen Baubranche vor. Morales und Castro schreiben mit Verweis auf das costaricanische Wirtschaftsministerium, dass 1997 ca. 84.000 Menschen in diesem Arbeitsfeld beschäftigt waren (vgl.: Morales/ Castro 1999, S. 62). Mit dem Verweis auf ältere Fallstudien und den Trend, dass die Baubranche unattraktiver für Costaricaner wird, gehen sie davon aus, dass mittlerweile über die Hälfte der hier beschäftigten Menschen Nicaraguaner sind (vgl.: Ebenda, S. 65).

<sup>152</sup> Vgl.: Ebenda, S. 60.

<sup>153</sup> Vgl.: Ebenda, S. 62.

<sup>154</sup> Vgl.: Ebenda, S. 65.

<sup>155</sup> Vgl.: Ebenda, S. 65f.

<sup>156</sup> Vgl.: Ebenda, S. 72.

Woche, um ausreichend Geld für sich und ihre Familien in Nicaragua zu verdienen.<sup>157</sup>

Zwischen 70% und 80% der nicaraguanischen Migrantinnen arbeiten in Costa Rica als Haushaltshilfen, Näherinnen, Putzkräfte oder Restaurantgestellte.<sup>158</sup> Die Arbeit als Haushaltshilfe ist ein traditioneller Arbeitsbereich für junge Frauen, in dem es möglich ist, sich ohne spezielle Ausbildung auf dem Arbeitsmarkt zu betätigen.<sup>159</sup>

1964 wurde in Costa Rica ein Gesetz erlassen, dass bezahlte Hausarbeit von täglich maximal zwölf Stunden und höchstens vier Zusatzstunden erlaubt. 1995 wurde das Gesetz reformiert und die Arbeitszeit auf neun Stunden täglich und vier Zusatzstunden reduziert. Dabei stehen der Angestellten mindestens 15 Tage Urlaub im Jahr zu.<sup>160</sup> Eine Haushaltshilfe verfügt damit bereits offiziell über die schlechtesten Arbeitsbedingungen in Costa Rica.<sup>161</sup> Eine Familie, die nach diesen Vorgaben eine Haushaltshilfe beschäftigt, entbindet sich von der gesamten Hausarbeit einschließlich der Kinderbetreuung. Eine Frau, die als Hausangestellte arbeitet, verzichtet somit im Extremfall auf ihr ganzes Privatleben und ihre Freizeit. Die Tatsache, dass eine staatliche Überprüfung dieser Tätigkeit fast unmöglich und die Macht der Arbeitgeber daher groß ist, führt zudem dazu, dass den Arbeiterinnen zum Teil abverlangt wird, von morgens fünf Uhr bis nachts zehn Uhr zu arbeiten.<sup>162</sup> Ist eine Person illegal als Haushaltshilfe beschäftigt, fehlt ihr jede Möglichkeit, sich gegen diesen Zustand zu wehren ohne ihre Arbeitsstelle aufs Spiel zu setzen.

Die ökonomische und soziale Modernisierung Costa Ricas führte dazu, dass costaricanischen Frauen vermehrt die Möglichkeit eröffnet wurde, sich am Bildungsangebot und auf dem Arbeitsmarkt zu beteiligen.<sup>163</sup> Frauen in Costa Rica können sich heute wie Männer bilden, weiterbilden und arbeiten. Dadurch schaffen sie sich eine größere finanzielle Unabhängigkeit und erhalten so die Möglichkeit, sich sozial und ökonomisch außerhalb des

---

<sup>157</sup> Vgl.: Ebenda, S. 73.

<sup>158</sup> Vgl.: Funkhouser et al. 2002, S. 24.

<sup>159</sup> Vgl.: Morales/ Castro 1999, S. 17f.

<sup>160</sup> Artikel 104 des *Código de Trabajo*, vgl.: Ebenda, S. 86f.

<sup>161</sup> Vgl.: Ebenda.

<sup>162</sup> Vgl.: Ebenda, S. 113.

<sup>163</sup> Vgl.: Ebenda, S. 87f.



Haushaltes zu bewegen.<sup>164</sup> Die traditionelle Nicht-Lohnarbeit in Form von Haushaltsführung und Kinderbetreuung kann aber somit weniger geleistet werden. Ein Übergang zur verstärkten Beteiligung von Männern an der Hausarbeit hat nicht stattgefunden.<sup>165</sup> Die Emanzipation der costaricanischen Frauen hat innerhalb der letzten Jahrzehnte konstant zugenommen. Die Nachfrage nach jungen Frauen, die bereit sind als Haushaltshilfe zu arbeiten, stieg entsprechend. Die traditionelle Nicht-Lohnarbeit als Haushälterin wandelte sich damit vermehrt zu Lohnarbeit. Neben den langen Arbeitszeiten und der daraus entstehenden sozialen Isolation sind die Gehälter in diesem Bereich besonders niedrig.<sup>166</sup> Letztlich ist das soziale Ansehen dieser Tätigkeit sehr gering,<sup>167</sup> eine soziale Absicherung haben nur ca. 15,8% der Beschäftigten<sup>168</sup> und die Fortdauer der Beschäftigung hängt im weitesten Sinne von der Willkür der Arbeitgeber ab.<sup>169</sup> Aus diesen Gründen ist die Arbeit für viele Costaricanerinnen reizlos.<sup>170</sup> In Nicaragua ist dagegen die Arbeitslosigkeit unter jungen Frauen besonders groß.<sup>171</sup> Jungen Nicaraguanerinnen bietet die Arbeit als Haushaltshilfe daher die Möglichkeit, Geld in Costa Rica zu verdienen, obwohl der dortige Arbeitsmarkt für Migranten sonst fast ausschließlich Männern zugänglich ist. Die Tatsache, dass diese jungen Frauen ihre familiären Bindungen in ihrem Heimatland haben, führt dazu, dass sie im Gastland über die notwendige Zeit verfügen, die einer Arbeiterin im Haushalt abverlangt wird. Darüber hinaus verfügt der Großteil dieser Arbeiterinnen aufgrund ihrer Sozialisation in Nicaragua über Erfahrung im Führen eines Haushaltes.<sup>172</sup> Der An-

---

<sup>164</sup> Die Einbeziehung „einheimischer“ Frauen in den Arbeitsmarkt – vor allem im Dienstleistungsbereich – ist für Elisabeth Aufhauer eine Konsequenz ökonomischer Modernisierungsprozesse. Frauen müssen dadurch von ihrer traditionellen Rolle als Mutter, Ehefrau und Hausarbeiterin abrücken, wodurch eine Nachfrage nach Lohnarbeiterinnen in den Haushalten entsteht (vgl.: Aufhauer 2000, S. 114).

<sup>165</sup> Morales und Castro stellen fest, dass nahezu jede costaricanische Frau, die eine außerhäusliche Arbeitsstelle annimmt durch eine Frau ersetzt wird, die den entsprechenden Haushalt führt (vgl.: Morales/ Castro 1999, S. 88).

<sup>166</sup> Vgl.: Ebenda, S. 90.

<sup>167</sup> Vgl.: Ebenda, S. 104.

<sup>168</sup> Vgl.: Ebenda, S. 99.

<sup>169</sup> Vgl.: Ebenda, S. 100f.

<sup>170</sup> Vgl.: Wiley 1995, S. 428.

<sup>171</sup> Vgl.: Cranshaw/ Morales 1998, S. 12.

<sup>172</sup> Vgl.: Morales/ Castro 1999, S. 104. Eine statistische Untersuchung der FLACSO hat ergeben, dass nur ca. 17% der nikaraguanischen Haushaltsangestellten vor ihrer

teil der illegal Beschäftigten Personen ist in dieser Branche vermutlich hoch, da die Illegalität wie erwähnt große Vorteile für die Arbeitgeber hat und eine Kontrolle dieses speziellen Arbeitsmarktes besonders schwer ist.

## 2.5 Die ökonomische Krise in Costa Rica

Ausgehend von den Erkenntnissen in den vorhergehenden Kapiteln lässt sich feststellen, dass die Wirtschaft Costa Ricas in einem Vergleich mit Nicaragua eine positive Entwicklung genommen hat, ein weit höheres Niveau hat und dass im Bereich des Niedriglohnssektors eine große Nachfrage nach nikaraguanischen Arbeitern besteht. Der vergleichsweise hohe Lebensstandard in Costa Rica und der Bedarf an Arbeitskräften in bestimmten Sektoren dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die ökonomische Situation vieler Menschen in Costa Rica um die Wende vom 20. in das 21. Jahrhundert verschlechtert hat, da das allgemeine wirtschaftliche Wachstum eines Landes nichts über die Verteilung des Wohlstandes unter der Bevölkerung aussagt. Der multinationale Konzern INTEL zum Beispiel trägt als einzelne Firma zu einem sichtbaren Teil des Wachstums des BIP bei,<sup>173</sup> beschäftigt dabei aber nur vergleichsweise wenig Angestellte und wird von der costaricanischen Regierung durch niedrige Steuern und niedrige Energie- und Wasserpreise unterstützt.<sup>174</sup> Die Staatseinnahmen durch den Konzern sind folglich relativ gering und der Teil der Bevölkerung, der von den positiven Wirtschaftszahlen des Konzerns profitiert, nur klein.

---

Emigration in demselben Beruf beschäftigt waren (vgl.: Funkhouser et al. 2002, S. 24). Die Tatsache, dass sie eine Migration, das Leben in der Fremde und eine häufig schlechte Behandlung organisieren und ertragen können, impliziert laut Elisabeth Aufhauer Eigenschaften wie Durchsetzungskraft, vorausschauendes Denken, Managementfähigkeit, Mut und Risikobereitschaft. Aufhauer weist jedoch darauf hin, dass gerade diese Eigenschaften bei der spezifischen Nachfrage nach weiblichen Arbeitsmigrantinnen eher negativ als positiv bewertet werden. Hier spielen Merkmale wie Fleiß, Unterwürfigkeit, Kinderliebe, Freundlichkeit oder Anpassungsfähigkeit die entscheidende Rolle. Migrantinnen müssen sich diesem Bild anpassen, um auf dem für sie spezifischen Arbeitsmarkt eine Chance zu haben (vgl.: Aufhauer 2000, S. 115). Diese „erwerbsbezogene Dequalifikation“ (Ebenda, S. 119) muss neben den oben genannten Schwierigkeiten und Unsicherheiten für nikaraguanische Migrantinnen als zusätzliche geschlechterspezifische Belastung beachtet werden.

<sup>173</sup> Vgl.: Inforpress Centroamericana, 25.02.2000.

<sup>174</sup> Vgl. z.B.: La Nación Digital, 07.07.1997, [http://www.nacion.com/ln\\_ee/1997/julio/07/economia1.html](http://www.nacion.com/ln_ee/1997/julio/07/economia1.html), Stand: 10.10.2002.

Die ökonomische Krise in Costa Rica steht in direktem Zusammenhang mit Veränderungen im gesellschaftlichen Diskurs über die Migration. Ausgrenzung von Ausländern oder der verstärkte Ruf danach verweisen häufig eher auf innere Spannungen und deren Projektion nach außen als auf eine tatsächliche Bedrohung. Sündenböcke werden gerade dort gesucht, wo die Substanz einer imaginierten Gemeinschaft durch interne Krisenerscheinungen gefährdet scheint. So wird die Krise des Sozialstaates nicht auf die Neugestaltung ökonomischer und sozialer Systeme zurückgeführt; eine einfachere Erklärung bildet die angebliche Überstrapazierung dieses Systems durch Migranten.<sup>175</sup> An dieser Stelle sollen deshalb einige Indikatoren benannt werden, die das positive Licht, in dem die wirtschaftliche Lage der costaricanischen Haushalte in diesem Kapitel dargestellt wird, relativieren.

Eduardo Lizano, der Präsident der costaricanischen Zentralbank, stellte im Jahr 2000 fest, dass ein schlechtes makroökonomisches Gleichgewicht und strukturelle wirtschaftliche Veränderungen negative ökonomische und soziale Konsequenzen für Costa Rica hätten, auch wenn bisher keine dramatischen Zahlen im Bezug auf Inflation und Arbeitslosigkeit zu vermerken seien.<sup>176</sup> Die Arbeitslosigkeit betrug jedoch 1999 bereits 6,4% und stieg bis 2001 weiter an.<sup>177</sup> Neben der Arbeitslosigkeit nahm die Unterbeschäftigung mit 7,8% stark zu, und die Löhne sanken nicht zuletzt, weil Arbeitgeber mit der Arbeitslosigkeit Druck auf die Beschäftigten ausüben konnten.<sup>178</sup> Das durchschnittliche Einkommen in Costa Rica stieg 1999 zwar an, da sich die costaricanischen Staatsschulden jedoch weiter erhöhten, stiegen auch die Mehrwert- und Lohnsteuer.<sup>179</sup> 1999 lebten 21,1% der Haushalte in relativer,<sup>180</sup> 6,7% in extremer Armut.<sup>181</sup>

---

<sup>175</sup> Vgl.: Kössler 1997, S. 340.

<sup>176</sup> Vgl.: Inforpress Centroamericana, 07.01.2000.

<sup>177</sup> Vgl.: Inforpress Centroamericana, 21.01.2000 und 11.01.2002.

<sup>178</sup> Vgl.: Inforpress Centroamericana, 25.02.2000.

<sup>179</sup> Vgl.: Inforpress Centroamericana, 21.01.2000.

<sup>180</sup> Vgl.: Inforpress Centroamericana, 01.12.2000. Für das Jahr 2000 veranschlagt der Bericht *Estado de la Nación* die Armut in Costa Rica sogar auf 30,2% aller Haushalte, zusammengesetzt aus 22,7% in den Städten und 37,1% auf dem Land. Zur Grundlage dieser Aussage macht der Bericht einen Katalog von acht Grundbedürfnissen, die für Haushalte erfüllbar sein müssen (vgl.: Proyecto Estado de la Nación 2001, S. 95ff.).

<sup>181</sup> Vgl.: Inforpress Centroamericana, 25.02.2000.

Obwohl diese Zahlen im Vergleich zu Nicaragua nach wie vor ein relativ positives Bild zeichnen, stellen sie für Costa Rica eine Verschlechterung dar, die für die Wahrnehmung der Costaricaner gegenüber Migranten ausschlaggebend sein kann. Der negative ökonomische Trend in Costa Rica hat darüber hinaus direkte Auswirkungen auf die Arbeitsbereiche, in denen nikaraguanische Arbeitsmigranten überproportional beschäftigt sind. Das geringere Einkommen der Haushalte und die Reduzierung staatlicher Unterstützung haben einen besonders negativen Einfluss auf die Baubranche, in der die Arbeitslosigkeit besonders stark anstieg. Sinken die Einkommen der Haushalte, müssen die Ausgaben reduziert werden. Auf Investitionen in Baumaßnahmen wird dann eher verzichtet.

Da es sich bei der Beschäftigung von nikaraguanischen Haushaltshilfen in der Mehrzahl um informelle Beschäftigung handelt, ist es schwer, hier sichere Zahlen zu ermitteln und einen Trend in diesem Beschäftigungsfeld auszumachen. Legt man jedoch die Entwicklung in der Baubranche zugrunde, kann die These aufgestellt werden, dass sinkende Haushaltseinkommen und vermehrte Arbeitslosigkeit einen negativen Einfluss auf die Beschäftigung von Haushaltshilfen haben. Höhere Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung in den Haushalten führt dazu, dass Familienmitglieder, vor allem Frauen,<sup>182</sup> wieder selbst für die Haushaltstätigkeiten zur Verfügung stehen.

In Bezug auf die Nikaraguanerinnen und Nikaraguaner, die als Erntehelfer in der costaricanischen Landwirtschaft arbeiten, ist eine weitere Krise zu nennen, die weniger ein costaricanisches als vielmehr ein zentralamerikanisches oder sogar globales Problem ist: die „Kaffee-Krise“. Seit 1998 wird weltweit mehr Kaffee produziert als konsumiert.<sup>183</sup> Vor allem Vietnam steigerte seine Produktion im Laufe der 1990er Jahre extrem. Während es 1990 etwas mehr als eine Millionen Säcke zu je 60 kg exportierte, waren es im Jahr 2000 fast zwölf Millionen Säcke. Costa Rica exportierte in den 1990er Jahren konstant über zwei Millionen Säcke jährlich. Im Jahr 2000 lag das Exportvolumen zum ersten Mal seit 1986 unter dieser Marke.<sup>184</sup> Das

---

<sup>182</sup> Neben der Tatsache, dass Hausarbeit traditionell und kulturell bedingt eher von Frauen als von Männern verrichtet wird, sind die Arbeitslosigkeit und die Unterbeschäftigung bei Frauen in Costa Rica besonders hoch (vgl.: Proyecto Estado de la Nación 2001, S. 128).

<sup>183</sup> Vgl.: Flores et al. 2002, S. 13.

<sup>184</sup> Vgl.: International Coffee Organization: Historical Statistical Data, Exports of Exporting Members, <http://www.ico.org/asp/select2.asp>, Stand: 01.12.2002.

globale Überangebot ließ den Kaffeepreis an den internationalen Börsen auf den niedrigsten Wert in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts sinken,<sup>185</sup> wodurch die Produktionskosten den Gewinn aus dem Verkauf in vielen Fällen sogar überstiegen.<sup>186</sup> Nikaraguanische und costaricanische Kaffeeproduzenten können diesem globalen Trend nur durch eine Produktivitätssteigerung entgegenwirken, also durch Entlassungen, die Beschäftigung von weniger Erntehelfern und die Auszahlung niedrigerer Löhne. In vielen Fällen können kleine Betriebe nach der Ernte die Löhne nicht zahlen und müssen die Produktion vollständig einstellen.<sup>187</sup>

Die anhaltende „Kaffee-Krise“ hat somit in zweierlei Hinsicht verheerende Folgen für die Arbeitsmigration zwischen Nicaragua und Costa Rica. Zum einen steigen durch sie die Arbeitslosigkeit und die Armut in Nicaragua weiter an. Im Jahr 2002 waren nach Schätzungen des nikaraguanischen Gesundheitsministeriums 220.000 Menschen in Nicaragua direkte Leidtragende der Krise, indem sie ihre Arbeit verloren oder schlecht bis gar nicht bezahlt wurden.<sup>188</sup> In der Folge dieser Notlage gab es sogar Hungertote in Nicaragua.<sup>189</sup> Zum anderen fallen im Zuge der Krise auch in Costa Rica Arbeitsplätze in der Kaffeeproduktion weg.<sup>190</sup> Die Notwendigkeit der Emigration als Ausweg aus der sozialen Misere steigt im Zuge der „Kaffee-Krise“ also für viele Nicaraguaner, während gleichzeitig ihre Chancen sinken, in der costaricanischen Landwirtschaft arbeiten zu können.

---

<sup>185</sup> Vgl.: Flores et al. 2002, S. 9.

<sup>186</sup> Vgl.: Ebenda, S. 30.

<sup>187</sup> Vgl. z.B.: La Nación, 22.07.2002, o.S.

<sup>188</sup> Vgl.: La Nación, 08.09.2002, o.S.

<sup>189</sup> Vgl.: La Nación, 15.09.2002, o.S.

<sup>190</sup> Vgl.: La Nación, 22.07.2002, o.S.

### 3. Migrationstheoretische Angebote

Die Kenntnis der ökonomischen, politischen und sozialen Disparitäten zwischen Nicaragua und Costa Rica hilft zu verstehen, warum hier Migration stattfand und -findet. Dennoch ist Migration keine logische Konsequenz sozialer Ungleichheit, wie es die Theorie der *push*- und *pull*-Faktoren – deren Vorzüge und Defizite in der Erklärung von Migrationsbewegungen in diesem Kapitel dargestellt werden sollen – nahe legt. Um die Migration zwischen Nicaragua und Costa Rica, die dort herrschenden Diskurse und die Migrationspolitik einordnen zu können, werden im Folgenden auch Elemente derjenigen theoretischen Konzepte vorgestellt, die über die rein ökonomische Darstellung des Phänomens hinausweisen. Hierbei handelt es sich um die Theorie sozialer Netzwerke und ihre Erweiterung in der Theorie transnationaler sozialer Räume und transnationaler Identitäten. Im Anschluss werden diese Ansätze auf den regionalen Kontext bezogen, um darzustellen wie sie den Charakter der Migration in Costa Rica zu verstehen helfen.

#### 3.1 Die Theorie der *push*- und *pull*-Faktoren

Unter *push*- und *pull*-Faktoren versteht der US-amerikanische Soziologe Everett S. Lee das Zusammenwirken von ökonomischen Kräften in der Herkunfts- und Ankunftsregion einer Migrationsbewegung.<sup>191</sup> *Push*-Faktoren vertreiben dieser Theorie nach den Akteur von einem Ort, während gleichzeitig *pull*-Faktoren Anreize für die Migration an einen anderen Ort schaffen. Die Ökonomie und vor allem der Arbeitsmarkt stellen hier die zentralen Motive für Emigration und Immigration dar. Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung und niedrige Löhne wirken vertreibend, während freie Arbeitsplätze und hohe Löhne anziehend wirken.<sup>192</sup> Die Theorie stimmt

---

<sup>191</sup> Vgl.: Lee 1966.

<sup>192</sup> Die Verwendung der Begriffe „*push*-“ und „*pull*-Faktor“ scheint trotz Kritik am Erklärungsansatz der neoklassischen Ökonomie sinnvoll. Der Gebrauch dieser Begrifflichkeit bedeutet nicht gleichzeitig die vollständige Übernahme des Modells. In der neoklassischen Migrationsforschung, die Ernest George Ravenstein 1885 mit *The Laws of Migration* (Ravenstein 1885) begründete, wird Migration ausschließlich als das Resultat einer Ungleichzeitigkeit von Angebot und Nachfrage nach Arbeitskräften verstanden. Das Individuum entscheidet dabei nach einer Kosten-Nutzen-Rechnung, ob sich eine Migration ökonomisch lohnt. Dieser Kosten-Nutzen-Rechnung liegen die *push*- und *pull*-Faktoren zugrunde. Keine neuere Migrationstheorie hat an Kritik an

folglich mit den Erkenntnissen in den vorhergehenden Kapiteln überein. In der Realität zeigt sich jedoch auch, dass sich der Großteil der Menschen, die ihre Lebensbedingungen durch Arbeitsmigration sehr wohl verbessern könnten, nicht für eine Migration entscheidet.<sup>193</sup> Auch sind es nicht immer die ökonomisch schwächsten Länder, deren Bewohner in großem Umfang auswandern. Die Reduzierung der Migration auf eine bloße Kosten-Leistungs-Rechnung, die der Migrant unabhängig von anderen Menschen oder von politischen Prozessen erstellt, wird weder dem Phänomen gerecht, noch hilft diese Verkürzung bei der Analyse des Umgangs mit Migration im Ankunftsland.

Laut Saskia Sassen sind neben ökonomischen auch politische und soziale Verbindungen zwischen Herkunfts- und Ankunftsland von Wanderungsbewegungen wichtig für die Migration als solche. Auswanderung orientiert sich nicht generell in Richtung eines Nachbarlandes, um die Wanderungswege kurz zu halten oder in Richtung des nächstliegenden „wohlhabenden“ Landes, wie es die neoklassische Logik der Theorie der *push*- und *pull*-Faktoren nahe legen würde.<sup>194</sup> Bei allen anhaltenden Migrationsbewegungen sind vielmehr Verbindungen zwischen den involvierten Ländern erkennbar. Diese können die Form kolonialer oder neo-kolonialer Beziehungen, wie zum Beispiel bei der Migration aus El Salvador oder den Philippinen in die USA haben oder aber auf einer Kombination von ökonomischen und politischen Verflechtungen basieren.<sup>195</sup> Beispiele sind hier die Auslagerung von Produktion, die Implantierung exportorientierter Landwirtschaft oder der Einfluss transnationaler Konzerne auf die Güter- und Konsummärkte.<sup>196</sup> Eine dritte und für die Migration zwischen Nicaragua

---

diesem Modell gespart, welches auf einem ökonomischen Rationalismus basiert und die vollkommen freie Entscheidung des Individuums voraussetzt. So kritisieren Robin Cohen oder Douglas Massey eben die falsche Vorstellung rationaler Entscheidungen in der „modernen Welt“ (vgl.: Cohen 1996, S. XV und Massey et al. 1998, S. 8ff.), Oded Stark beschreibt die neoklassische Theorie als unzutreffende Reduzierung der Komplexität von Arbeitsmigration auf Lohndifferenziale (vgl.: Stark 1991, S. 3) und Michael Piore wertet den gesamten Ansatz schlicht als irrelevant ab (vgl.: Piore 1979, S. 7).

<sup>193</sup> Vgl. z.B.: Faist 1997 und Massey 2000, S. 56.

<sup>194</sup> Vgl.: Sassen 1995, S. 265.

<sup>195</sup> Vgl.: Ebenda.

<sup>196</sup> Vgl.: Ebenda.

und Costa Rica entscheidende Art der Verflechtung ist die aktive Anwerbung von Arbeitskräften im Ankunftsland.<sup>197</sup>

Der Theorie von *push*- und *pull*-Faktoren zufolge hängt internationale Arbeitsmigration zu Recht mit der Nachfrage nach Arbeitskräften zusammen, die bereit sind, für relativ niedrige Löhne zu arbeiten und auf Forderungen zu verzichten. Die zweite wichtige Voraussetzung ist die Bereitschaft von Personen, unter schlechten Bedingungen im Ausland zu arbeiten, weil diese schlechten Bedingungen ökonomisch betrachtet dennoch besser sind als die Bedingungen in der Herkunftsregion.<sup>198</sup>

### 3.2 Die Netzwerk-Theorie

*Push*- und *pull*-Faktoren können somit einen möglichen Ausgangspunkt einer Migrationsbewegung erklären. Netzwerktheorien vermögen dies zwar nicht, helfen aber zu verstehen, warum Migrationskreisläufe schwer steuerbar sind und in der Regel mit der Zeit eine Eigendynamik entwickeln.<sup>199</sup> Erst die Einsicht in die Existenz von Migrationsnetzwerken bzw. Migrationssystemen erklärt das Andauern und die Selbstreproduktion von Migration auch wenn die *pull*-Faktoren abnehmen, Arbeitsmigranten also zum Beispiel nicht mehr angeworben werden oder sich die wirtschaftliche Lage im Ankunftsland verschlechtert.<sup>200</sup>

Die Theorie der Migrationsnetzwerke geht davon aus, dass neben dem ökonomischen Kapital das soziale Kapital im Bourdieuschen Sinne für Migrationsentscheidungen bestimmend ist. Bourdieu definiert das soziale Kapital als

„die Gesamtheit der aktuellen und potentiellen Ressourcen, die mit dem Besitz eines dauerhaften Netzes von mehr oder weniger institutionalisierten Beziehungen gegenseitigen Kennens oder Anerkennens verbunden sind; oder, anders ausgedrückt, es handelt sich dabei um Ressourcen, die auf der Zugehörigkeit zu einer Gruppe beruhen.“<sup>201</sup>

---

<sup>197</sup> Vgl.: Ebenda, S. 265f.

<sup>198</sup> Vgl.: Bernstein/Weiner 1999, S. xv.

<sup>199</sup> Vgl.: Portes 1983, S. 73.

<sup>200</sup> Vgl.: Parnreiter 2000, S. 36.

<sup>201</sup> Bourdieu 1992, S. 63.



Für die Migration relevante Formen sozialen Kapitals sind Kontakte, Informationen, Autoritäten, Verpflichtungen, Erwartungen oder Solidarität, also das Netz von Beziehungen innerhalb dessen sich ein Individuum bewegt. Die ökonomischen Kosten von Migration – Reisekosten, Lebenshaltungskosten usw. – werden durch ein hohes Maß an sozialem Kapital verringert, denn die bestehende soziale Infrastruktur im Ankunftsland ermöglicht zum Beispiel eine günstige Unterkunft, Verpflegung und Hilfe bei der Arbeitssuche.<sup>202</sup> Bestehen funktionierende soziale Bindungen und etablierte Netzwerke wird neben den „sozialen Kosten“ aber vor allem auch das Risiko der Migration einschätzbarer und geringer.<sup>203</sup>

### 3.3 Die Theorie transnationaler sozialer Räume und Identitäten

Bestehende Migrationsnetzwerke stimulieren letztlich sogar Migration. Familienmitglieder oder Freunde, die bereits ausgewandert sind, beeinflussen das Verhalten von Personen, die noch nicht migriert sind. Sie ermutigen sie zur Auswanderung, versorgen sie mit Informationen und stellen Kontakte her, die beim Prozess der Wanderung und bei der Integration in der Ankunftsregion hilfreich sind.<sup>204</sup> Auch die berufliche Integration der Migranten und die Existenz sogenannter *ethnic businesses* hängen von der Verfügbarkeit sozialen Kapitals ab.<sup>205</sup> Nicht nur der ökonomische Nutzen einer Auswanderung ist also ein Motiv für die Migration, sondern auch soziale Bindungen, Beziehungen und nicht zuletzt Zwänge, die außerhalb der Ökonomie stehen. Freundschaften und Familienbindungen sind Beispiele für immaterielle Verbindlichkeiten innerhalb eines sozialen und geographischen Raumes, der nicht mit einem Nationalstaat identisch ist. Auf der anderen Seite sind in einem transnationalen Raum nicht nur die Migranten selbst in die Migration involviert, sondern auch die Bewohner der Herkunfts- und der Ankunftsregion. Dies wird zum Beispiel deutlich in der ökonomischen Abhängigkeit von Haushalten, deren finanzielle Basis auf Geldsendungen von Arbeitsmigranten beruht. Das Bestehen einer Infrastruktur im transnationalen Raum – zum Beispiel in Form von Transportunternehmen, Schlepperorganisationen oder Einrichtungen, die inter-

---

<sup>202</sup> Vgl.: Espinosa / Massey 1997, S. 144f.

<sup>203</sup> Vgl.: Faist 1997, S. 79.

<sup>204</sup> Vgl.: Parnreiter 2000, S. 37.

<sup>205</sup> Vgl.: Ebenda.

national Geld versenden – hängt ebenfalls direkt mit der Migration zusammen.<sup>206</sup>

Die Theorie der transnationalen sozialen Räume und der transnationalen Identitäten greift die Theorie der Migrationsnetzwerke also auf und erweitert sie um Fragen der sozialen Strukturen und Identitäten.

Sie hilft zu verstehen, warum Migrationsnetzwerke auch völlig unabhängig von ökonomischen *push*- und *pull*-Faktoren weiterbestehen können. In transnationalen sozialen Räumen werden der Theorie zufolge neue Identitäten ausgebildet.<sup>207</sup> Migration wird hier nicht primär als einmaliger oder mehrmaliger Wechsel zwischen zwei Orten verstanden, sondern als die ständige Bewegung von Menschen und Informationen zwischen zwei Orten. Dieser ständige Austausch wird zum integralen Bestandteil eines Lebenslaufes.<sup>208</sup> Transmigranten sind also Individuen, deren tägliches Leben von Beziehungen abhängt, die über Staatsgrenzen hinweg bestehen und deren Eigenwahrnehmung nicht mit einer nationalen, sondern mit Elementen mehrerer nationaler Identitäten übereinstimmen und schließlich in einer neuen Identitätsstruktur kumulieren.<sup>209</sup> Durch die Wanderung bilden Migranten eine Andersartigkeit gegenüber den Personen in der Herkunftsregion aus. Auf materieller Ebene erhöhen sie ihren sozialen Status, auf immaterieller Ebene trennen sie elementare Erlebnisse und Erfahrungen von den Personen in der Herkunftsregion.<sup>210</sup> So entsteht eine mehr oder weniger starke Abgrenzung von der „alten“ Identität. Die Migration integriert diese Menschen aber mitnichten automatisch in die Gesellschaft der Ankunftsregion. Vielmehr erfahren sie sich dort häufig ebenfalls als andersartig, sozial marginalisiert und ausgegrenzt.<sup>211</sup> Direkt im Bezug auf das identitätsbildende Element ihrer Migration entsteht parallel zur Entfrem-

---

<sup>206</sup> Vgl.: Ebenda, S. 39.

<sup>207</sup> Vgl.: Ebenda, S. 38.

<sup>208</sup> Vgl. z.B.: Pries 2001, S. 49.

<sup>209</sup> Vgl.: Glick Schiller/ Basch/ Szanton Blanc 1997, S. 121.

<sup>210</sup> Diese Erfahrungen sind erstens ihre eigenen, also zum Beispiel das „Leben in der Fremde“, die Migration mit ihren psychologischen Wirkungen an sich oder ihre Behandlung durch Menschen in der Ankunftsregion. Zweitens trennen auch die Erfahrungen der Nicht-Migranten diese von den Migranten. Mit wachsendem zeitlichem Abstand verändern sich die Identitäten der Bezugspersonen in der Herkunftsregion, wodurch sich Migranten und Nicht-Migranten entfremden (vgl.: Alvarenga 1997, S. 23ff.).

<sup>211</sup> Vgl.: Parnreiter 2000, S. 40.

dung von Personen aus der Herkunftsregion und dem Gefühl der Andersartigkeit gegenüber Personen in der Ankunftsregion eine identitäre Bindung an eine dritte Gruppe: die anderen Migranten gleicher Herkunft.<sup>212</sup>

Diese Typisierung der Transmigranten stellt eine Ergänzung zu den beiden Migrationstypen Auswanderer und Rückwanderer dar. Der Auswanderer legt seine Migration idealtypisch – ob freiwillig oder gezwungen – in einer endgültigen zeitlichen Perspektive an, eine Rückkehr wird ausgeschlossen. Dementsprechend ist er bemüht, sich der Gesellschaft der Ankunftsregion anzupassen und sich in diese Gesellschaft zu integrieren. Der Rückwanderer versteht sich idealtypisch als Gast und reintegriert sich nach seiner Remigration wieder in die Herkunftsgesellschaft. Transmigranten dagegen verfügen in der Realität – also unabhängig von ihrer Selbstwahrnehmung oder der Fremdwahrnehmung durch andere – über tatsächliche Bindungen in Herkunfts- und Ankunfts-gesellschaft.

Die Entstehung sozialer Netzwerke und ihre Erweiterung in transnationalen Räumen und Identitäten haben Konsequenzen für den politischen Umgang mit Einwanderung. Wenn Migration von der Regierung eines Aufnahmelandes ausschließlich als ökonomisch motivierter und rational gesteuerter Prozess wahrgenommen wird, laufen Maßnahmen zu ihrer Verhinderung oder Regulierung zwangsläufig ins Leere. Staatliche Politik kann die Herausbildung transnationaler sozialer Strukturen nicht ohne weiteres verhindern. Ausgrenzung und Repressionen verstärken vielmehr die transnationale Identität der Migranten und die Komplexität sozialer Netzwerke.<sup>213</sup>

### 3.4 Die Theorien im Test

Die Unterschiede in der Prosperität zwischen Nicaragua und Costa Rica und die zum Teil aktive Anwerbung nikaraguanischer Arbeiter durch Arbeitgeber oder die costaricanische Regierung sind die entscheidenden *push*- und *pull*-Faktoren für die Migration von Nicaraguanern nach Costa Rica. Die große Armut in Nicaragua, die hohe Arbeitslosigkeit und das geringere Einkommen stellen eine Motivation zur Arbeitsmigration dar, politische Unruhen und soziale Ausweglosigkeit eine Motivation zur Flucht. Der vergleichsweise hohe Lebensstandard in Costa Rica, die Verfügbarkeit von

---

<sup>212</sup> Vgl.: Ebenda.

<sup>213</sup> Vgl.: Massey 2000, S. 67.

Arbeitsplätzen im Niedriglohnssektor, die aktive Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte und die politische und soziale Sicherheit im weiteren Sinne stellen *pull*-Faktoren für die Einwanderung dar. Vor allem die Nachfrage nach Arbeitskräften und ihre aktive Anwerbung erklären den Ursprung der massiven Migration seit den 1980er Jahren.<sup>214</sup> Die klassische ökonomische Erklärung von *push*- und *pull*-Faktoren ist also auch für die Migration von Nikaraguanern nach Costa Rica aussagekräftig. Die Krise in Costa Rica, einhergehend mit verstärkter Arbeitslosigkeit, größerer Unsicherheit und dem Abbau des Sozialstaates auf der einen Seite und die starke Repression gegenüber den Migranten auf der anderen Seite müsste nach dieser Theorie jedoch die Migration stoppen oder zumindest deutlich verringern. Die Tatsache, dass dies nicht der Fall ist, weist auf die Grenzen der Aussagekraft dieser Theorie für Nicaragua und Costa Rica hin. Nach Ansicht Sassens setzen *push*- und *pull*-Faktoren irreversible Prozesse in Gang.<sup>215</sup> Der Fortbestand und die Dynamik dieses Prozesses lassen sich jedoch in diesem theoretischen Rahmen nicht mehr erklären.

Zum Verständnis des Andauerns der Migration und des fortdauernden Aufenthaltes einer großen Zahl von Nikaraguanern in Costa Rica trägt die Theorie der Migrationsnetzwerke bei. Während Migranten, die in eine relativ unbekanntere Region einwandern, nicht wissen was sie erwartet – einer der Gründe, warum es verglichen mit der weltweiten Armut nur relativ wenig internationale Migration gibt –, kann bei nikaraguanischen Migranten davon ausgegangen werden, dass sie über eine große Anzahl von Informationen über Costa Rica, Reise- und Einreisemöglichkeiten, Wohn- und Arbeitsmöglichkeiten, Lebenshaltungskosten und die mögliche soziale Behandlung verfügen. Diese Informationen erhalten sie einerseits über unpersonliche Strukturen wie zum Beispiel Zeitungen oder das Fernsehen, andererseits aber vor allem über ein persönliches Netzwerk aus Personen, die bereits nach Costa Rica migriert sind, Rückwanderern oder Bekannten, die sich über eine Migration informiert haben und ihre Informationen weitergeben. In 26 Biographien von Nikaraguanern in Costa Rica, die Carlos Sandoval unter dem Titel *¿Cómo me siento en Costa Rica?*<sup>216</sup> gesammelt hat, lassen sich diese Informationsstrukturen durchweg nachweisen. Nicht alle Biographien enthalten Angaben über vorhandene Infor-

---

<sup>214</sup> Vgl.: Sassen 2000, S. 154.

<sup>215</sup> Vgl.: Sassen 1995, S. 265f.

<sup>216</sup> Sandoval 2000.

mationen vor der Reise, häufig aber geben sie Aufschluss über bestehende Informationsnetzwerke. Ein Migrant etwa bekam vor seiner Abreise von Freunden eine erste Anlaufadresse in Costa Rica;<sup>217</sup> eine Nikaraguanerin, die 1996 nach Costa Rica migrierte, berichtet, dass sie bereits 1994 genau über Möglichkeiten der Einreise nach Costa Rica informiert war.<sup>218</sup> Ein weiterer Nikaraguaner reiste im Alter von 15 Jahren zusammen mit anderen Personen nach Costa Rica, von denen einige den besten Weg über den Rio San Juan kannten.<sup>219</sup> Einige Personen schildern, dass sie bereits selber zum zweiten Mal nach Costa Rica reisten und deshalb über Informationen verfügten.<sup>220</sup> Andere Personen gaben an, dass ihnen angeraten wurde, zur Verbesserung ihrer Lage nach Costa Rica zu gehen:

„Ich migrierte 1994 nach Costa Rica, als ich 22 Jahre alt war. Ich musste meine Familie verlassen, weil mich die ökonomischen Bedingungen zwangen zu kommen, um wirtschaftliche Mittel beitragen zu können, damit sie weiterleben konnten. Außerdem hatte ich die Information, dass die Dinge in Costa Rica besser seien.“<sup>221</sup>

Es wird deutlich, dass die Informationen, die zur Migration motivieren, sehr allgemein gehalten sein können. Im oben genannten Beispiel reichte bereits die Behauptung, in Costa Rica seien „die Dinge besser“ als erwähnenswerte Motivation für eine Migration aus. Trotz ihrer Unbestimmtheit erzeugen die Informationen offensichtlich ein Sicherheitsempfinden bei potentiellen Migranten, weil sie ihnen das Gefühl vermitteln, zu wissen was ihnen bevorsteht.

Ein weiterer wichtiger Faktor für die Entscheidung zur Migration sind die Migrationsnetzwerke, durch die Arbeit, Wohnen und ein soziales Leben garantiert werden können. Personen, die neu immigriert sind, erhalten eine soziale Anlaufstelle und fühlen sich in der neuen Umgebung weniger

---

<sup>217</sup> Vgl.: Autobiografía de José, in: Ebenda, S. 11-15, S. 11.

<sup>218</sup> Vgl.: Autobiografía de Guadalupe, in: Ebenda, S. 34-38, S. 34.

<sup>219</sup> Vgl.: Autobiografía de Elmer, in: Ebenda, S. 51-53, S. 51.

<sup>220</sup> Vgl.: Autobiografía de Tomas, in: Ebenda, S. 56-57, S. 56 und Autobiografía de Leoncia, in: Ebenda, S. 1-10, S. 1ff.

<sup>221</sup> „Migré hacia Costa Rica en el año 1994, cuando tenía 22 años, tuve que dejar a mi familia, ya que las condiciones económicas me obligaron a venirme, para poder aportar recursos económicos, y pudieran seguir viviendo. Además tenía la información de que en Costa Rica las cosas eran mucho mejores.“ (Autobiografía de Lissette, in: Ebenda, S. 72-73, S. 72).

isoliert. Der Effekt des „Wanderns in die Fremde“ wird dadurch gemildert.<sup>222</sup> Nikaraguanische Migranten haben in Costa Rica eine soziale Infrastruktur aufgebaut, die auf Solidarität basiert, Schutz bietet und Perspektiven eröffnet. Anhand der angesprochenen Biographien von Nikaraguanern in Costa Rica lassen sich diese Netze in Form von gegenseitiger Unterstützung und Solidarität nachweisen. In einer Biographie wird sogar direkt von einer *comunidad nicaragüense* in Costa Rica gesprochen.<sup>223</sup> Diese Person und die Verfasser weiterer Biographien in *¿Cómo me siento en Costa Rica?* sehen sich in diesem Zusammenhang weniger als Individuen, sondern mehr als Teil einer Gruppe, die weder mit der nikaraguanischen noch mit der costaricanischen Gesellschaft identisch ist, sondern eine eigene, transnationale Gemeinschaft darstellt.<sup>224</sup> Als Mitglied eben dieser Gruppe sind die Migranten in der Lage, soziales Kapital zu akkumulieren.

Mit den solidarischen Netzwerken von Nikaraguanern in Costa Rica beschäftigt sich auch die Fallstudie *Tejedores de Supervivencia*.<sup>225</sup> Die Autoren weisen nach, dass die oben genannten sozialen Strukturen und Bindungen zwischen Nikaraguanern in Costa Rica existieren und teilweise sogar weit über die Theorie hinausgehen. Die Migration und der Status als Migrant schaffen demnach das verbindende Element einer gemeinsamen sozialen Erlebniswelt und einer gemeinsamen Geschichte.<sup>226</sup> Solidarität spielt vor diesem Hintergrund eine große Rolle.<sup>227</sup> Diese wird zum Beispiel bezüglich des Arbeitsmarktes deutlich. Obwohl Nikaraguaner/ Nikaraguanerinnen im Baugewerbe oder in costaricanischen Haushalten nur sehr selten formal angeworben werden, sind sie gegenüber Migranten anderer Nationalität in diesen Berufen auch deshalb überproportional vertreten, weil sie sich diese Jobs gegenseitig vermitteln.<sup>228</sup> Soziales Kapital ist hier demnach transformierbar in ökonomisches Kapital.

Die Identität von Nikaraguanern in Costa Rica wird also durch drei Elemente strukturiert: Die erste ist das „Leben in der Fremde“, also der Auf-

---

<sup>222</sup> Vgl.: Massey/ España 1987.

<sup>223</sup> Vgl.: Autobiografía de Ever, in: Sandoval 2000, S. 66-68, S. 66.

<sup>224</sup> Vgl. auch: Autobiografía de Daviana, in: Ebenda, S. 60-64, S. 63 und Autobiografía de Panfilio, in: Ebenda, S. 70-71.

<sup>225</sup> Marín et al. 2001.

<sup>226</sup> Vgl.: Ebenda, S. 47ff.

<sup>227</sup> Vgl.: Ebenda, S. 59.

<sup>228</sup> Vgl.: Ebenda, S. 68f.

enthalt auf costaricanischem Territorium und in der costaricanischen Gesellschaft. Zweitens bleiben soziale und ökonomische Bindungen an die Herkunftsregion. Drittens vollzieht sich in der *comunidad nicaragüense* eine Separation von der costaricanischen und der nikaraguanischen Gesellschaft.<sup>229</sup> In den Migrationsnetzwerken entsteht somit eine transnationale Identität: die spezifische Identität eines nikaraguanischen Migranten in Costa Rica.<sup>230</sup>

Die Herausbildung einer transnationalen Identität lässt sich bei Nikaraguanern in Costa Rica an vier Aspekten festmachen: Erstens grenzen sich die nikaraguanischen Migranten mittels Selbstzuschreibung von der Herkunfts- und Ankunftsregion ab. Zweitens werden sie in der Fremdzuschreibung als „andersartig“ empfunden. Drittens wächst aufgrund einschneidender, verbindender und gemeinsam erlebter Erfahrungen mit der Zeit die Distanzierung von der Herkunftsregion. Viertens trägt letztlich die costaricanische Migrationspolitik sowohl mit ihren integrativen als auch mit den ausgrenzenden Elementen zur Herausbildung einer spezifischen Identität bei.

Die eigene Erwartungshaltung an die Migration ist häufig an einen zeitlich absehbaren Rahmen und die Verbesserung der Lebensbedingungen in der Herkunftsregion geknüpft. Viele Nikaraguaner arbeiten in Costa Rica, um sich mit dem dort verdienten Geld eine Existenz in Nicaragua aufzubauen oder ihre Lebensverhältnisse und die ihrer Familie zu verbessern.<sup>231</sup> Die vorausgesetzte Remigration ist also integraler Bestandteil des Motivs für Migration: Nikaraguaner verstehen sich somit als temporäre Gäste in Costa Rica, nicht als Teil dieser Gesellschaft. Direkt aus dieser Nicht-Identifizierung mit der costaricanischen Gesellschaft entsteht eine Identifikation mit der *comunidad nicaragüense* in Costa Rica.<sup>232</sup>

---

<sup>229</sup> Vgl.: Ebenda, S. 92ff.

<sup>230</sup> Vgl.: Alvarenga 1997, S. 23ff. Das offensichtlichste Beispiel und gleichzeitig ein bemerkenswerter Sonderfall sind hierbei nikaraguanische Kinder, die in Costa Rica geboren wurden und dementsprechend soziale Bindungen zu Nicaragua in Form von Nationalität, Fremdzuschreibung verwandtschaftlichen Beziehungen haben, deren Lebenswirklichkeit aber in Costa Rica stattfindet. Dies ist keine Seltenheit, da ca. 12% der Kinder, die jährlich in Costa Rica geboren werden, Kinder nikaraguanischer Migranten sind (vgl.: Morales/ Castro 2002, S. 251).

<sup>231</sup> Vgl. z.B.: Autobiografía de José, in: Sandoval 2000, S. 11-15, S. 12.

<sup>232</sup> Vgl.: Alvarenga 1997, S. 23ff.

Zwar identifizieren sich Nikaraguaner in Costa Rica häufig nach wie vor mit der Gesellschaft ihrer Herkunftsregion, mit dem Prozess der Migration planen sie jedoch gleichzeitig aktiv die Distanzierung von dieser Gruppe. Diese Abgrenzung resultiert aus einer gleichzeitigen Solidarität mit der Gruppe derjenigen Menschen, mit denen sie vor ihrer Auswanderung ein gemeinsames Schicksal teilten (zum Beispiel die gemeinsame soziale Not in Nicaragua), mit Verwandten oder Freunden und der gleichzeitigen Selbstwahrnehmung als aktives und mutiges Individuum, dass sich durch die Migration über die „lethargische und ängstliche Masse“ erhoben hat.<sup>233</sup>

Die Erfahrung der Migration als Distinktion von Nicaragua und die Erfahrung der Ausgrenzung und Marginalisierung in Costa Rica sind konstitutiv für eine transnationale Identität. „Wir Nikaraguaner in Costa Rica“ ist eine Formulierung, die so oder ähnlich in vielen Biographien in Sandovals Sammelband auftaucht.<sup>234</sup> Migration ist folglich nicht nur ein ökonomischer, sondern in ihrem Kern vor allem auch ein sozialer Prozess.<sup>235</sup> Außerdem wird hier deutlich, dass der Migrant weniger individualistisch, egoistisch und vor allem unabhängig handeln kann, als es die Theorie der *push*- und *pull*-Faktoren unterstellt. Er ist von sozialem Kapital abhängig, dass per Definition nur als Gruppenressource bestehen kann. Die *comunidad nicaragüense* in Costa Rica ist in diesem Sinne

„das Produkt individueller oder kollektiver Investitionsstrategien, die bewußt oder unbewußt auf die Schaffung und Erhaltung von Sozialbeziehungen gerichtet sind, die früher oder später einen unmittelbaren Nutzen versprechen.“<sup>236</sup>

---

<sup>233</sup> Vgl. z.B.: Autobiografía de José T., in: Sandoval 2000, S. 113-116, S. 113.

<sup>234</sup> Vgl. z.B.: Autobiografía de Daviana, in: Ebenda, S. 60-64, S. 63, Autobiografía de Vicente, in: Ebenda, S. 17-22, S. 17, Autobiografía de Martha, in: Ebenda, S. 54-57, S. 54 und Autobiografía de Tomás, in: Ebenda, S. 56-57.

<sup>235</sup> Vgl.: Parnreiter 2000, S. 37.

<sup>236</sup> Bourdieu 1992, S. 65.





#### 4. Elemente der gesellschaftlichen Auseinandersetzung

„Illegal migration is, by definition, a product of the laws made to control migration.“<sup>237</sup> Diese Charakterisierung illegaler Migration von Stephen Castles und Mark Miller macht Migrationsgesetzgebung zu einem geeigneten Ausgangspunkt für die Untersuchung der politischen Thematisierung von Immigration in Costa Rica. Der Staat spielt in der Verfahrensweise mit Einwanderung zwar eine maßgebliche Rolle, der politische Umgang mit Migration darf jedoch nicht auf staatliche Maßnahmen reduziert werden. Der zweite wichtige Akteur ist die Gesellschaft im weiteren Sinne, die im öffentlichen Diskurs politisches Verhalten gegenüber Migration maßgeblich mitbestimmt. Vor der Beschreibung und Analyse des politischen Umgangs mit Einwanderung in Costa Rica werden deshalb die gesellschaftlichen Diskurse herausgearbeitet, die über die Migration von Nikaraguanern geführt werden, sowie das Wechselverhältnis von Gesellschaft und Staat in Costa Rica bezüglich der Auseinandersetzung um die Migration, um die in der Einleitung formulierte Frage nach den Akteuren und den Zielen des Umgangs mit der Migration beantworten zu können.

Die Entwicklung gesellschaftlicher Ressentiments von Costaricanern gegenüber Nikaraguanern im Allgemeinen und nikaraguanischen Migranten im Besonderen wurde bereits mehrfach erwähnt. Im Folgenden werden die Vorurteile anhand costaricanischer Zeitungsartikel und Meinungsumfragen systematisch dargestellt und in ihren historischen Kontext eingeordnet. Diese Darstellung stützt sich zudem in nicht geringem Maße auf die Studien des costaricanischen Kommunikationswissenschaftlers Carlos Sandoval, der für sein Buch *Otros amenazantes* zahlreiche historische Quellen über die „nationale Erzählung“ in Costa Rica erschlossen hat. Außerdem stellt er in Form von Aufsätzen, die er costaricanische Schüler zu verschiedenen Fragen schreiben ließ, Quellen über die Tradition von Vorurteilen und Stereotypen zur Verfügung.<sup>238</sup>

---

<sup>237</sup> Castles/ Miller 1998, S. 96.

<sup>238</sup> Vgl.: Sandoval 2002.

#### 4.1 *El otro nicaragüense:*

##### **Der nationale Diskurs im 19. Jahrhundert**

Zum Verständnis der Antipathien, die in Costa Rica gegenüber Nicaraguanern bestehen, ist ein kurzer Exkurs über die Bedeutung der Nicaraguaner in der Konstruktion costaricanischer Nationalität notwendig. Die Nicaraguaner fungierten bei der Herausbildung des hegemonialen Nationalitätsdiskurses in Costa Rica als konstitutiver Gegenpol; sie stellten „das Andere“ dar. Sandoval hat diese Konzeption des „Anderen“ zum Beispiel anhand des Buches *El Bosquejo de la República de Costa Rica y Cuestiones de límites entre Costa Rica y el estado de Nicaragua* von Felipe Molina untersucht. Dies wurde 1850 und 1851 in Costa Rica veröffentlicht und dort nach 1862 zur obligatorischen Schullektüre.<sup>239</sup> In dem Buch wird die Vorstellung des „weißen Costaricaners“ spanischer Abstammung als dessen typisches Merkmal propagiert. Diese Zuschreibung ist eng an das Gegenbeispiel des Nicaraguaners geknüpft, dessen Vorfahren angeblich von *Indígenas* und Spaniern abstammten.<sup>240</sup> Diese offensichtlich biologistisch-rassistische Ideologie korrespondiert zudem mit einem kulturalistischen Diskurs, der die Costaricaner in die Nähe des angeblich kultivierten Europas rückt, während er Nicaraguaner mit dem „Wilden“, Unzivilisierten in Zentralamerika identifiziert. Dieses kulturalistische Moment fußt seinerseits auf der biologistisch begründeten Differenz zwischen „reinrassig“ (Costaricaner) und „gemischtrassig“ (Nicaraguaner) und erscheint damit selbst als *natürlicher* Teil des costaricanischen Charakters. Dies ist Voraussetzung für die weitere Konstruktion dichotom angeordneter Zuschreibungen wie zum Beispiel des Pazifismus und Fleißes der Costaricaner im Gegensatz zu den komplementären Eigenschaften – Aggressivität und Faulheit – der Nicaraguaner. So zitiert Sandoval zum Beispiel aus Felipe Molinas Buch die folgende Passage:

„Wie alle wissen ist das Volk Costa Ricas fleißig und friedfertig [...]. Die Bewohner Nikaraguas bieten trotz vieler guter und glänzender Eigenschaften unglücklicherweise den Kontrast zu dieser Darstellung.“<sup>241</sup>

---

<sup>239</sup> Vgl.: Sandoval 1999, S. 109f. und Sandoval 2002, S. 115 und S. 158ff.

<sup>240</sup> Vgl.: Sandoval 1999, S. 110.

<sup>241</sup> „Como todos saben, el pueblo de Costa Rica es trabajador y pacífico [...]. Los habitantes de Nicaragua en medio de muchas buenas y brillantes cualidades, ofrecen

Die Vorstellung von der Außergewöhnlichkeit Costa Ricas und der Einzigartigkeit der Costaricaner, die in diesen frühen Quellen der „nationalen Erzählung“ konstruiert wurde, manifestierte sich in der Vorstellung costaricanischer Intellektueller und wurde so bis in die Gegenwart tradiert.<sup>242</sup>

Auch Reisende, wie der Deutsche Wilhelm Marr, trugen zu dem Bild bei, das Costa Rica kulturell und ethnisch in die Nähe Europas rückte und Nicaragua als das genaue Gegenteil beschrieb. Marr schrieb 1863, Costa Rica sei ein „mit der Schweiz vergleichbares Paradies“,<sup>243</sup> während Nicaragua – „das Land des hoffnungslosen Menschengeschlechts“<sup>244</sup> – den Gegenpol bilde.

Victor Hugo Acuña Ortega stellt schon für das Jahr 1821 ein Überlegenheitsgefühl der costaricanischen Eliten gegenüber den Nicaraguanern fest. Die Genese der Idee einer Nation von Kleinbauern und einer kulturell bedingten Neutralität gegenüber den Nachbarstaaten datiert er zwischen 1821 und 1870.<sup>245</sup>

Die scheinbaren nationalen Merkmale – Neutralität, Pazifismus, Gleichheit und ethnische Homogenität – spielen noch heute in der einen oder anderen Weise im Diskurs über „das Wesen“ des Costaricaners eine wichtige Rolle und finden ihren Ausdruck zum Beispiel in einer Fernsehansprache, die Oscar Arias am 17. August 1986 aus Anlass der ersten einhundert Tage seiner Präsidentschaft hielt:

„Die Nationalität der Bürger von Costa Rica ist ein teures Erbe, das wir bewahren und stärken wollen. Zu ihr gehören Aspekte des Alltagslebens, die nicht immer leicht zu bestimmen sind. Sie schließt unsere Freiheitsliebe ein, die bereitwillige Umsetzung demokratischer Verfahrensweisen und Gewohnheiten, die Liebe zum Frieden, ein Gefühl der Brüderlichkeit und viele andere Dinge, die uns verbinden und von allen anderen Völkern unterscheiden.

---

desgraciadamente el contraste de este cuadro.“ (Molina, Felipe: *El Bosquejo de la República de Costa Rica y Cuestiones de límites entre Costa Rica y el estado de Nicaragua*, Madrid 1850, zitiert nach Sandoval 2002, S. 159).

<sup>242</sup> Vgl.: Ebenda, S. 159.

<sup>243</sup> „Paráiso comparable con Suiza“ (Wilhelm Marr, zitiert nach: Ebenda, S. 118).

<sup>244</sup> „(...) la tierra de la raza perdida“ (Wilhelm Marr, zitiert nach: Ebenda, S. 159).

<sup>245</sup> Vgl.: Acuña Ortega o.J.

Wir sollten unsere Eigenarten sorgsam pflegen. Es gibt Gefahren, denen wir realistisch begegnen müssen. Man schätzt, daß etwa 250.000 Ausländer unter uns leben. Viele von ihnen teilen nicht in vollem Maße die Werte unserer Nationalität, die uns so teuer sind.

Kriegerische Konflikte, ideologische Kämpfe und die andauernde Verletzung der Menschenrechte in benachbarten Ländern haben dazu geführt, daß Männer, Frauen und Kinder dieser Nationen bei uns Zuflucht gesucht haben.

Wir sind ein kleines Volk und in vieler Hinsicht ungewöhnliches Land. Aber wir müssen sorgfältig darauf achten, daß das Gleichgewicht, das unsere Besonderheiten ausmacht, erhalten bleibt.“<sup>246</sup>

Nikaraguaner wurden in den nationalen Erzählungen Costa Ricas seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auch aktiv mit negativen und stereotypen Merkmalen belegt. Sandoval zeigt die Verbindung von Nikaraguanern mit den Eigenschaften Gewalttätigkeit und Kriminalität auf, die es 1919 wie selbstverständlich bis in das *Diccionario de costarriqueñismos* von Carlos Gagini brachten.<sup>247</sup> Im Laufe der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurden Nikaraguaner dementsprechend für Gewalt und Verbrechen in Costa Rica verantwortlich gemacht. 1934 wurden etwa Nikaraguaner und Kommunisten – eine Verbindung, die häufig synonym verwendet wurde – als Urheber für den Streik von 12.000 Arbeitern der costaricanischen Bananenplantagen gesehen.<sup>248</sup> Als weitere Quelle zieht Sandoval costaricanische Romane aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts heran. Nikaraguaner werden in diesen Texten häufig als dunkelhäutig, gewalttätig und politisch radikal dargestellt.<sup>249</sup>

## 4.2 Vorurteile und Stereotypen am Ende der 1990er Jahre

Die angeblich natürlichen Merkmale der nikaraguanischen und der costaricanischen Gesellschaften aus dem 19. Jahrhundert fließen noch heute in den gesellschaftlichen Diskurs über Nikaraguaner und nikaraguanische Migranten in Costa Rica ein. Deutlich wird dies zum Beispiel in drei Stu-

---

<sup>246</sup> Arias 1987a, S. 30f.

<sup>247</sup> Vgl.: Sandoval 1999, S. 114.

<sup>248</sup> Vgl.: Sandoval 2002, S. 168f und Sandoval 1999, S. 116.

<sup>249</sup> Vgl.: Sandoval 2002, S. 163-167.

dien, die das *Instituto de Estudios Sociales en Población* (IDESPO) der *Universidad Nacional* in Heredia zwischen 1996 und 2000 durchführte.

Im November und Dezember 1996 führte das IDESPO erstmalig eine Umfrage unter der Bevölkerung Costa Ricas durch, in der Costaricanern sechs Fragen bezüglich ihrer Haltung gegenüber Nikaraguanern gestellt wurden. Befragt wurden 300 Personen im Alter zwischen 18 und 69 Jahren, die in San José oder Umgebung lebten. Frauen und Männer aus unterschiedlichen sozialen Schichten sind in etwa gleichen Teilen in der Untersuchung vertreten.<sup>250</sup>

Der Studie zufolge waren 87,1% der Befragten der Ansicht, dass Nikaraguaner andere Sitten oder Gebräuche hätten,<sup>251</sup> 70,5% bezeichneten Nikaraguaner als „gute Arbeiter“,<sup>252</sup> 55,9% stimmten der Behauptung zu, dass die Nikaraguaner den Costaricanern gleichgestellt seien, 58,5% hätten Probleme damit, nikaraguanische Verwandtschaft zu haben,<sup>253</sup> 47,6% vertraten die Meinung, die Nikaraguaner brächten Probleme nach Costa Rica und 47,6% der Befragten würden einem generellen Einreiseverbot für Nikaraguaner zustimmen.<sup>254</sup>

Im Juli 1999 folgte eine zweite Umfrage. Diesmal wurden 600 Personen unterschiedlichen Alters und Geschlechts aus verschiedenen sozialen Schichten zu diversen Themen befragt; unter anderem auch zur Migration und speziell zu nikaraguanischen Migranten.<sup>255</sup> Es wurden ähnliche Fragen gestellt wie im Dezember 1996. Die Ergebnisse glichen denen aus dem Jahr 1996 nahezu. Lediglich der Prozentsatz der Personen, die die Meinung vertraten, Nikaraguaner brächten nur Probleme nach Costa Rica verringerte sich um 12,2% auf 35,4%. Gleichzeitig plädierten 3,4% mehr als 1996, nämlich 51% der Befragten für ein generelles Einreiseverbot für Nikaraguaner.<sup>256</sup> 69% vertraten hingegen die Meinung, die nikaraguanischen Arbeitskräfte seien notwendig für die ökonomische Entwicklung Costa Ricas.<sup>257</sup> Zusätzlich ergab die Studie von 1999, dass 37,5% der Befragten der

---

<sup>250</sup> Vgl.: Instituto de Estudios Sociales en Población (IDESPO) 1997, S. 3-4.

<sup>251</sup> Vgl.: Ebenda, S. 10.

<sup>252</sup> Vgl.: Ebenda, S. 9.

<sup>253</sup> Vgl.: Ebenda, S. 11.

<sup>254</sup> Vgl.: Ebenda, S. 13.

<sup>255</sup> Vgl.: Instituto de Estudios Sociales en Población (IDESPO) 1999, S. 14f.

<sup>256</sup> Vgl.: Ebenda, S. 93.

<sup>257</sup> Vgl.: Ebenda.

Abschiebung illegal eingereister Nikaraguaner zustimmen würden und sich ca. 30% der Befragten nicht mit der Amnestiepolitik der Regierung Rodríguez einverstanden zeigten.<sup>258</sup>

Eine dritte Umfrage wurde zwischen dem 17. und dem 20. August 2000 durchgeführt.<sup>259</sup> 400 Personen wurden befragt.<sup>260</sup> 95% der Teilnehmer waren der Meinung, dass die Migration nach Costa Rica zunehme und Nikaraguaner dabei die Hauptrolle spielten. Während 1997 39% der Befragten der Meinung waren, Migranten würden in Costa Rica normal behandelt, vertraten 2000 nur noch 12,6% diese Meinung. 33,3% erklärten, Migranten würden ihrer Ansicht nach schlecht behandelt.<sup>261</sup> 66,3% vermuteten, die Lebensverhältnisse der Migranten in Costa Rica seien wesentlich schlechter, als diejenigen einheimischer Arbeiter.<sup>262</sup> Erneut wurden in den Interviews dieselben Fragen bezüglich der nikaraguanischen Migranten gestellt. Die Zahl der Personen, die der Ansicht waren, Nikaraguaner seien Costaricanern gleichgestellt, erhöhte sich gegenüber 52% im Jahr 1999 auf 58,3%. Während 1999 56,6% angaben, es würde für sie kein Problem darstellen, hätten sie selbst nikaraguanische Familienmitglieder, waren es 2000 62%. Die Zahl der Personen, die die nikaraguanische Migration als positiv für die Wirtschaft Costa Ricas bewerteten, verringerte sich von 69,8% auf 65,3%.<sup>263</sup> Die Zahl der Personen, die der Aussage zustimmen würden, die Nikaraguaner brächten nur Probleme ins Land, hatte sich 2000 im Gegensatz zu 1999 um 0,8% auf 36% erhöht. Letztlich sprachen sich 50,3% für ein Einreiseverbot für Nikaraguaner nach Costa Rica aus. Auffällig in einem Vergleich der Antworten aus den verschiedenen Jahren ist ein größeres Verständnis für die sozioökonomische Situation der Migranten bei einer gleichzeitig niedrigeren Toleranz ihnen gegenüber.

Die weit verbreiteten Ressentiments gegenüber Nikaraguanern, die in den Umfragen des IDESPO deutlich werden, erregten in der costaricanischen Öffentlichkeit Aufsehen,<sup>264</sup> obwohl zum Beispiel die *Unidad Nicaragüense de Obreros y Campesinos* schon zwei Jahre zuvor auf eine stei-

---

<sup>258</sup> Vgl.: Ebenda, S. 11.

<sup>259</sup> Vgl.: Instituto de Estudios Sociales en Población (IDESPO) 2000.

<sup>260</sup> Vgl.: Ebenda, S. 5.

<sup>261</sup> Vgl.: Ebenda, S. 8.

<sup>262</sup> Vgl.: Ebenda, S. 11f.

<sup>263</sup> Vgl.: Ebenda, S. 17.

<sup>264</sup> Vgl.: La República, 03.06.1997, S. 6A.

gende Ausländerfeindlichkeit in Costa Rica hingewiesen hatte.<sup>265</sup> Dass die Vorurteile und Stereotypen, wie zum Beispiel die verbreitete Ansicht, Nicaraguaner seien gewaltbereiter und verursachten Probleme in Costa Rica, einer empirischen Überprüfung nicht standhalten, belegt zum Beispiel eine Studie des *Instituto Nacional de Estadística y Censos*, wonach die nikaraguanischen Migranten bezüglich Kriminalität und Gewalttätigkeit in Costa Rica statistisch nicht überdurchschnittlich auffallen.<sup>266</sup> Sandoval kommt durch die Betrachtung der Nationalität der in costaricanischen Gefängnissen inhaftierten Personen zum selben Schluss. Die Zahl der Nicaraguaner unter den Strafgefangenen betrug 1998 zum Beispiel lediglich 4,96%.<sup>267</sup>

Neben den IDESPO-Studien machte Sandoval weitere Quellen zur Untersuchung von Vorurteilen gegenüber nikaraguanischen Migranten verfügbar, indem er costaricanische Schüler im Alter von 12 bis 17 Jahre Aufsätze über ihre Vorstellungen von der costaricanischen Nation und von den Nicaraguanern in Costa Rica schreiben ließ. Insgesamt entstanden so 563 Texte.<sup>268</sup> Sandovals Analyse dieser Aufsätze soll an dieser Stelle nicht ausführlich wiedergegeben werden.<sup>269</sup> Vielmehr sollen einige Elemente benannt werden, die die Aussagekraft der IDESPO-Studien unterstreichen. Sandoval machte den Schülern keine Vorgaben über mögliche Inhalte bzw. Schwerpunkte ihrer Aufsätze. Die IDESPO-Studien können durch die gestellten Fragen oder die Fragestellung die Unabhängigkeit der Antworten beeinflussen.

„Mit dem simplen Tatbestand, daß allen Leuten dieselbe Frage gestellt wird, ist die Hypothese impliziert, daß es einen Konsens über die Probleme gibt, anders gesagt, ein Einverständnis über die fragwürdigen Fragen.“<sup>270</sup>

Obwohl diese potentielle, in der Methode verhaftete Beeinflussung in den Schüleraufsätzen weitgehend ausgeschlossen war, wiederholen sich bestimmte Vorurteile und Stereotypen immer wieder, die auch in den Antworten auf die gezielten Fragen der IDESPO auftauchten.

---

<sup>265</sup> Vgl.: La República, 19.01.1995, S. 6A.

<sup>266</sup> Vgl.: La Nación, 12.05.2001, S. 15A.

<sup>267</sup> Vgl.: Sandoval 2002, S. 281.

<sup>268</sup> Vgl.: Ebenda, S. 186.

<sup>269</sup> Vgl. dazu: Ebenda, S. 189-196.

<sup>270</sup> Bourdieu 1993, S. 212.



Ein Großteil der Schüler charakterisiert die costaricanische Nation als demokratisch, freiheitsliebend und pazifistisch. Außerdem seien „die Costaricaner“ in hohem Maße der Natur verbunden.<sup>271</sup> Ohne explizit danach gefragt worden zu sein, benutzen viele Schüler in ihrem Aufsatz die aus den IDESPO-Studien bekannten Bilder vom Nikaraguaner als gutem Arbeiter sowie vom kriminellen Nikaraguaner, der Costaricanern Arbeitsplätze wegnehmen würde. Mehrfach wird von den Schülern festgestellt, dass es zu viele Nikaraguaner in Costa Rica gäbe und dass sie das Land verlassen sollten. In einigen Aufsätzen werden sie außerdem als „Plage“ bezeichnet oder als „schmutzig“ charakterisiert.<sup>272</sup> Auch wenn die IDESPO-Studien also methodisch angreifbar sind, so sind die Antworten nicht ausschließlich durch die Fragen vorbestimmt.

### 4.3 Die Tradition von Vorurteilen und Stereotypen

Die in den IDESPO-Studien und in den von Sandoval gesammelten Aufsätzen deutlich gewordene Gleichzeitigkeit negativer und positiver Zuschreibungen an Nikaraguaner lässt sich auch in der offiziellen costaricanischen Migrationspolitik beobachten. Nicaragua wurde vor allem vor 1980 auch als die „brüderliche Nation“ verstanden. Die gegensätzlichen Konzeptionen von „Brüderlichkeit“ und extremer Andersartigkeit existierten und existieren ebenso parallel wie die Hilfsbereitschaft gegenüber dem sozialen Elend der Nikaraguaner und der Abschottung gegenüber Migration aus Nicaragua.

Im November 1978 schrieb zum Beispiel der costaricanische Präsident Rodrigo Carazo an den Präsidenten der Hauptversammlung der Vereinten Nationen, dass Nikaraguaner und Costaricaner ein brüderliches Verhältnis zueinander hätten:

„Im Laufe der Geschichte beider Nationen haben sich Konflikte zwischen den Regierungen ergeben, niemals zwischen den Völkern. Im Gegenteil, die Brüderlichkeit und der Respekt waren die Kräfte, die die Beziehungen zwischen Costaricanern und Nikaraguanern dominiert haben. Eine der Früchte dieser freundschaftlichen und brüderlichen Beziehungen war der permanente Handel zwischen beiden Ländern und insbesondere die gegenseitigen Besuche, die ihre Bür-

---

<sup>271</sup> Vgl.: Sandoval 2002, S. 189.

<sup>272</sup> Vgl.: Ebenda, S. 345, Cuadro 6.

ger durchgeführt haben und dass sich im Verlauf dieser Jahrzehnte ein positiver Ausgleich der Verdichtung niedergeschlagen hat sowie der gegenseitigen Kenntnisse und Erfahrungen.“<sup>273</sup>

Gleichzeitig reaktivierten oder bestätigten jedoch der Beginn der Revolution in Nicaragua und vor allem ihre sozialistischen Elemente die Vorstellung vom „gewalttätigen Nicaraguaner“, vor dem sich die „pazifistischen“ und „politisch neutralen Costaricaner“ zu schützen hätten.<sup>274</sup> Hier bestätigte sich scheinbar ein Bild, das schon in den 1930er Jahren existierte. Es sind zwei parallel verlaufende Diskurse zu beobachten: Der eine verweist auf den karitativen Charakter costaricanischen Verhaltens gegenüber den Nicaraguanern, der andere beinhaltet die Konstruktion von Gefahren durch Nicaraguaner und die soziale Überbelastung Costa Ricas.

Obwohl die Antipathien gegenüber Nicaraguanern in den 1990er Jahren zumindest bezüglich der „Gefahr des Kommunismus“ hätten abnehmen müssen, etablierten sich neue Ängste, die teilweise auf alte Stereotype Bezug nahmen.<sup>275</sup> Wie schon in den 1970er Jahren wurde auch im Laufe der 1990er Jahre immer wieder auf die gesundheitlichen Gefahren durch nicaraguanische Migranten hingewiesen. Die Zeitungen in Costa Rica berichteten regelmäßig davon, dass nicaraguanische Migranten – und hier vor allem die illegalen Einwanderer, die medizinische Kontrollen umgingen – Krankheiten nach Costa Rica brächten, die hier längst überwunden seien.<sup>276</sup> Neben einer tatsächlichen Überlegenheit des costaricanischen gegenüber dem nicaraguanischen Gesundheitswesen, die aus dem sozialen Gefälle zwischen beiden Ländern resultiert, wird mit der Idee der angeblich von Nicaraguanern ausgehenden gesundheitlichen Gefahr das tradierte Bild

---

<sup>273</sup> „En el transcurso de la historia de ambas naciones, han surgido conflictos entre los Gobiernos, jamás entre ambos pueblos. Por el contrario, la fraternidad y el respeto han sido las virtudes que han presidido las relaciones entre costarricenses y nicaragüenses. Uno de los frutos de estas amistosas y fraternales relaciones ha sido el intercambio permanente entre ambos países y, sobre todo, las visitas recíprocas que los ciudadanos de estos llevan a cabo y que, en el discurso de estas décadas, ha dejado un saldo positivo de comprensión, así como de conocimientos y experiencias mutuas.“ (Archivo Nacional de Costa Rica, Fondo: Presidente, Signatura: 154, Fecha: 1968).

<sup>274</sup> Vgl.: Arias 1987b, S. 42.

<sup>275</sup> Vgl.: Sandoval 2002, S. 254-264.

<sup>276</sup> Vgl.: Diario de Costa Rica, 14.11.1973, o.S.; La Nación, 28.01.1993, S. 8A; La República, 21.02.1995, S. 22A.

vom „wilden“ Nikaraguaner und dem „zivilisierten“ Costaricaner aufgegriffen und transformiert, ein Bild, das sich auch in den Schüler-Aufsätzen von Sandoval manifestiert, wenn von „schmutzigen“ Nikaraguanern die Rede ist, die eine „Plage“ für Costa Rica darstellen.

Die beiden großen costaricanischen Tageszeitungen *La Nación* und *La República*, die bisher vor allem auf ihren Informationsgehalt gelesen wurden, sind – bezogen auf den Migrationsdiskurs – eine bedeutende Schnittstelle zwischen öffentlicher Meinung und offizieller politischer Praxis. Es wurde eingangs erwähnt, dass beide Zeitungen aufgrund ihrer hohen Auflagen einerseits eine repräsentative Meinung abbilden, andererseits zwangsläufig *meinungsbildend* sind. Gerade diese auflagestarken Zeitungen, die keinesfalls das Bild vermitteln, die Meinungen des rechten oder linken Randes der Gesellschaft zu repräsentieren, sind nicht nur *beschreibend*, sondern vor allem auch *vorschreibend*.<sup>277</sup> Sandoval zitiert diesbezüglich Umfragen aus den Jahren 1995 und 1999, in denen 42% der Befragten *La Nación* zu ihrem bevorzugten Informationsmedium erklärten und 65% die Berichterstattung der costaricanischen Medien als gut bzw. sehr gut bewerteten.<sup>278</sup> Im Falle von *La Nación* macht er darüber hinaus deutlich, dass sich die Zeitung die Rolle des Repräsentanten der „Nation“ beimisst. Sie sieht ihre Aufgabe Sandoval zufolge nicht nur darin, ihre Leserschaft zu informieren, sondern auch darin, „im Namen der costaricanischen Nation“ zu sprechen.<sup>279</sup> Die Zuschreibungen an Nikaraguaner, die in der Presse reproduziert, transformiert oder sogar konstruiert werden, sollen im Folgenden exemplarisch deutlich gemacht werden.<sup>280</sup> Die ausgewählten Beispiele repräsentieren dabei nicht das gesamte Spektrum publizistischer

---

<sup>277</sup> Diese Feststellung macht Pierre Bourdieu bezüglich des Fernsehens als Medium, das ein großes Publikum erreicht aber kein demokratisches Medium darstellt, weil sich nicht jeder dieses Mediums bedienen kann oder darf (vgl.: Bourdieu 1998, S. 28). Insofern ist die Parallelität von Beschreibung und Vorschreibung auf die größten Tageszeitungen Costa Ricas übertragbar. Ob bewusst oder unbewusst: die Journalisten der Zeitungen stellen eine Elite dar, die Meinungen produziert und reproduziert und dabei nicht nur den Prinzipien der Information folgt sondern auch ökonomischen Kriterien und einer vermeintlichen Aufklärung der Leserschaft.

<sup>278</sup> Vgl.: Sandoval 2002, S. 49.

<sup>279</sup> Vgl.: Ebenda, S. 48ff.

<sup>280</sup> Eine umfangreiche und systematische Untersuchung und die hierzu notwendige Diskursanalyse über die Zuschreibungen an Nikaraguaner in der costaricanischen Presse nimmt Sandoval beispielhaft für die Jahre 1994 bis 1996 vor (vgl.: Sandoval 2002, S. 47-106 und S. 330-336, Cuadro 1).

Thematisierung von Migration. Es gibt in beiden Zeitungen auch zahlreiche Beispiele dafür, dass der Migrationsdiskurs nicht nur unreflektiert reproduziert oder produziert, sondern auch kritisiert und in seiner Materialität entlarvt wird.<sup>281</sup>

Obwohl zu Beginn der 1980er Jahre bereits Migranten verfolgt und abgeschoben wurden, zitierte *La Nación* den zweiten Vizepräsidenten Armando Araúz Aguilar zu diesem Thema wie folgt:

„Mit Bezug auf die 60.000 Undokumentierten erklärte Araúz, dass die gegenwärtige Regierung kein Interesse daran habe, sie zu verfolgen, sehr wohl aber daran, sie in Ordnung zu bringen.“<sup>282</sup>

Die Existenz von Abschiebungen und Verfolgungen wird in dem Artikel erwähnt, zugleich aber das Bild vermittelt, die Regierung verhielte sich äußerst tolerant, denn diese Maßnahmen richteten sich nur gegen unerwünschte Personen („elementos indeseables“<sup>283</sup>), die die Sicherheit Costa Ricas gefährdeten. Als stützendes Argument wird nicht nur der Schutzanspruch der einheimischen Bevölkerung genannt, sondern behauptet, die restriktiven Maßnahmen dienten auch dem Schutz von Migranten, zum Beispiel der Rentner, die sich in Costa Rica niedergelassen hätten, der Investoren und der Asylanten sowie der Flüchtlinge.<sup>284</sup> Hier werden Abschiebungen also nicht nur als berechtigter Eigenschutz dargestellt, sondern sogar als ungern praktizierte aber dennoch notwendige Maßnahme zum Schutz der Migranten selbst.

Diese Verbindung zwischen der moralischen Integrität Costa Ricas und der Täterschaft der Migranten wird in der Presse immer wieder aufgegriffen. In *La Nación* vom 12. April 1985 wurden etwa verstärkte Fahndungen nach undokumentierten Migranten angekündigt. Dabei gehe es jedoch nicht um Verfolgung, sondern vielmehr darum, die Situation der Migranten zu legalisieren. Gleichzeitig wurde als Begründung verstärkter Verfolgung die Bedrohung herangezogen, die von den nicht behördlich registrierten Migranten ausgehe. Schließlich müsse es einen Grund haben, dass

---

<sup>281</sup> Vgl. z. B.: *La República*, 09.04.1997, S. 7B.

<sup>282</sup> „Al referirse a los 60 mil indocumentados Araúz manifestó que el presente Gobierno no tiene interés en perseguirlos, pero sí que se pongan en orden.“ (*La Nación*, 05.06.1982, S. 2A).

<sup>283</sup> Ebenda.

<sup>284</sup> Vgl.: Ebenda.

diese sich undokumentiert in Costa Rica aufhielten. Dies lege den Verdacht nahe, dass es sich bei ihnen um Kriminelle handle.<sup>285</sup> Mit demselben Argument wurde am 28. Mai 1999 eine großangelegte Abschiebeaktion gerechtfertigt. Eine Mitarbeiterin des Sicherheitsministeriums wurde wie folgt zitiert:

„Wir haben ihnen die Möglichkeit gegeben zu arbeiten und in unserem Land zu leben, aber wir werden nicht gestatten, dass sie kommen um Chaos anzurichten, denn das ist nicht einmal den Costaricanern gestattet.“<sup>286</sup>

Kommentarlos wird davon berichtet, dass tatsächlich nur zwei der ca. 2.000 aufgegriffenen illegalen Migranten eine Straftat nachgewiesen werden konnte.<sup>287</sup> Die Aussage der Mitarbeiterin des Sicherheitsministeriums und diese Tatsache wurden nicht in einen Zusammenhang gebracht. Sandoval verdeutlicht die Macht eines solchen Sicherheitsdiskurses. Er fragte einen Teil der 563 Schüler, die er um Aufsätze bat, wie hoch sie den Anteil der Nikaraguaner in costaricanischen Gefängnissen einschätzten. Ein Großteil gab an, dieser Anteil liege ihrer Meinung nach bei ca. 50%.<sup>288</sup> Wie bereits erwähnt, liegt er tatsächlich bei ca. 5%.<sup>289</sup>

Nach Beendigung der Amnestie<sup>290</sup> von 1999 erhöhte Costa Rica die Zahl der Abschiebungen. *La Nación* ließ diesbezüglich den Minister für Staatssicherheit Juan Rafael Lizano zu Wort kommen, der eine verstärkte Abschiebung nach der Amnestie ausschloss *und* sie gleichzeitig ankündigte und rechtfertigte:

„Dies [eine verstärkte Abschiebung] ist nicht menschlich, es entspricht den Costaricanern nicht, es ist nicht logisch. Es gab Abschiebungen, aber die Nikaraguaner müssen verstehen, dass dies das

---

<sup>285</sup> Vgl.: *La Nación*, 12.04.1985, S. 12A.

<sup>286</sup> „Les hemos dado la oportunidad de trabajar y los derechos para vivir en nuestro país, pero no vamos a permitir que vengan a hacer un caos porque eso no se lo permitimos ni a los costarricenses.“ (*La Nación*, 28.05.1999, S. 16A).

<sup>287</sup> Vgl.: Ebenda.

<sup>288</sup> Vgl.: Sandoval 2002, S. 213.

<sup>289</sup> Vgl.: Ebenda, S. 281.

<sup>290</sup> Vgl.: Kapitel 5.6.

Land der Costaricaner ist und dass sie uns geholfen haben und dass wir ihnen viel geholfen haben.“<sup>291</sup>

Das allgemeine Dementi fungiert in dieser Aussage als Einleitung für ein *Aber*.<sup>292</sup> Verstärkte Abschiebungen könnten zwar inhuman und unlogisch sein. Da Unmenschlichkeit und Irrationalität aber dem „Charakter“ Costa Ricas widersprechen, können die Abschiebungen *hier* diese Eigenschaften nicht haben. Sie müssen also scheinbar einen anderen Charakter haben, und die Nikaraguaner werden sie vor dem Hintergrund der großen Hilfe, die ihnen zugute kommt, verstehen müssen.

In *La República* vom 28.11.2000 wurden neue Pläne zur Erleichterung von Ausweisungen und Abschiebungen sowie zur verstärkten Kontrolle von Arbeitgebern in Costa Rica vorgestellt.<sup>293</sup> Vor dem Hintergrund illegaler Einwanderung und Beschäftigung sollten höhere Strafen und vermehrte Abschiebungen stattfinden. Der Minister für Staatssicherheit Rogelio Ramos rechtfertigte diese Pläne durch die Probleme die viele illegale Migranten nach Costa Rica brächten und mit der Verantwortung, die Costa Rica für die Migranten trage. Die Illegalität aber Sorge dafür, dass die Arbeitsmigranten zum Teil unter sehr schlechten Bedingungen arbeiteten.<sup>294</sup> Toleranz und Besorgnis „der Costaricaner“ werden in diesem Artikel undefinierten schlechten Eigenschaften „der Nikaraguaner“ gegenübergestellt. Es wird als Fakt dargestellt, dass die Migranten Probleme nach Costa Rica bringen. Vor dem Hintergrund dieser vermeintlichen Wahrheit, die als allgemein bekannte und akzeptierte Tatsache dargestellt wird, erscheint Repression als gerechtfertigt.

Bezüglich der immer wieder in den Medien thematisierten Gesundheitsgefahr durch Migranten schreibt Sandoval beispielhaft, dass 1994 von 50.000 aufgegriffenen undokumentierten Migranten 12 tatsächlich Cholera hatten, während es zur selben Zeit eine umfangreiche Medienkampagne

---

<sup>291</sup> „Eso no es humano, eso no es de los costarricenses, eso no es lógico. Habrá deportaciones, pero los nicaragüenses deben de comprender que este es un país de los costarricenses y que nos han ayudado mucho y les hemos ayudado mucho.“ (*La Nación*, 18.07.1999, S. 16A).

<sup>292</sup> Der Sprachwissenschaftler Teun A. van Dijk bezeichnet diese Art des Sprechens als typisch für den Rechtfertigungsdiskurs einer dominanten Gruppe für ihre Restriktionen und Ausgrenzungen (vgl.: van Dijk 2002, S. 317f.).

<sup>293</sup> Vgl.: *La República*, 28.11.2000, S. 8A.

<sup>294</sup> Vgl.: Ebenda.

über die angebliche Gefahr einer Choleraepidemie in Costa Rica wegen der illegalen Einwanderer gab.<sup>295</sup>

Drei zentrale Themen, die wiederholt in der Berichterstattung von *La Nación* und *La República* über nikanraguanische Migranten auftauchen, sind also: die Kombination von Kriminalität und Migration, die angebliche Kausalität von Migration und Gesundheitsgefährdung sowie die Überbelastung der sozialen Systeme durch Migranten.<sup>296</sup> Diese Elemente des Migrationsdiskurses identifizieren die nikanraguanischen Migranten als Täter, die der ungenau umrissenen Bevölkerung Costa Ricas ein Unrecht antun. Aus dieser Logik folgt die Möglichkeit, Repression gegen Migranten zu rechtfertigen. Costaricaner sind danach keineswegs ausländerfeindlich, sondern Opfer eines Angriffs auf ihre Sicherheit, ihre Gesundheit und ihren Wohlstand, gegen den sie sich zur Wehr setzen müssen.<sup>297</sup> Diese Verkehrung der Opfer- und Täterperspektive stellt ein konstitutives Element für Xenophobie und Repression dar. Die Identifikation seiner selbst als Opfer impliziert eine Rechtfertigungslogik, die der Sprachwissenschaftler Teun A. van Dijk wie folgt auf den Punkt bringt:

„Denials challenge the very legitimacy of antiracist analysis, and thus are part of the politics of ethnic management: as long as a problem is being denied in the first place, the critics are ridiculed, marginalized, or delegitimated: denials debilitate resistance.“<sup>298</sup>

Die Legitimation repressiver Praxis vollzieht sich in der costaricanischen Presse also einerseits über diese Verkehrung von Täter- und Opferrolle, andererseits über den Verweis auf die eigene moralische Integrität (Costa Rica als karitativer Staat).

---

<sup>295</sup> Vgl.: Sandoval 2002, S. 70.

<sup>296</sup> Vgl.: *La Nación*, 04.07.1984, S. 4A; *La Nación*, 28.01.1993, S. 8A; *La República*, 09.04.1997, S. 7B; *La República*, 07.02.1998, S. 8A-9A.

<sup>297</sup> Vgl.: van Dijk 2002, S. 309.

<sup>298</sup> Ebenda, S. 310.

## 5. Juristische und politische Antworten auf die nikaraguanische Migration

In diesem Kapitel sollen die Maßnahmen dargestellt werden, mittels derer die Migration reglementiert und kontrolliert wird bzw. werden soll. Augenfälligster und grundlegendster Mechanismus der Migrationsreglementierung ist das Gesetz. Nationale Migrationsgesetzgebung bildet den konstitutiven Rahmen für Einwanderung und ist somit eine Voraussetzung für das Verständnis von Migration und ihrer exekutiven Kontrolle.

Unter dieser Maßgabe wird zunächst die Migrationsgesetzgebung Costa Ricas analysiert. Folgende Fragen stehen dabei im Mittelpunkt: Wie wird Migration in der costaricanischen Gesetzgebung als legal bzw. als illegal definiert, und welche praktischen Konsequenzen ergeben sich aus der juristischen Definition eines *illegalen* Rechtssubjekts? Mark Miller unterscheidet hier vier miteinander korrespondierende Formen des staatlichen Umgangs mit illegaler Migration: 1. strikte Grenzkontrollen nach Außen, um illegale Immigration zu verhindern, 2. Überwachung im Inneren, um illegale Migranten aufzuspüren und ihnen den Zugang zu Arbeit und Sozialleistungen zu verwehren, 3. Ausweisung/ Abschiebung und 4. die Legalisierung illegaler Migranten.<sup>299</sup>

Millers Typisierung folgend sollen die Amnestie aus dem Jahre 1999, die Diskussion um verschärfte Grenzkontrollen, die Ausweisung oder Abschiebung illegaler Migranten und die Fahndung nach illegalen Migranten in Costa Rica dargestellt werden. Die Einführung temporärer Arbeitsvisa ist dabei zusätzlich als präventive Maßnahme zur Kontrolle der Einwanderung zu diskutieren.

Die Fluchtmigration der 1980er Jahre nimmt rechtlich und bezüglich der gesellschaftlichen Wahrnehmung eine Sonderrolle und einen Ausgangspunkt für die hier behandelten Maßnahmen ein. Da die Fluchtmigration aus Nicaragua für den Wandel im politischen Umgang mit Nicaraguanern in Costa Rica von großer Bedeutung ist, wird sie gesondert behandelt.

### 5.1 Die Migrationsgesetzgebung

Das wichtigste juristische Instrument zur Reglementierung nikaraguanischer Einwanderung nach Costa Rica ist die *Ley General de Migración y*

---

<sup>299</sup> Vgl.: Miller 1999, S. 20.



*Extranjería*.<sup>300</sup> Dieses Gesetz, das am 8. April 1986 in Kraft trat und 1995 durch zusätzliche Bestimmungen ergänzt wurde, enthält Vorgaben über die Regulierung und die Kontrolle von Einreise, Aufenthalt und Beschäftigung von Nicht-Staatsbürgern in Costa Rica. Darüber hinaus definiert es legitime Restriktions- und Kontrollmöglichkeiten gegen illegale Einreisen oder die Beschäftigung illegaler Migranten.<sup>301</sup>

Migrationsgesetzgebung war und ist in Costa Rica einem stetigen Wandel unterworfen und lässt sich bis zur Staatsgründung zurückverfolgen. Ronald Soto Quirós erwähnt für den Zeitraum von 1862 bis 1942 alleine 47 Gesetze und Dekrete über Einreise, Kontrolle und Ausweisung von Migranten.<sup>302</sup> Obwohl er nachweist, dass Nikaraguaner schon in diesem Zeitraum den Hauptteil der Einwanderer nach Costa Rica stellten,<sup>303</sup> werden sie in keinem der 47 Dokumente genannt, während der Großteil der Erlasse den expliziten Ausschluss von Angehörigen bestimmter Nationalitäten bzw. ethnischer oder religiöser Gruppen anordnet – unter ihnen Caribenos, Chinesen, Araber, Türken, Sinti und Roma und Juden.<sup>304</sup> Im Gegenteil lässt sich für den Anfang des 20. Jahrhunderts nachweisen, dass Nikaragua und Costa Rica – wie zum Beispiel im *Tratado de Paz y Amistad* von 1923 festgelegt – auch juristisch den freien und uneingeschränkten Personenverkehr zwischen beiden Ländern festgeschrieben hatten.<sup>305</sup>

Die ersten Verordnungen, die sich direkt auf nikaraguanische Migration beziehen, fallen mit der Flucht zahlreicher Nikaraguaner in den 1980er Jahren zusammen. Mit dem *Decreto 16479-P* wurde am 21. August 1985 der *Consejo Nacional para los Refugiados* gegründet. Dieser Rat sollte den politischen Umgang mit nikaraguanischen Flüchtlingen organisieren.<sup>306</sup> Im Oktober 1985 wurde durch das *Decreto 16633-P-TSS-G* Flüchtlingen für die Dauer ihres Aufenthalts in Costa Rica die Möglichkeit eröffnet, einer Be-

---

<sup>300</sup> Ley No. 7033

<sup>301</sup> „La Ley General de Migración y Extranjería, de 8 de abril de 1986, tuvo como causa eficiente la de uniformar las normas migratorias para regular y controlar el ingreso, la permanencia y el ejercicio de actividades de los extranjeros, proclamando una política migratoria restrictiva y controlada, que reviste particular importancia en lo que concierne a los países limítrofes.“ (OIM 1991, S. 10.)

<sup>302</sup> Vgl.: Soto Quirós 1998, S. 501.

<sup>303</sup> Vgl.: Ebenda, S. 502.

<sup>304</sup> Vgl.: Ebenda, S. 501.

<sup>305</sup> Vgl.: OIM 1991, S. 10.

<sup>306</sup> Vgl.: Decreto 16479-P.

schäftigung nachzugehen.<sup>307</sup> Darüber hinaus existierten vor der *Ley General de Migración y Extranjería* Abkommen mit Nicaragua, die auf die eine oder andere Art auch die Migration zwischen beiden Ländern betrafen.<sup>308</sup>

Zeitgleich zu dieser karitativen Migrationsgesetzgebung für Flüchtlinge wurde in der costaricanischen Öffentlichkeit der Ruf nach einem restriktiven und allgemein verbindlichen Migrationsgesetz laut.<sup>309</sup> Diese Forderung zur Regelung und Begrenzung der Migration lässt sich auf die Tatsache zurückführen, dass sich die costaricanische Gesellschaft in den 1980er Jahren einer zunehmenden Arbeitsmigration aus Nicaragua ausgesetzt sah. Der Konsens über die Notwendigkeit der Aufnahme politisch Verfolgter ließ sich offensichtlich nicht auf ökonomisch bedingte Migration aus Nicaragua übertragen. Hier wird eine Differenzierung im gesellschaftlichen Empfinden von Migration deutlich, die für die Erklärung des Wandels im Migrationsdiskurs maßgeblich zu sein scheint.

Diese Differenz zwischen Flucht- und Arbeitsmigration findet ihren Niederschlag in der *Ley General de Migración y Extranjería*. In Artikel 1 bis 3 dieses Gesetzes ist festgelegt, dass die *Dirección General de Migración y Extranjería* als zentrale staatliche Einrichtung zur Umsetzung der Migrationspolitik das Problem der illegalen Migranten in Costa Rica normalisieren soll.<sup>310</sup> Als illegal wird exklusiv deklariert, wer seinen legalen Aufenthalt nicht nachweisen kann.<sup>311</sup> Diese Personen können rechtmäßig abgeschoben werden.<sup>312</sup> Die *Dirección General de Migración y Extranjería* wird dazu mit einem Bündel von Aufgaben und Kompetenzen ausgestattet. Sie soll Einreise und Ausreise an den costaricanischen Grenzen kontrollieren, Einreisedokumente in Form von Visa und Pässen sowie Transportmittel überprüfen, im Landesinneren nach illegalen Arbeitsmigranten fahnden sowie Ausweisungen und Abschiebungen anordnen und durchführen.<sup>313</sup> Zur

---

<sup>307</sup> Vgl.: Decreto 16633-P-TSS-G.

<sup>308</sup> Vgl.: OIM 1991, S. 17.

<sup>309</sup> Vgl.: La Nación, 22.07.1984, S. 2A.

<sup>310</sup> Vgl.: Ley No. 7033, Art. 3 und Art. 7, S. 11 und 12.

<sup>311</sup> Vgl.: Ebenda, Art. 7, S. 13.

<sup>312</sup> Vgl.: Ebenda.

<sup>313</sup> Vgl.: Ebenda, Art. 7, S. 14f. Die Kontrolle von internationalen Transportmitteln und Bedingungen internationalen Personentransports sind in Art. 78-85 geregelt (vgl.: Ebenda, Art. 78-85, S. 39f.).

Durchführung dieser Maßnahmen wird die *Policía Especial de Migración* als Exekutivorgan gegründet.<sup>314</sup>

Zur Reglementierung der Migration wird eine Reihe von Voraussetzungen benannt, die die Einreise nach Costa Rica ermöglichen und mithin positive Kriterien für Migration bilden. Im Umkehrschluss lassen sich hieraus negative Kriterien ableiten. Folgende Eigenschaften müssen erfüllt werden, damit die Einreise nach Costa Rica legal verlaufen kann: Der Einreisende muss über ein Visum verfügen. Dieses wird nur dann ausgestellt, wenn der „Wille zur Wiederausreise“ glaubwürdig (zum Beispiel durch Rückkreisetickets) nachgewiesen werden kann. Zudem muss der Reisende über eine Geldsumme verfügen, deren Höhe glaubhaft machen kann, dass er kein mittelloser Arbeitsmigrant ist, der hofft, in Costa Rica eine Beschäftigung zu finden.<sup>315</sup> Berechtigt zu einem längeren temporären Aufenthalt in Costa Rica sind generell: Rentner, qualifizierte Arbeiter, die sich aus beruflichen Gründen im Land aufhalten müssen, Arbeitgeber, Geschäftsleute und Manager inländischer und ausländischer Unternehmen, Studenten, Asylanten und Flüchtlinge, Anhänger religiöser Gruppen, die zur Religionsausübung nach Costa Rica reisen müssen sowie die Kinder und Eheleute dieser Personen.<sup>316</sup> Darüber hinaus ist Touristen der zeitlich begrenzte Aufenthalt in Costa Rica gestattet genauso wie Wissenschaftlern, Kulturschaffenden und Politikern, die nach Costa Rica eingeladen werden, Vertretern von Reiseunternehmen und Geschäftsreisenden, Sportlern, Künstlern und Personen, die auf einer öffentlichen Veranstaltung auftreten, Transitreisenden, Besatzungsmitgliedern internationaler Transportunternehmen und legalen bzw. eingeladenen Arbeitsmigranten, deren Arbeitskraft also benötigt wird und deren Arbeit im formellen Sektor angesiedelt ist.<sup>317</sup>

Neben diesen positiv formulierten Kriterien benennt das Gesetz klare Ausschlusskriterien. Die *Dirección General de Migración y Extranjería* wird angewiesen, eine Liste mit Personen anzufertigen, denen die Einreise grundsätzlich verweigert wird. Diese Liste enthält Personen, die aus medizinischen oder strafrechtlichen Gründen die „Sicherheit“ und „Ruhe“ Costa Ricas stören könnten.<sup>318</sup> Ein Einreiseverbot gilt zudem für Personen, die

---

<sup>314</sup> Vgl.: Ebenda, Art. 11-13, S. 17ff.

<sup>315</sup> Vgl.: Ebenda, Art. 20, S. 21.

<sup>316</sup> Vgl.: Ebenda, Art. 36, S. 27.

<sup>317</sup> Vgl.: Ebenda, Art. 37, S. 27f.

<sup>318</sup> Vgl.: Ebenda, Art. 21, S. 21f.

bereits aus Costa Rica abgeschoben oder ausgewiesen wurden.<sup>319</sup> Als illegal immigriert gelten generell diejenigen, die bei der Einreise nicht kontrolliert wurden, die an einem nicht offiziellen Punkt die Grenze übertreten haben oder über keine gültige Einreiseerlaubnis verfügen.<sup>320</sup> Diese Personen sollen bei der Einreise abgewiesen bzw. abgeschoben werden, sollten sie in Costa Rica aufgegriffen werden. Dasselbe gilt für Personen mit gefälschten Papieren.<sup>321</sup> Immigranten, die nach der Abschiebung versuchen, wieder nach Costa Rica einzureisen, werden mit 6 bis 12 Monaten Gefängnis bestraft.<sup>322</sup>

Grundsätzlich wird die costaricanische Bevölkerung zur Regulierung und Kontrolle der Arbeitsmigration in die Pflicht genommen. Die *Ley General de Migración y Extranjería* verbietet ausdrücklich die Beschäftigung oder Unterbringung illegaler Migranten.<sup>323</sup> Arbeitgeber ausländischer Beschäftigter und Hotel- oder Pensionsbesitzer müssen der *Dirección General de Migración y Extranjería* wöchentlich Bericht erstatten.<sup>324</sup> Außerdem sind diejenigen, die in Hotels und Pensionen arbeiten oder an Orten, an denen Ausländer beschäftigt werden, unter Androhung einer Geldstrafe dazu angehalten, Irregularitäten unverzüglich den Behörden zu melden.<sup>325</sup> Jemand, der einem Ausländer eine falsche Arbeitsbescheinigung ausstellt, um diesem Einreise oder Aufenthalt zu ermöglichen, wird mit 60 bis 90 Tagen Gefängnis bestraft.<sup>326</sup>

Bei der Betrachtung der *Ley General de Migración y Extranjería* lässt sich also Folgendes feststellen: Das Gesetz schafft einen Rahmen für die legale Einwanderung gewisser Personengruppen. Die Definition willkommener Migranten ist aber ihrerseits konstitutiv für Ausschlusskriterien, weshalb diese entweder explizit benannt werden oder sich implizit aus der Abwesenheit erwünschter Eigenschaften ergeben. Das Gesetz verordnet zudem die Denunziation illegaler Migranten und verankert – über die Androhung von Strafe – die Illegalität so im Bewusstsein der Bevölkerung. Erst in der

---

<sup>319</sup> Vgl.: Ebenda, Art. 60, S. 35.

<sup>320</sup> Vgl.: Ebenda, Art. 49, S. 31.

<sup>321</sup> Vgl.: Ebenda, Art. 86, S. 40.

<sup>322</sup> Vgl.: Ebenda, Art. 89, S. 41.

<sup>323</sup> Vgl.: Ebenda, Art. 92 und Art. 93, S. 42.

<sup>324</sup> Vgl.: Ebenda, Art. 94, S. 42.

<sup>325</sup> Vgl.: Ebenda, Art. 95 und Art. 96, S. 42.

<sup>326</sup> Vgl.: Ebenda, Art. 98, S. 43.

Migrationsgesetzgebung wird undokumentierte bzw. irreguläre Migration zu illegaler Migration, womit die Grundlage für deren Kriminalisierung festgeschrieben wird.

Neben diesen restriktiven Maßnahmen sieht das Gesetz jedoch auch die Möglichkeit vor, den Aufenthaltsstatus illegaler Migranten zu legalisieren. Personen, die sich illegal in Costa Rica aufhalten, kann eine temporäre Aufenthaltsgenehmigung ausgestellt werden.<sup>327</sup> Eine Sonderposition nehmen hier Asylanten und Flüchtlinge ein. Auf diese Sonderrolle soll im Folgenden eingegangen werden, bevor herausgearbeitet wird, wie und inwiefern die *Ley General de Migración y Extranjería* in Costa Rica in der politischen Praxis umgesetzt wird.

## 5.2 Der Umgang mit Fluchtmigration

Ein großer Teil der nikaraguanischen Migranten in Costa Rica waren zwischen 1978 und den 1990er Jahren Flüchtlinge. Ökonomische, ökologische und politische Motive für die Flucht lassen sich hierbei nicht immer voneinander trennen. Die costaricanischen Regierungen strebten aber in dieser Zeit sehr wohl eine strikte Differenzierung zwischen hilfsbedürftigen Flüchtlingen und abzulehnenden Arbeitsmigranten an.

Die Genfer Flüchtlingskonvention vom 28. Juli 1951 formuliert die allgemeinste Definition von Fluchtmigration, auf die sich insgesamt 144 Staaten, darunter Costa Rica, geeinigt haben.<sup>328</sup> Die Fluchtmigration wird hier definiert als die räumliche Bewegung einer Person, die

„(...) aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will.“<sup>329</sup>

Ökonomische oder umweltbedingte Motive für Migration sind dementsprechend keine zwingend anzuerkennenden Fluchtgründe.

---

<sup>327</sup> Vgl.: Ley No. 7033, Art. 42 und Art. 43, S. 29.

<sup>328</sup> Vgl.: Genfer Flüchtlingskonvention (1951).

<sup>329</sup> Ebenda, Art. 1, Kapitel A, Nr. 2.

Die gewaltsamen Auseinandersetzungen Ende der 1970er/ Anfang der 1980er Jahre in Zentralamerika führten zu starken Fluchtbewegungen in die Nachbarstaaten. Costa Rica nahm diese Kriegsflüchtlinge vor dem Hintergrund seiner demokratischen Verfassung und seines pazifistischen Konsens sowie aufgrund internationaler Konventionen zwar auf, dennoch wurde die steigende Zahl der Flüchtlinge zunehmend als problematisch angesehen.<sup>330</sup>

Die verstärkte Migration aufgrund des Krieges zwischen dem Regime Somozas und dem FSLN kommentierte der damalige costaricanische Präsident Rodrigo Carazo (1978-1982) folgendermaßen:

„(...) das nikaraguanische Volk – traditionell unser Freund – sieht die Spannungen in Form von grausamen Gefechten der Artillerie der Somoza-Anhänger jeden Tag wachsen, was sie sogar dazu zwingt, auf der Suche nach Schutz in unser Land zu fliehen. Niemals werden wir die politisch Verfolgten abweisen, selbst nach dem Sturz der Diktatur; niemals sagen wir Nein dem Bedürftigen von Sicherheit, Frieden und Ruhe. Unsere Grenze war immer überwacht, aber sie wird sich demjenigen, dessen Leben in Gefahr ist nicht verschließen. So ist Costa Rica dazu zurückgekehrt, sich durch seine Zuneigung zur christlichen Nächstenliebe auszuzeichnen, durch seine Wachsamkeit in der vollen Ausübung der Menschenrechte. In den mühsamsten Momenten des nikaraguanischen Volkes bei seiner Befreiung von der Diktatur Somozas bat Costa Rica den Tausenden Nikaraguanern die Gastfreundschaft seines Territoriums an, die über die Luftbrücke kamen, die die spanische Regierung eingerichtet hat.“<sup>331</sup>

---

<sup>330</sup> Vgl.: Larson 1992, S. 328.

<sup>331</sup> „(...) el pueblo nicaragüense, tradicionalmente amigo del nuestro, vio crecer día a día esa tensión, en medio de los combates feroces de la artillera somocista, obligándolos incluso a huir en procura de refugio hacia nuestro país. Nunca rechazamos al perseguido político, aun después del derrocamiento de la dictadura, nunca dijimos no al necesitado de seguridad, paz y tranquilidad. Nuestra frontera estuvo siempre controlada, pero no podía cerrarse al que tenía su vida en peligro. Así volvió Costa Rica a caracterizarse por su apego a la caridad cristiana, por su vigilancia en el ejercicio pleno de los derechos humanos. En los momentos más arduos de la lucha del pueblo nicaragüense por librarse de la dictadura somocista, Costa Rica brindó la hospitalidad

Obwohl hier von Kontrolle die Rede ist, sollte die Grenze Flüchtlingen aus Nicaragua prinzipiell offen stehen. Costa Rica bemühte sich um Hilfe für die Flüchtlinge, verstand ihre große Zahl jedoch nicht zuletzt deshalb als Problem, weil es bis zum Beginn der 1980er Jahre über wenig Erfahrung mit Fluchtmigration verfügte.<sup>332</sup> In einem Schreiben des *Ministerio de Relaciones Exteriores* und der *Comisión Nacional para Refugiados* an die *Contadora*-Gruppe aus dem Jahr 1984 wird diese Hilfsbereitschaft deutlich. Das Schreiben bezeichnet die Situation der nikaraguanischen, kubanischen und salvadorianischen Kriegsflüchtlinge als dramatisch, da ihre materielle Situation noch schlechter sei als diejenige der politischen Asylanten und der Arbeitsmigranten.<sup>333</sup>

Trotz der steigenden Zahl von Kriegsflüchtlingen und den damit einhergehenden Problemen weitete Costa Rica den definitorischen Rahmen der Genfer Flüchtlingskonvention aus. Das Erdbeben von 1972, welches Managua zerstörte, der Hurrikan Juana von 1988, welcher nahezu die gesamte Infrastruktur in der atlantischen Region Nicaraguas verwüstete und der Hurrikan Mitch im Jahr 1998 waren in Nicaragua Auslöser für soziale Notlagen.<sup>334</sup> In Folge der sozialen Auswirkungen dieser ökologischen Katastrophen wurden viele Nicaraguaner und Salvadorianer zur Migration gezwungen. Costa Rica erklärte sich jedes Mal bereit, diese Flüchtlinge aufzunehmen, obwohl die Vorgaben aus der Genfer Flüchtlingskonvention in diesen Fällen auch eine Verweigerung der Aufnahme zugelassen hätten.<sup>335</sup>

Die ökonomische Krise der 1980er Jahre, die auch Costa Rica nicht verschonte, führte jedoch zu einer ablehnenden Haltung der Bevölkerung gegenüber der offiziellen Flüchtlingspolitik.<sup>336</sup> Elizabeth Ferris datiert in diesem Zusammenhang das Auftauchen von Xenophobie auf den Anfang der 1980er Jahre – also zeitgleich mit dem Beginn der großen Flüchtlingsbewegungen nach Costa Rica. Die Ablehnung richtete sich ihrer Ansicht nach stärker gegen Nicaraguaner als gegen Salvadorianer, die die zweite große Flüchtlingsgruppe bildeten.<sup>337</sup> Angst vor sozialem Abstieg und die

---

de su territorio a los miles de nicaragüenses que llegaban por vía del puente aéreo que estableció el gobierno de España.” (Rodrigo Carazo Odio, zitiert nach: OIM 1991, S. 11).

<sup>332</sup> Vgl.: La Nación, 22.07.1984, S. 2.

<sup>333</sup> Vgl.: Ministerio de Relaciones Exteriores/ Comisión Nacional para Refugiados 1984.

<sup>334</sup> Vgl.: Torres-Rivas 1993b, S. 18 und Alvarenga 2000, S. 33.

<sup>335</sup> Vgl.: Alvarenga 2000, S. 33.

<sup>336</sup> Vgl. z.B.: Ferris 1987, S. 62.

<sup>337</sup> Vgl.: Ebenda, S. 79.

zunehmende Fremdenfeindlichkeit ließen die Hilfsbereitschaft sinken und führten zu einer restriktiveren Flüchtlingspolitik. Hatte die Regierung Carazos die sandinistische Revolution noch als berechtigten Befreiungskampf der Nikaraguaner benannt, nahm noch während seiner Regierungszeit die Distanzierung Costa Ricas von der sandinistischen Regierung in Managua zu.<sup>338</sup>

Diese Ambivalenz zwischen Mitgefühl und Ablehnung schlägt sich auch in den Verordnungen nieder, die Costa Rica in der ersten Hälfte der 1980er Jahre für den Umgang mit Flüchtlingen erließ.

Zur Verbesserung der Situation der Flüchtlinge wurde 1980 die *Comisión Nacional para Refugiados* gegründet.<sup>339</sup> Mit dem bereits erwähnten *Decreto 16479* schuf Costa Rica 1985 aufgrund der steigenden Flüchtlingszahlen den *Consejo Nacional para los Refugiados*.<sup>340</sup> Hauptaufgabe dieses Rates sollte die Entwicklung von Maßnahmen zum Schutz und zur Hilfe der Flüchtlinge sein.<sup>341</sup> Zugleich sollte er die Flüchtlinge dokumentieren, mit Papieren ausstatten und ihre Einreise sowie ihren gesundheitlichen Zustand kontrollieren.<sup>342</sup> Das *Decreto 16633-P-TSS-G* vom 10. Oktober 1985 ermöglichte Flüchtlingen die legale Beschäftigung in Costa Rica,<sup>343</sup> vorausgesetzt, dass deren Arbeit benötigt wurde und dass zu deren Verrichtung nicht ausreichend Costaricaner zur Verfügung standen.<sup>344</sup> Die Arbeitserlaubnis sollte für jeweils ein Jahr ausgestellt und danach der Status des Flüchtlings so wie die eventuelle Besetzung der Arbeitsstelle durch Einheimische neu geprüft werden.<sup>345</sup>

Auf der anderen Seite wurden in den 1980er Jahren Verordnungen erlassen, die eindeutig als restriktiv verstanden werden können und die beschriebene karitative Politik ergänzen. Bis Ende 1982 war festgelegt worden, dass Flüchtlinge einen gültigen Pass mitzuführen hatten und über ein polizeiliches Führungszeugnis aus ihrem Heimatland, einen Nachweis über ausreichende finanzielle Mittel und ein Rückreiseticket in ihr Her-

---

<sup>338</sup> Vgl.: Ebenda.

<sup>339</sup> Vgl.: Decreto No. 11939 vom 07.10.1980, in: Ministerio de Relaciones Exteriores/ Comisión Nacional para Refugiados 1984.

<sup>340</sup> Vgl.: Decreto 16479-P.

<sup>341</sup> Vgl.: Ebenda, Art. 2.

<sup>342</sup> Vgl.: Ebenda, Art. 5.

<sup>343</sup> Vgl.: Decreto 16633-P-TSS-G.

<sup>344</sup> Vgl.: Ebenda, Art. 4.

<sup>345</sup> Vgl.: Ebenda, Art. 8.



kunftsland verfügen mussten.<sup>346</sup> In der Praxis wurden Flüchtlinge zwar auch dann weiter aufgenommen und anerkannt, wenn sie diese Vorschriften nicht erfüllten, der Zugang zum Arbeitsmarkt wurde ihnen durch die Verordnungen aber sehr erschwert.<sup>347</sup> Im Verlauf der 1980er Jahre trat schließlich die Fluchtmigration gegenüber der ökonomischen Migration in den Hintergrund. Dieser Trend verschärfte sich in den 1990er Jahren.

Wie bereits angesprochen, hatte – im Gegensatz zu Costa Rica – die Arbeitslosigkeit in Nicaragua aufgrund des Krieges und der Zentralamerika-Krise dramatisch zugenommen.<sup>348</sup> Gleichzeitig führte die Industrialisierung in Costa Rica zu einem Mangel an Arbeitskräften in den traditionellen Agrarsektoren. Das *Decreto 16633-P-TSS-G* ist vor diesem Hintergrund zu verstehen. Offensichtlich war es das Bestreben der drei costaricanischen Regierungen zwischen 1978 und 1990, Migranten den Zugang zum Arbeitsmarkt generell zu erschweren und sie ausschließlich in denjenigen Arbeitsbereichen einzusetzen, in denen ein deutlicher Mangel an einheimischen Arbeitskräften bestand.<sup>349</sup> In anderen Tätigkeitsfeldern war es für Nicaraguaner kaum möglich, eine legale Beschäftigung zu finden.<sup>350</sup>

Die unbeständige Flüchtlingspolitik der costaricanischen Regierungen in den 1970er, 1980er und 1990er Jahren ist auch aus dem Fehlen staatlicher Programme zur Repatriierung von Flüchtlingen in Zentralamerika zu verstehen. Im Falle Nicaraguas kehrten viele Flüchtlinge nicht wieder zurück, da sie dort wieder mit stärkerer Armut konfrontiert gewesen wären und so die Anreize fehlten, die aufgebauten sozialen Netzwerke in Costa Rica aufzugeben, um sie in Nicaragua unter schlechteren sozialen Bedingungen neu zu errichten.<sup>351</sup> Aus den hilfsbedürftigen Flüchtlingen, die Costa Rica willkommen geheißen hatte, wurden nach dem Ende der politischen Unruhen in Nicaragua unliebsame Arbeitsmigranten. Diese Veränderung im Charakter und in der Wahrnehmung nikaraguanischer Migration stellt einen der entscheidenden Brüche dar, die in Costa Rica zu einem neuen Umgang mit ihr führten. Wenn es sich bei einem Großteil der Einwanderer nicht mehr um Flüchtlinge sondern um illegale Arbeitsmigranten handelte,

---

<sup>346</sup> Vgl.: Larson 1992, S. 334.

<sup>347</sup> Vgl.: Ferris 1987, S. 79.

<sup>348</sup> Vgl.: Menjívar/ Trejos 1992, S. 44.

<sup>349</sup> Vgl.: Larson 1992, S. 333 und S. 337.

<sup>350</sup> Vgl.: Ebenda, S. 331 und S. 335.

<sup>351</sup> Vgl.: Torres-Rivas 1993a, S. 167.

schaffte dies die Rechtfertigung, ihnen Hilfe zu verweigern, und erlaubte es, auf Basis der *Ley General de Migración y Extranjería* mit aller staatlichen Härte gegen sie vorzugehen.

### 5.3 Grenzkontrollen und innere Überwachung

Als ein repressives Element costaricanischer Migrationspolitik lassen sich Grenzkontrollen und Fahndungen nach undokumentierten Migranten seit Ende der 1970er Jahre nachweisen.<sup>352</sup> Im Laufe der 1980er Jahre veränderten sich jedoch Intensität und Umfang der Kontrollen und der Überwachungen.

Verschärfte Grenzkontrollen waren schon seit 1983 erklärtes Ziel des costaricanischen Sicherheitsrates und des Justizministeriums. Beide Institutionen erarbeiteten Pläne zur effektiveren Überwachung der Grenzen, um sich dort einen besseren Überblick über die massenhafte Einreise undokumentierter nikaraguanischer Flüchtlinge zu verschaffen.<sup>353</sup> Neben dem Anspruch, über die Einwanderung informiert zu sein, spielte vor allem die bekannte Angst vor Krankheiten wie Malaria und Cholera eine Rolle, die die nikaraguanischen Flüchtlinge angeblich mit nach Costa Rica brächten. Der offiziellen Lesart zufolge galten diese Krankheiten in Costa Rica, nicht aber in Nicaragua, als besiegt. Gegen ihre Wiederverbreitung durch Migranten könne demnach nichts unternommen werden, sollten diese Personen nicht kontrolliert werden.<sup>354</sup> Zudem wurde von offizieller Seite auch die generell bestehende Offenheit der costaricanischen Gesellschaft für die Einführung strikter Kontrollen herangezogen: Costa Rica stehe allen Flüchtlingen offen, wer undokumentiert einreise, habe folglich eventuell etwas zu verbergen, so die Argumentation. Zumindest in der offiziellen Rhetorik war undokumentierte Migration Mitte der 1980er Jahre noch kein Verbrechen an sich; es wurde aber bereits unterstellt, dass die undokumentierte Einreise Zeichen von Kriminalität sein könnte.<sup>355</sup>

Mitte der 1990er Jahre blieben die Argumente zur Rechtfertigung von Kontrollen teilweise dieselben. Der Vorwurf, Migranten brächten Krankheiten nach Costa Rica, gegen die bei undokumentierten Einwanderern

---

<sup>352</sup> Vgl. z.B.: La Nación, 06.09.1978, S. 2A.

<sup>353</sup> Vgl.: La Nación, 10.03.1983, S. 4A und La Prensa Libre, 18.03.1983, S. 2.

<sup>354</sup> Vgl.: La Nación, 04.07.1984, S. 4A.

<sup>355</sup> Vgl.: La Nación, 12.04.1985, S. 12A.

nichts unternommen werden könne, blieb zum Beispiel bestehen.<sup>356</sup> In diesem Zeitraum wurde aber auch die ökonomische Komponente der Migration in die Forderung nach verstärkten Kontrollen einbezogen. Laut *La Nación* plädierte der damalige Landwirtschaftsminister Juan Rafael Lizano 1993 für eine verstärkte Grenzkontrolle und die Abweisung von Migranten an der Grenze, weil es in diesem Jahr bereits ausreichend nikaraguanische Erntearbeiter in Costa Rica gebe, der Arbeitsmarkt somit gesättigt sei.<sup>357</sup> Hier lässt sich eine Veränderung des Blickwinkels feststellen: Nicht mehr die Frage nach den Motiven für die Einwanderung und die damit verbundene Frage nach der Gewährung oder Ablehnung von Hilfe stand im Mittelpunkt, sondern ob sie den nationalen ökonomischen Interessen diene oder nicht.

Seit dem Ende der 1990er Jahre sind in der Folge dieser Entwicklung noch strengere Kontrollen und Überwachungen an der Grenze zu Nicaragua und im Landesinneren zu beobachten. Während die Grenze 1994 aus Mangel an Grenzpersonal noch unzureichend kontrolliert werden konnte,<sup>358</sup> berichtete *La República* 1999, dass im Jahr zuvor ca. 30.000 nikaraguanische Einwanderer an der Grenze zur Umkehr gezwungen worden seien.<sup>359</sup> Trotz dieser „Erfolge“ wurden die Grenzkontrollen in den folgenden Jahren noch weiter verschärft,<sup>360</sup> und Arbeitgeber in Costa Rica stärker überwacht, damit sie keine illegal eingereisten Nikaraguaner beschäftigten.<sup>361</sup> Auch wurden Betriebe nach den Ernten von der Polizei inspiziert, um zu überprüfen, ob die nikaraguanischen Erntehelfer nach Beendigung ihres temporär legalen Arbeitsvertrages Costa Rica wieder verlassen hatten.<sup>362</sup>

Die *Ley General de Migración y Extranjería* sieht bereits die Durchführung von Fahndungen nach illegalen Migranten und die Verhinderung ihrer Einreise durch verstärkte Grenzkontrollen vor. Dennoch wird seit dem Jahr 2000 über ein neues Gesetz beraten, das effektivere Kontrollen der Legalität von Migranten in Costa Rica und an den Grenzen juristisch regeln soll. Einerseits soll legalen Migranten damit die Einreise und der Aufenthalt

---

<sup>356</sup> Vgl.: *La Nación*, 28.01.1993, S. 8A.

<sup>357</sup> Vgl.: *La Nación*, 28.01.1993, S. 8A.

<sup>358</sup> Vgl.: *La Nación*, 12.09.1994, S. 16A.

<sup>359</sup> Vgl.: *La República*, 13.01.1999, S. 8A.

<sup>360</sup> Vgl.: *La Nación*, 10.07.2000, S. 10A.

<sup>361</sup> Vgl.: *La Nación*, 08.05.2000, S. 8A.

<sup>362</sup> Vgl.: *La República*, 11.05.2000, S. 9A.

erleichtert werden, andererseits sollen repressive Maßnahmen gegen illegale Migranten rechtlich vereinfacht werden. Dazu gehören zum Beispiel die empfindlichere Bestrafung von Arbeitgebern, die illegale Migranten beschäftigen, und der härtere Umgang mit „Menschenschugglern“.<sup>363</sup> Ein entsprechender Gesetzesentwurf für ein vollständig neues Migrationsgesetz wurde am 12. Februar 2001 vom damaligen Staatspräsidenten Miguel Ángel Rodríguez und dem Minister für Öffentliche Sicherheit, Regierung und Polizei, Rogelio Ramoz Martínez, mit der Begründung vorgelegt, da die 15 Jahre alte *Ley General de Migración y Extranjería* nationalen und internationalen Veränderungen nicht mehr Rechnung tragen könne.<sup>364</sup>

Es wird deutlich, dass Grenzkontrollen und Fahndungen nach illegalen Migranten in Costa Rica vor allem im Laufe der 1990er Jahre einen immer höheren Stellenwert einnahmen. Trotz dieser Maßnahmen stieg die Zahl der Migranten kontinuierlich an. Offensichtlich sah sich der Staat Costa Rica daher gezwungen, stärker zum Mittel der Abschiebung zu greifen.

#### 5.4 Die Abschiebepaxis

Die (juristische) Zuschreibung von Illegalität erlaubt einem Staat, Migranten jederzeit den Aufenthalt zu verweigern oder sie abzuschicken. Costa Rica nimmt dieses Recht generell in Anspruch. Dieses auf der *Ley General de Migración y Extranjería* basierende Recht<sup>365</sup> ist jedoch nicht mit seiner

---

<sup>363</sup> Vgl.: La República, 28.11.2000, o.S.

<sup>364</sup> „La complejidad de las migraciones internacionales, el impacto sobre las condiciones del desarrollo nacional y los desafíos que representa, exigen disponer de una nueva visión para abordar el fenómeno, así como marcos normativos acordes a los tiempos actuales, que aseguren la aplicación eficiente y transparente de las políticas migratorias que adopte el Estado costarricense. Hoy enfrentamos una situación caracterizada por la existencia de una gran cantidad de normas que no satisfacen las necesidades de respuesta integral a la condición que vive Costa Rica, como país receptor de los desplazamientos poblacionales, principalmente intraregionales. La Ley General de Migraciones N° 7033 y su decreto reglamentario, responden a una realidad regional e internacional que ha cambiado y requieren ser modernizados y adaptados a las nuevas condiciones del desarrollo nacional, al contexto internacional y regional, y a las nuevas realidades migratorias del país. Los diferentes sectores sociales y la opinión pública así lo demandan.“ (Asamblea Legislativa de la República de Costa Rica 2001).

<sup>365</sup> Die *Ley General de Migración y Extranjería* schreibt in den Artikeln 115-117 die Abschiebung illegaler Migranten vor und gibt in den Artikeln 118-130 genaue Regeln für deren Durchführung vor (vgl.: Ley No. 7033, Art. 118-130, S. 48ff.).

Anwendung gleichzusetzen. Abschiebungen undokumentierter Migranten werden in Costa Rica bereits seit Ende der 1970er Jahre durchgeführt. Gewandelt haben sich allerdings der Charakter dieser Vorgehensweise und deren Rechtfertigung.

Im Jahr 1977 wurden zwölf nicht registrierte Migranten abgeschoben,<sup>366</sup> die Abschiebung weiterer 2.000 Personen wurde zwar erwogen, nicht aber umgesetzt.<sup>367</sup> Laut dem Berater des Präsidenten, Dr. Bermúdez Coward, war es nicht der Zweck der Abschiebungen undokumentierte Migranten generell zu vertreiben, sondern die „unerwünschten Elemente“ unter ihnen herauszufiltern. Ein wichtiger Schritt zur Verhinderung der Abschiebung eines undokumentierten Migranten sei daher seine schlüssige Erklärung gewesen, warum er sich bisher illegal in Costa Rica aufgehalten habe.<sup>368</sup>

Zu Beginn der 1980er Jahre wurde angesichts der steigenden Zahl undokumentierter Grenzübertritte vermehrt über die Anwendung des Mittels der Abschiebung nachgedacht.<sup>369</sup> Bis zur Mitte der 1990er Jahre wurde es schließlich zur gängigen Praxis, bei deren Ausführung auch über Gewaltanwendungen berichtet wurde.<sup>370</sup> Seit Mitte der 1990er Jahre kündigte die costaricanische Regierung trotz der klaren Dementierung solcher Berichte an, mit „härterer Hand“ gegen illegale Migranten vorgehen zu wollen.<sup>371</sup> Gleichzeitig wurden die Gewaltanwendung bei der Abschiebung illegaler Migranten und konkrete Pläne zu deren vermehrter Abschiebung von offiziellen Stellen häufig weiter abgestritten.<sup>372</sup>

Auch die Amnestie von 1999 war an eine verstärkte Abschiebung nach ihrem Ablauf geknüpft.<sup>373</sup> Ausweisungen und Abschiebungen als Mittel zur Bekämpfung undokumentierter Einwanderung wurden am Ende der 1990er Jahre offen diskutiert und angedroht. So fand zum Beispiel einen Monat vor Beginn der Legalisierungskampagne eine fünftägige Polizeiaktion in der Grenzregion Los Chiles statt, bei der 600 Nikaraguaner, die kurz zuvor eingereist waren um während der sechsmonatigen Amnestie eine

---

<sup>366</sup> Vgl.: La Nación, 28.03.1977, o.S.

<sup>367</sup> Vgl.: La República, 16.04.1977, S. 1 und S. 21.

<sup>368</sup> Vgl.: Ebenda.

<sup>369</sup> Vgl.: La Prensa Libre, 28.07.1981, S. 5.

<sup>370</sup> Vgl.: La Nación, 29.09.1993, o.S.

<sup>371</sup> Vgl.: La Nación, 27.09.1996, S. 5A.

<sup>372</sup> Vgl.: La República, 21.03.1997, S. 5A.

<sup>373</sup> Vgl.: La Nación, 27.07.1999, S. 5A.

legale Aufenthaltsgenehmigung zu erhalten, aufgegriffen und abgeschoben wurden. Die *Dirección General de Migración y Extranjería* hatte diese Maßnahme angeordnet, um die Einreise zusätzlicher illegaler Migranten, die hofften von der Amnestie profitieren zu können, auf jeden Fall zu verhindern.<sup>374</sup>

Die Statistiken machen sowohl die Zunahme als auch die größere Akzeptanz der restriktiven Maßnahmen und eine Veränderung im Verhältnis von Ausweisungen und Abschiebungen zu Gunsten der aktiveren und gewalttätigen Abschiebungen deutlich. Im Jahr 1990 wurden 309 Nikaraguaner aus Costa Rica ausgewiesen, 61 wurden abgeschoben. 1999 wurden 43.077 Ausweisungen und 520 Abschiebungen registriert.<sup>375</sup> Im Jahr 2000 steigerte sich die Zahl der Ausweisungen weiter auf 46.060 und die Zahl der Abschiebungen auf 1.078.<sup>376</sup> Vom Januar 2001 bis Mitte Juni 2001, also binnen einem halben Jahr, wurden 34.198 Nikaraguaner ausgewiesen und 3.823 abgeschoben.<sup>377</sup>

Wurde das Zwangsmittel der Abschiebungen Ende der 1970er Jahre eher seltener angewendet und vor allem als Mittel der Kriminalitätsbekämpfung betrachtet, zeigt ihr starker Anstieg, dass diese Maßnahme in den 1990er Jahren zur gängigen Praxis im Umgang mit illegalen Migranten wurde. Dabei reichte bereits der undokumentierte Aufenthalt als alleiniger Rechtfertigungsgrund aus.<sup>378</sup> Kann man also in den 1970er Jahren ein Misstrauen gegenüber undokumentierten Migranten feststellen, wandelt sich der Blick in den 1990er Jahren grundlegend: Der undokumentierte Migrant wird allein ob seines Status als kriminell angesehen und entsprechend behandelt.

## 5.5 Kontrolle des Arbeitsmarktes

Neben repressiven Maßnahmen gegen illegale Migranten bemühte sich Costa Rica auch, das „Migrationsproblem“ integrativ zu lösen. Zu Beginn der 1980er Jahre, als sich Costa Rica mit der stark wachsenden Zahl von Flüchtlingen konfrontiert sah, erließ die Regierung eine Reihe von Verord-

---

<sup>374</sup> Vgl.: La Nación, 10.01.1999, S. 5A.

<sup>375</sup> Vgl.: La Nación, 05.09.2000, S. 4A.

<sup>376</sup> Vgl.: La Nación, 22.12.2000, S. 10A.

<sup>377</sup> Vgl.: La República, 15.07.2001, S. 5A.

<sup>378</sup> Vgl.: Ley No. 7033, Art. 118-130, S. 48ff.

nungen, die verhindern sollten, dass Einheimischen durch die massive Einwanderung ökonomische Nachteile entstünden.

Mit dem *Decreto 14049* vom 10. November 1982 wurde es Flüchtlingen auferlegt, nachzuweisen, dass sie für einen Aufenthalt in Costa Rica über ausreichende finanzielle Mittel verfügten.<sup>379</sup> Diese Verordnung kann als Reaktion auf die zunehmende Beschäftigung nikaraguanischer Flüchtlinge betrachtet werden. Die Flüchtlinge wurden einerseits als Arbeiter benötigt, andererseits wurde befürchtet, dass sie eine Konkurrenz für einheimische Arbeitnehmer darstellen könnten.

Da die meisten Flüchtlinge diese finanziellen Mittel nicht nachweisen konnten, ihnen aber der Flüchtlingsstatus – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Genfer Flüchtlingskonvention – unter diesem Vorwand nicht aberkannt werden konnte, wurde 1983 das *Decreto 14845* verabschiedet, das es Flüchtlingen erlaubte, dann einer Arbeit in Costa Rica nachzugehen, wenn nationalen Arbeitskräften dadurch keine Nachteile entstünden.<sup>380</sup> Das *Decreto 16633-P-TSS-G* von 1985 schuf weitere Regeln für den Erhalt einer Arbeitserlaubnis. Ein arbeitssuchender Flüchtling oder der Arbeitgeber sollten sich an die *Oficina para Refugiados* wenden, die den Antrag, der zuvor von einem Anwalt beglaubigt werden musste, prüfte. Vor Beginn des Beschäftigungsverhältnisses musste vom Arbeitgeber ein Dokument erstellt werden, in dem Lohn, Arbeitszeiten, ausgeübte Tätigkeit, Arbeitsort und Dauer der Beschäftigung vermerkt waren.<sup>381</sup>

Hatte der konstante Mangel an Arbeitskräften vor allem in der Landwirtschaft bis zu Beginn der 1980er Jahre – also bis zum Einsetzen der massiven Flucht von Nikaraguanern nach Costa Rica – dazu geführt, dass Migranten auch ohne Arbeitserlaubnis oder gültige Papiere beschäftigt wurden, überstieg die Einwanderung im Laufe der 1980er Jahre einerseits die Nachfrage nach Arbeitskräften; andererseits erforderte der Wandel in der Definition der nikaraguanischen Einwanderer von Flüchtlingen zu Arbeitsmigranten neue politische Mittel zur Regelung und Kontrolle ausländischer Arbeitskraft. Hatte sich die Frage nach der Rechtmäßigkeit einer Beschäftigung bis in die 1980er Jahre hinein also nicht gestellt,<sup>382</sup> wandelten sich mit den ge-

---

<sup>379</sup> Vgl.: Decreto 14049, 10.11.1982.

<sup>380</sup> Vgl.: Decreto 14845, 29.09.1983.

<sup>381</sup> Vgl.: Decreto 16633-P-TSS-G.

<sup>382</sup> Vgl. z.B.: La República, 22.06.1980, o.S.

nannten Verordnungen die Kontrollmechanismen des costaricanischen Arbeitsmarktes.

Während sich das Flüchtlingsproblem in den 1990er Jahren nicht mehr stellte, blieb der Wunsch nach einer Kontrolle des Arbeitsmarktes bestehen: Ziel waren nun nicht mehr die Flüchtlinge, sondern nikaraguanische Arbeitsmigranten. 1995 wurde die *Tarjeta de Trabajo Estacional* eingeführt.<sup>383</sup> Ihr ging ein Vertrag zwischen den Regierungen Nikaraguas und Costa Ricas über die Arbeitsmigration voraus.<sup>384</sup> Die Möglichkeit der legalen Einreise wurde an die *Tarjeta de Trabajo Estacional* gebunden, vorausgesetzt, die Nikaraguaner konnten bei der Einreise nicht nachvollziehbar belegen, dass sie zu einer anderen Gruppe von Einreisebefugten wie zum Beispiel Touristen oder Pensionäre gehörten.<sup>385</sup> Ein bestimmtes Kontingent an Arbeitserlaubnissen sollte möglichst schnell zur Verfügung gestellt werden. Diese Erlaubnisse sollten auch Nikaraguaner erhalten können, die sich bereits illegal in Costa Rica aufhielten.<sup>386</sup> Der Bemessung des Kontingents wurde ein Defizit von 100.000 Arbeitskräften in Costa Rica zugrundegelegt.<sup>387</sup>

Die einzige Möglichkeit für Nikaraguaner, die nicht mit Costaricanern verwandt waren und nicht den Status eines Flüchtlings oder Asylanten hatten bzw. einer anderen Gruppe legaler Migranten zuzuordnen waren, legal in Costa Rica zu leben, wurde an den Besitz einer Arbeitserlaubnis gebunden. Vor dem Hintergrund, dass zahlreiche Nikaraguaner aus ökonomischen Gründen nach Costa Rica migrierten und dass dort nikaraguanische Arbeiter gebraucht wurden oder zumindest in sehr großer Zahl wirtschaftlich eingebunden werden konnten, soll im Folgenden untersucht werden, wie groß die Möglichkeit war, eine Arbeitserlaubnis zu erhalten.

Das Abkommen der Regierungen Costa Ricas und Nikaraguas von Januar 1993 wurde vor dem Hintergrund der unkontrollierbaren Einwanderung nikaraguanischer Saisonarbeiter sowie dem Wunsch beider Seiten, diese Migration mittels der Einführung der *Tarjeta de Trabajo Estacional* zu regulieren und zu verringern, geschlossen.<sup>388</sup> Es wurde festgelegt, dass Costa Rica Arbeitsmigration in der Landwirtschaft grundsätzlich zulassen

---

<sup>383</sup> Vgl.: Vargas 1996, S. 45-51, S. 41.

<sup>384</sup> Gobierno de Costa Rica/ Gobierno de la República de Nicaragua 1993.

<sup>385</sup> Vgl.: La República, 22.01.1995, S. 16A und La República, 31.01.1995, S. 5A.

<sup>386</sup> Vgl.: La Nación, 22.11.1995, S. 16A und La República, 22.11.1995, S. 5A.

<sup>387</sup> Vgl.: La República, 18.02.1995, S. 5A.

<sup>388</sup> Vgl.: Gobierno de Costa Rica/ Gobierno de la República de Nicaragua 1993.



sollte, vorausgesetzt es bestünde ein Bedarf an Arbeitskräften.<sup>389</sup> Costaricanische Arbeitgeber in der Landwirtschaft sollten dazu ihren Arbeitskräftebedarf in einer Saison rechtzeitig beim *Ministerio de Trabajo* melden. Dieses sollte seinerseits die Zahl der benötigten ausländischen Arbeitskräfte genehmigen und an das *Ministerio de Migración y Extranjería* weiterleiten. Dieses Ministerium sollte den Antrag seinerseits dem Konsulat in Managua übermitteln, dass sich wiederum mit dem *Ministerio de Trabajo* in Nicaragua in Verbindung setzen sollte.<sup>390</sup> Auf demselben Weg sollte das *Ministerio de Trabajo* in Managua eine Liste mit arbeitswilligen Nicaraguanern ans *Ministerio de Trabajo* in San José und an das costaricanische Konsulat in Managua zurückschicken. Dort schließlich sollten die Antragsteller überprüft und mit den nötigen Papieren ausgestattet werden.<sup>391</sup> Die Reise der Arbeiter sollte von den costaricanischen Arbeitgebern bezahlt werden.<sup>392</sup>

Auf Grundlage des Abkommens von 1993 reisten 2.717 Nicaraguaner nach Costa Rica ein, von denen später jedoch nur 70 das Land wieder ordnungsgemäß bzw. fristgerecht verließen. Die übrigen 2.647 Nicaraguaner verloren ihren legalen Aufenthaltsstatus, entschieden sich aber dennoch für einen weiteren illegalen Aufenthalt.<sup>393</sup>

Trotz der schlechten Erfahrungen mit dem Abkommen von 1993 wurde in Costa Rica 1995 das *Reglamento para el otorgamiento de la Tarjeta de Trabajo Estacional* verabschiedet.<sup>394</sup> Voraussetzung für diese Verordnung war erneut die massive informelle Beschäftigung illegaler Migranten in Costa Rica. Diese verletzen einerseits die Regeln des Arbeitsmarktes und drohen die Chancen nationaler Arbeitskräfte zu verschlechtern. Auf der anderen Seite entgingen dem costaricanischen Staat immense Steuereinnahmen durch die illegale Beschäftigung.<sup>395</sup> Die *Tarjeta de Trabajo Estacional* sollte diesmal an illegale Arbeiter ausgegeben werden, die sich bereits in Costa Rica aufhielten und ausdrücklich nicht als Möglichkeit der Einreise nach Costa Rica nutzbar sein.<sup>396</sup> Hierfür galten weiterhin die Regelungen aus

---

<sup>389</sup> Vgl.: Ebenda, Clausula I.

<sup>390</sup> Vgl.: Ebenda, Clausula II.

<sup>391</sup> Vgl.: Ebenda, Clausula III.

<sup>392</sup> Vgl.: Ebenda, Clausula IV.

<sup>393</sup> Vgl.: Vargas 1996, S. 46.

<sup>394</sup> Decreto 24432-TSS-G

<sup>395</sup> Vgl.: Vargas 1996, S. 48.

<sup>396</sup> Vgl.: Decreto 24432-TSS-G, Art. 2.

dem Abkommen von 1993. Außerdem wurde im *Reglamento para el otorgamiento de la Tarjeta de Trabajo Estacional* festgelegt, dass sich aus dieser Verordnung keinerlei Rechte für die illegalen Migranten ableiten ließen.<sup>397</sup> Illegale Arbeitsmigration und die Beschäftigung illegaler Migranten blieben auf Grundlage der *Ley General de Migración y Extranjería* grundsätzlich strafbar; die Ausstellung einer *Tarjeta de Trabajo Estacional* bildete also eine karitative Ausnahme. Bis zum 30. Juni 1996 wurden 1.585 solcher Arbeitserlaubnisse ausgestellt.<sup>398</sup>

Deutlich wird, dass die legale Beschäftigung nikaraguanischer Arbeiter in Costa Rica mit einem extrem hohen Verwaltungsaufwand einherging. Die Beschäftigung der benötigten Arbeitsmigranten auf legalem Wege verlangte vom Arbeitgeber eine zeitaufwendige Vorbereitung. Den potentiellen Arbeitsmigranten verlangten die Reglementierungen eine langfristige Planung ab, die zudem an den Besitz wichtiger Papiere geknüpft war, deren Verfügbarkeit aufgrund hoher Kosten und bürokratischer Hürden in Nicaragua keine Selbstverständlichkeit ist.

Die Hauptkritik an der beschriebenen Regelung legaler Arbeit von Migranten durch die Ausstellung von Arbeitserlaubnissen zielt neben dem unverhältnismäßig hohen bürokratischen Aufwand auf deren zeitlich begrenzten Charakter. Der Sinn der genannten Verordnungen und Verträge geht dabei am realen Problem vorbei: Dem Großteil der Migranten aus Nicaragua, die mit der Absicht nach Costa Rica kommen, dort der sozialen Not und der Perspektivlosigkeit in ihrer Heimat zu entgehen und sich und Angehörige versorgen zu können, ist mit einer temporären Arbeitserlaubnis, die ihre Rückkehr nach Nicaragua nach einem halben oder nach einem Jahr vorausieht, nicht geholfen. Hieraus erklärt sich ebenso die Rückkehr von nur ca. 3% derjenigen Nicaraguaner, die aufgrund des Abkommens von 1993 nach Costa Rica einreisten, wie auch die geringe Inanspruchnahme der *Tarjeta de Trabajo Estacional*. Fakt ist: Ein Großteil der illegalen Migranten findet in Costa Rica Arbeit. Ein illegaler Aufenthalt wird dem Antrag auf eine Arbeitserlaubnis also vorgezogen, da die Personen dadurch einer Registrierung entgehen und sich so ihre Chancen auf längere Verdienstmöglichkeiten in Costa Rica erhöhen.<sup>399</sup>

---

<sup>397</sup> Vgl.: Ebenda, Art. 6.

<sup>398</sup> Vgl.: Ministerio de Trabajo y Seguridad Social 1996.

<sup>399</sup> Vgl.: Alvarenga 2000, S. 35.

Sowohl Arbeitgeber als auch Migranten umgehen die Regelungen zur legalen Arbeitsmigration außerdem, weil sie mit einem Aufwand verbunden sind, der sich nicht an den realen Bedürfnissen der Arbeitgeber und den Möglichkeiten der Arbeitsmigranten orientiert. Laut Elizabeth Larson wurden bereits zwischen 1980 und 1990 dermaßen hohe bürokratische Hürden errichtet, dass viele Arbeitgeber Migranten lieber illegal beschäftigten, als zu lange auf die Genehmigung der Beschäftigung von Ausländern warten zu müssen.<sup>400</sup> Migranten gingen ihrerseits lieber gleich ein informelles Beschäftigungsverhältnis ein, weil sie nicht die nötigen Papiere für eine Arbeitserlaubnis besaßen oder ihnen der bürokratische Aufwand als zu hoch erschien.<sup>401</sup> Die Maßnahmen und Reglementierungen in den 1990er Jahren setzten diesem Trend nichts entgegen.

## 5.6 Die Amnestiepolitik

Am 9. Dezember 1998 wurde in *La Gaceta* das *Decreto 27457-G-RE* veröffentlicht, das Zentralamerikanern, die sich undokumentiert in Costa Rica aufhielten, die Möglichkeit bot, unabhängig von einer konkreten Beschäftigung, vom Grund und der bisherigen Dauer der Anwesenheit eine offizielle Aufenthaltsgenehmigung mit einjähriger Gültigkeit zu erhalten.<sup>402</sup> Die als Amnestie bezeichnete Ausnahmeregelung galt für Personen aus Belize, El Salvador, Guatemala, Honduras, Panama und Nicaragua, die vor dem 9. November 1998 undokumentiert nach Costa Rica eingereist waren.<sup>403</sup> Der Antragszeitraum sollte sechs Monate lang (zwischen dem 1. Februar 1999 und dem 31. Juli 1999) betragen.<sup>404</sup>

Damit reagierte die costaricanische Regierung auf die sozialen Auswirkungen des Hurrikans Mitch, der als eine der schwersten Naturkatastrophen in Zentralamerika vor allem Schäden in Nicaragua und Honduras

---

<sup>400</sup> Vgl.: Larson 1992, S. 338.

<sup>401</sup> Vgl.: Ebenda, S. 338 und S. 340. Vgl. auch: Alvarenga 2000, S. 34ff.

<sup>402</sup> Vgl.: Decreto 27457-G-RE.

<sup>403</sup> „Artículo 2º—Este régimen de excepción será aplicable a todo ciudadano centroamericano que actualmente resida en el país y que haya ingresado con anterioridad al día nueve de noviembre de 1998.“ (Ebenda)

<sup>404</sup> „Artículo 1º—Poner en vigencia por un lapso de seis meses un régimen de excepción destinado a facilitar la radicación de aquellos ciudadanos centroamericanos que actualmente residan en forma irregular en el país.“ (Ebenda)

angerichtet hatte,<sup>405</sup> und in deren Folge sich die Zahl der nikaraguanischen Migranten nach Costa Rica zeitweise verdoppelte.<sup>406</sup>

Die costaricanischen Behörden hofften, durch die Amnestie 300.000 undokumentierte Migranten, vor allem Nikaraguaner, zu erfassen. Dazu wurden neben der Hauptstadt 17 weitere Orte ausgesucht, in denen Büros zur Beantragung einer Aufenthaltsgenehmigung eingerichtet wurden.<sup>407</sup> Der Erhalt dieser Genehmigung war an eine Gebühr von 3.355 Colones gebunden.<sup>408</sup>

Für das Ende der Ausnahmeregelung kündigte die costaricanische Regierung an, vermehrt und gezielter Abschiebungen durchführen zu wollen.<sup>409</sup> Juan Rafael Lizano, Minister für innere Sicherheit, erklärte, Costa Rica habe für das Amnestieprogramm US\$ 2 Mio. ausgegeben und damit seine hohe Hilfsbereitschaft bewiesen.<sup>410</sup> Vor diesem Hintergrund, so Lizano, seien verstärkte Abschiebungen nach dem 31. Juli keinesfalls unmenschlich.<sup>411</sup> Offizielle Stellen in Nicaragua äußerten sich besorgt über diese Ankündigung.<sup>412</sup> Aus diesem Grund reiste am 8. Juli 1999 eine nikaraguanische Delegation nach Costa Rica, um eine Verlängerung der Amnestie zu erbiten.<sup>413</sup> Der Bitte wurde jedoch nicht stattgegeben. Bis zum Stichtag – dem 31. Juli 1999 – hatten 152.514 Personen von der Ausnahmeregelung

---

<sup>405</sup> „El Presidente de la República y el Ministro de Gobernación y Policía y de Seguridad Pública [...] considerando:

1º—Que vivimos uno de los dramas humanos, sociales, ambientales y económicos más profundos de la historia centroamericana, como resultado de los devastadores efectos causados por el huracán Mitch.

2º—Que atendiendo al Acuerdo de la Reunión de Presidentes, realizada en Comalapa, El Salvador, el 9 de noviembre de 1998, e inspirados en los principios de solidaridad humana, el Gobierno de Costa Rica estima oportuno conceder a los inmigrantes irregulares centroamericanos que residen actualmente en nuestro país, la oportunidad de normalizar su situación legal migratoria, con el fin de evitar su deportación y el consecuente agravamiento de la situación actual de la región.“ (Ebenda)

<sup>406</sup> Vgl.: Inforpress Centroamericana, 29.01.1999, S. 12.

<sup>407</sup> Vgl.: La República, 13.01.1999, S. 8A.

<sup>408</sup> Vgl.: La República, 17.04.1999, S. 4A.

<sup>409</sup> Vgl.: La Nación, 27.07.1999, S. 5A.

<sup>410</sup> Vgl.: La Nación, 18.07.1999, S. 16A.

<sup>411</sup> Vgl.: Ebenda.

<sup>412</sup> Vgl.: Ebenda.

<sup>413</sup> Vgl.: La República, 09.09.1999, S. 4A.

Gebrauch gemacht; 106.241 dieser Personen waren Nikaraguaner.<sup>414</sup> Costa Ricas Präsident Miguel Ángel Rodríguez erklärte die Amnestie zu einem großen Erfolg:

„Die Costaricaner müssen sich angesichts dessen, was wir getan haben stolz fühlen. Diese Regelung der Öffnung, die wir durchgeführt haben ist außerordentlich. Kein Land der Erde tut solche Dinge, nur ein so großzügiges, so solidarisches, so tolerantes, so einsichtiges und teilnahmsvolles wie Costa Rica.“<sup>415</sup>

Als Gründe für die relativ geringe Inanspruchnahme der Ausnahmeregelung durch Nikaraguaner (gemessen an dem oben erwähnten Vorhaben, 300.000 illegale Migranten legalisieren zu wollen) gibt Nelson Murillo neben den Kosten für die Antragsteller vor allem Angst und Unsicherheit an.<sup>416</sup> Viele Nikaraguaner nahmen die Ausnahmeregelung demnach nicht in Anspruch, weil sie über keinerlei Ausweise verfügten, die ihre persönlichen Angaben bestätigt hätten. Ihre rechtlose Situation und die häufig zum Beispiel durch Analphabetismus hinzukommende Unfähigkeit, bürokratische Dokumente zu verstehen und auszufüllen oder bürokratische Handlungen nachvollziehen zu können, hätten viele von ihnen abgeschreckt.<sup>417</sup>

Abelardo Morales sieht in der Ausnahmeregelung einen Erfolg. Zugleich spricht er den durch die Amnestie gewonnenen Kenntnissen über die Migranten eine hohe Relevanz für den Umgang mit und für die öffentliche Diskussion über Migration zu. Obwohl die Amnestieregelung selber eine staatliche Strategie zum Umgang mit irregulärer Migration war, können die Erkenntnisse seiner Ansicht nach als Grundlage für einen reflektierteren Umgang mit Migration dienen.

Die FLACSO und die OIM führten im Zeitraum der Ausnahmeregelung eine Umfrage unter illegalen Migranten durch. Das wichtigste Motiv für die Legalisierung im Zuge des *Decreto 27457-G-RE* war demnach die Angst vor Abschiebungen. Der zweitwichtigste Grund war die Möglichkeit, mit Do-

---

<sup>414</sup> Vgl.: Morales 1999, S. 17.

<sup>415</sup> „Los ticos tienen que sentirse orgullosos de lo que hemos hecho. Este régimen de apertura que hemos tenido es extraordinario, ningún país de la Tierra hace estas cosas, solo un país tan generoso, tan solidario, tan tolerante, tan comprensivo y compasivo como Costa Rica.“ (Miguel Ángel Rodríguez zitiert in: *La Nación*, 18.07.1999, S. 16A).

<sup>416</sup> Vgl.: *La República*, 17.04.1999, S. 4A.

<sup>417</sup> Vgl.: Ebenda.

kumenten eine feste Arbeit annehmen zu können. Der Zugang zu sozialen und medizinischen Sicherungssystemen spielte dagegen eine sehr untergeordnete Rolle.<sup>418</sup> Der Großteil der Befragten zeigte sich dankbar für die Möglichkeit, ihre Situation legalisieren zu können.<sup>419</sup> Gleichzeitig fürchteten sie aber auch, dass ihnen eine Aufenthaltsgenehmigung verweigert würde und sie von den staatlichen Funktionären schlecht behandelt werden könnten.<sup>420</sup>

Als weiteres Problem für den Erhalt einer Aufenthaltsgenehmigung im Rahmen der Ausnahmeregelung benennt Morales den zeitlichen Aufwand. Einige Arbeitsmigranten konnten die Möglichkeit ihrer Legalisierung nicht wahrnehmen, weil sie wegen langer Anreisewege ca. drei Tage von der Arbeit hätten befreit werden müssen. In diesem Zusammenhang bemängelten Nichtregierungsorganisationen, dass die Vorteile der Amnestie weder bei Migranten noch bei deren Arbeitgebern ausreichend angepriesen worden seien.<sup>421</sup>

Morales fasst zusammen, dass die Amnestie als konstruktive Bemühung zur Eingliederung der undokumentierten Migranten in die costaricanische Gesellschaft gesehen werden kann.<sup>422</sup> Sie half, das Problem der massenhaften Illegalität in Costa Rica in Teilen zu lösen und ermöglichte somit vielen Menschen die Integration in den rechtlich abgesicherten Arbeitsmarkt und die Teilhabe an sozialen Sicherungssystemen. Vor allem aber wurden diese Menschen entkriminalisiert und rechtlich integriert.<sup>423</sup> Auf der anderen Seite ist auch Julie Watts rechtzugeben, die zwar nicht im Bezug auf Costa Rica aber dennoch auch hier treffend schreibt: "(...) legalization represents at least a temporary correction for policies that forced immigrants into illegal status."<sup>424</sup>

Dem costaricanischen Staat helfen die Ergebnisse und Erkenntnisse der Ausnahmeregelung ihrerseits dabei, bezüglich Bildung, Arbeit, Gesundheitswesen und Wohnraumplanung die Migranten in ihre Sozialmaßnahmen einbeziehen zu können. Der Staat gewann auf der anderen Seite jedoch vor allem auch Erkenntnisse, die in Zukunft bei einer verstärkten

---

<sup>418</sup> Vgl.: Morales 1999, S. 29.

<sup>419</sup> Vgl.: Ebenda.

<sup>420</sup> Vgl.: Ebenda, S. 29f.

<sup>421</sup> Vgl.: Ebenda, S. 32.

<sup>422</sup> Vgl.: Ebenda, S. 41.

<sup>423</sup> Vgl.: Ebenda.

<sup>424</sup> Watts 2002, S. 24.

Kontrolle der „Migrationsströme“ als solcher und vor allem der illegalen Migration von Nutzen sein können.<sup>425</sup> Dennoch gibt Morales zu bedenken, dass die Ausnahmeregelung das Problem der illegalen Migration und des Aufenthaltes undokumentierter Migranten in Costa Rica nicht lösen konnte. Zum einen haben nicht alle undokumentierten Migranten von der Amnestie Gebrauch gemacht, zum anderen sind auch nach dem 9. November 1998, dem Stichtag für die mögliche Teilnahme an der Amnestie, Menschen undokumentiert nach Costa Rica eingereist.

Die Amnestie von 1999 war nicht der erste Versuch Costa Ricas, das Problem massenhafter irregulärer Migration durch Legalisierung zu mildern. In kleinerem Rahmen fand die erste Legalisierungskampagne bereits 1977 statt. Damals ging es vor allem um nikaraguanische Flüchtlinge, die sich nicht bei den costaricanischen Behörden gemeldet hatten.<sup>426</sup> 1985 wurde wieder über eine Legalisierung nachgedacht. Zu diesem Zeitpunkt wurde die Zahl der undokumentiert in Costa Rica lebenden Ausländer auf 150.000 Personen geschätzt. Dabei spielten sicherheitspolitische Erwägungen die ausschlaggebende Rolle. Es wurde befürchtet, dass sich viele kriminelle Ausländer in Costa Rica befänden, die mittels einer Legalisierungskampagne herausgefiltert werden sollten.<sup>427</sup>

Die Wahlen in Nicaragua im Jahr 1990 weckten in Costa Rica die Befürchtung, dass zu viele Nicaraguaner das Land verlassen könnten, da sich die politische und soziale Situation in Nicaragua zu stabilisieren schien. Es wurde erwartet, dass in den Arbeitsbereichen, in denen überdurchschnittlich viele Nicaraguaner beschäftigt waren, ein massiver Mangel an Arbeitskräften entstehen werde. Aus diesem Grund wurde im selben Jahr eine Legalisierungskampagne in der Hoffnung gestartet, nikaraguanische Arbeitskräfte in gewissem Maß im Land halten zu können.<sup>428</sup> Als Anreiz wurden den Migranten soziale Sicherheiten geboten, die ihnen zuvor ver-

---

<sup>425</sup> Vgl.: Morales 1999, S. 41. Im Zusammenhang mit Amnestieprogrammen in den USA betont Victor Palmieri berechtigterweise, dass die Legalisierung von Arbeitsmigranten nicht ausschließlich bedeutet, dass sie damit ein Recht auf die Teilhabe an den sozialen Sicherungssystemen eines Landes bekommen, sondern dass sie auf der anderen Seite auch als Steuerzahler in die Finanzierung dieser staatlichen Sozialprogramme eingebunden werden (vgl.: Palmieri 1983, S. XV).

<sup>426</sup> Vgl.: La Nación, 28.03.1977, o.S.

<sup>427</sup> Vgl.: La Nación, 12.04.1985, o.S.

<sup>428</sup> Vgl.: Wiley 1995, S. 433.

wehrt werden konnten, ohne dass sie daraufhin Costa Rica verließen. Binnen zwölf Monaten nahmen 30.000 Nikaraguaner dieses Angebot an.<sup>429</sup>

---

<sup>429</sup> Vgl.: Ebenda, S. 435.



## 6. Die Grenze: der Bedeutungswandel und seine Funktion

Internationale Migration ist per Definition stark an einen Diskurs über staatliche Grenzen gebunden. Bezeichnet eine Grenze zunächst lediglich ein abstraktes geographisches Gebilde, so ist sie in modernen Nationalstaaten zugleich Symbol der Distinktion, also ein Signifikant für Staatlichkeit.<sup>430</sup>

Die Existenz dieser Abgrenzung zum „Anderen“ schreibt aber noch keine bestimmte alltägliche politische Praxis vor. Grenzen können in ihrer Bedeutung variieren, indem sie mehr oder weniger sichtbar oder mehr oder weniger durchlässig sind.<sup>431</sup> Die Bedeutung einer Grenze hängt für Migranten davon ab, inwieweit es ein Staat für nötig erachtet, die Distinktion auf kultureller, moralischer, politischer und materieller Ebene gegen einen Nachbarn durchzusetzen. Eine Grenze kann entweder als eine klar definierte Ab- und Begrenzung des „Anderen“ oder als mehr oder minder durchlässige Linie verstanden werden.<sup>432</sup> Migration über eine Staatsgrenze hinweg kann folglich je nach Bedeutung der Grenze unterschiedlich wahrgenommen werden und unterschiedliche Reaktionen hervorrufen.

Eine Untersuchung über die Auseinandersetzung mit nikaraguanischer Migration nach Costa Rica muss also die Bedeutung der Grenze zwischen beiden Staaten und einen Wandel ihrer Funktion reflektieren:

„Die Stabilität der Grenzen ist also selbstverständliche Voraussetzung des sozialwissenschaftlichen Migrationsbegriffs. Gleichwohl sind die Grenzen der bei weitem meisten aller souveränen Staaten der Welt keineswegs selbstverständlich, sondern sich ständig wandelnde Ergebnisse von Demarkierungsprozessen, die mehr oder weniger weit in die Vergangenheit zurückreichen und politisch von den betroffenen Bevölkerungsgruppen in der Regel nicht durchweg anerkannt werden.“<sup>433</sup>

Nach der Unabhängigkeit der zentralamerikanischen Region von Spanien im Jahr 1821 spielten nationale Grenzen keine große Rolle. Mit dem Zerfall der zentralamerikanischen Föderation bildeten sich zwar souveräne Staa-

---

<sup>430</sup> Vgl. z.B.: Hobsbawm 1998, S. 30.

<sup>431</sup> Vgl.: Fourcher 1997, S. 20.

<sup>432</sup> Vgl. z.B.: Morales 1997c, S. 267-275.

<sup>433</sup> Kleinschmidt 2002, S. 15.

ten mit formellen Staatsgrenzen.<sup>434</sup> Im Alltag spielten diese bürokratischen Barrieren innerhalb der Grenzgebiete jedoch solange keine Rolle, wie keine direkten Pläne für ihre ökonomische Nutzung bestanden. Land wurde nur dort in starre Grenzen gefasst, wo es landwirtschaftlich genutzt wurde<sup>435</sup> oder Standort einer wichtigen Infrastruktur wie zum Beispiel von Straßen oder Häfen war.<sup>436</sup> An der Karibikküste drangen seit Beginn des 20. Jahrhunderts zum Beispiel ausländische Bananenkonzerne auf die Definition von Staatsgrenzen. Sie schlossen Pachtverträge mit den jeweiligen Regierungen über große Landflächen in den Grenzregionen ab und mussten daher sichergestellt wissen, dass ihre Vertragspartner tatsächlich über das Land verfügen und ihren Anspruch darauf durchsetzen konnten.<sup>437</sup> Eine strikte Grenzziehung zwischen Nicaragua und Costa Rica wurde ab 1849 auch von den USA provoziert, als diese einen Kanal durch Nicaragua bauen wollten.<sup>438</sup>

Bis auf solche Ausnahmen existierte zwischen Nicaragua und Costa Rica aber real eher ein Grenzraum als eine Grenzlinie. Pascal Girot spricht von einem semiautonomen transnationalen Raum innerhalb dessen es ein Handelsnetz gab, das die nationale Grenze zwischen beiden Ländern faktisch ignorierte.<sup>439</sup> Im Zuge verstärkter landwirtschaftlicher Kolonisierung ab Mitte des 20. Jahrhunderts siedelten sich zum Beispiel auch Landwirte nicaraguanischer Nationalität auf costaricanischem Staatsgebiet an.<sup>440</sup> In den landwirtschaftlichen Betrieben auf der costaricanischen Seite fanden

---

<sup>434</sup> Vgl.: Pinto Soria 1993, S. 119-132.

<sup>435</sup> Pascal Girot beschreibt die Maßnahmen der costaricanischen Regierung zur landwirtschaftlichen Kolonisierung des Nordens des Landes im 19. Jahrhundert. So wurde zum Beispiel 1862 ein Gesetz erlassen, welches vorsah, Siedlern Land im Norden für zehn Jahre kostenlos zur Verfügung zu stellen (vgl.: Girot 1989, S. 20.). Der costaricanische Staat an sich war in dieser Region jedoch erst seit den 1960er Jahren durch öffentliche Einrichtungen und Verwaltungsinstitutionen präsent (vgl.: Ebenda, S. 26).

<sup>436</sup> Mit der Ausweitung des internationalen Kaffeeexports ab Mitte des 19. Jahrhunderts wurde außerhalb des Valle Central zum Beispiel die nördliche Atlantikregion mit der Hafenstadt Puntarenas wichtig. Wege aus den Anbaugebieten nach Puntarenas mussten auf nationalem Territorium liegen, um einen problemlosen Transport zu garantieren und über Infrastruktur in Form von Straßen und Eisenbahnlinien verfügen zu können (vgl.: Ebenda, S. 18).

<sup>437</sup> Vgl. z.B.: Posas 1993, S. 119.

<sup>438</sup> Vgl.: Sandner 1990, S. 255.

<sup>439</sup> Vgl.: Girot 1989, S. 22.

<sup>440</sup> Vgl.: Ebenda, S. 29.

zudem viele Nikaraguaner Beschäftigung, die je nach Entfernung zwischen Wohn- und Arbeitsort häufiger oder weniger häufig die Grenze überschritten.<sup>441</sup> Gerhard Sandner spricht in diesem Zusammenhang von einer

„undefinierten Übergangszone und einer staatlich von oben verwalteten Grenzlinienfixierung, die praktisch, d.h. für die Bevölkerung vor Ort, wenig relevant war.“<sup>442</sup>

Neben einer Raumerschließung wegen des Bevölkerungswachstums und landwirtschaftlicher Kolonisierung trugen Ende der 1970er Jahren vor allem ideologische Gründe zur Schaffung einer Grenze als Demarkationslinie bei.<sup>443</sup> Während der Herrschaft Somozas in Nicaragua gab es weder auf nikaraguanischer noch auf costaricanischer Seite ein übermäßig großes politisches Interesse an den Grenzräumen. Das entscheidende Datum für die Umwertung der costaricanischen Nordgrenze war der Sieg der Revolution in Nicaragua im Jahr 1979.

Nach dem Sieg der Sandinisten wurde Costa Rica, nicht zuletzt aufgrund der Forderung der USA, zu einem Frontstaat im Kalten Krieg<sup>444</sup> und Nikaraguaner damit zu potentiellen Staatsfeinden. Die scheinbare Gefahr durch eine wenig beachtete bzw. bewachte Grenze wird zum Beispiel in einem Bericht des *Ministerio de Seguridad Pública* aus dem Jahr 1983 deutlich:

„Bei der Einreise dieser Migranten ohne das Mitführen jeglicher Unterlagen hat man keine Garantie für ihr Betragen oder ihre Identität, weshalb man nicht bestimmen kann, wer diese Personen sind, ob sie tatsächlich verschüchterte Bauern sind, Contra-Revolutionäre oder – warum nicht – infiltrierende Sandinisten.“<sup>445</sup>

---

<sup>441</sup> Vgl.: Morales 1997a, S. 22.

<sup>442</sup> Sandner 1990, S. 257.

<sup>443</sup> Vgl.: Ebenda.

<sup>444</sup> Vgl.: Ebenda, S. 263.

<sup>445</sup> „Al ingresar estos migrantes [aus Nicaragua], y no portar documentación de ninguna índole no se tiene garantía de su conducta ni de su identificación, por lo que no se puede determinar quienes son estas personas, si son realmente campesinos asustados, contrarrevolucionarios y por que no, sandinistas infiltrados.“ (Análisis de Seguridad [Periodo Marzo-Mayo de 1983], Archivo Nacional de Costa Rica, Fondo: Ministerio de Seguridad Pública, Serie: Despacho del Viceministro, Signatura: 000083, Fecha: 1983, S. 4).

Auch in einem Bericht des Sicherheitsministeriums an den Präsidenten aus dem Jahr 1983 spielen die Grenze zu Nicaragua und die Grenzregion plötzlich eine bedeutende Rolle. Der Bericht thematisiert die Verletzung der Staatsgrenze durch revolutionäre und contrarevolutionäre nikaraguanische Truppen, die Verletzung des Luftraums durch nikaraguanische Militärflugzeuge und Hubschrauber und sogar Entführungen von Zivilisten.<sup>446</sup> Angesichts der Unruhe und Angst unter der Bevölkerung der Grenzregion sei die Bereitstellung größerer finanzieller und materieller Mittel zur Sicherung der Grenze notwendig.<sup>447</sup> Zu Beginn der 1980er Jahre waren die nördlichen Grenzorte mit wenig Personal und mangelhafter technischer Ausstattung ausgerüstet. Der costaricanische Sicherheitsrat und das Justizministerium erstellten nun jedoch Pläne zur effektiveren Grenzkontrolle.<sup>448</sup>

Als Konfliktfelder im Grenzdiskurs der 1970er und 1980er Jahre benennt Sandner auch die Tatsache, dass zahlreiche Nicaraguaner im Grenzgebiet die soziale Infrastruktur Costa Ricas nutzten, also zum Beispiel dortige Schulen besuchten oder von der costaricanischen Gesundheitsversorgung profitierten.<sup>449</sup> Auf politischer Ebene spielten ab 1977 Stützpunkte der rivalisierenden nikaraguanischen Parteien in den Grenzorten auf costaricanischer Seite eine Rolle.<sup>450</sup> Ab 1979 agierten zahlreiche Anhänger Somozas vom Norden Costa Ricas aus; es gab sogar ein Erholungszentrum für *Contras* auf costaricanischem Staatsgebiet.<sup>451</sup>

Die Ausdehnung des innernikaraguanischen Konfliktes auf costaricanisches Staatsgebiet wurden spätestens zum Problem, als Costa Rica die nördliche Grenzregion für den Tourismus erschloss und im Zuge dessen die *Zona Norte* durch Straßen, eine Pipeline und eine Fernbahn besser an das Valle Central anband.<sup>452</sup> Damit wurde die Grenzregion zu einem Gebiet, das für den Staat von größerem Interesse war als zuvor. Im Bezug auf Tourismus musste die costaricanische Regierung die Sicherheit der Reisenden garantieren können, und auch die Grenzregion musste dem Bild Costa Ricas als „Schweiz Zentralamerikas“ entsprechen, das den Reisenden ver-

---

<sup>446</sup> Vgl.: Ebenda.

<sup>447</sup> Vgl.: Ebenda.

<sup>448</sup> Vgl.: La Nación, 18.03.1983, S. 4A und La Prensa Libre, 18.03.1983, S. 4.

<sup>449</sup> Vgl.: Sandner 1990, S. 262.

<sup>450</sup> Vgl.: Giroto 1989, S. 38.

<sup>451</sup> Vgl.: Sandner 1990, S. 262.

<sup>452</sup> Vgl.: Ebenda, S. 263.

mittelt werden sollte.<sup>453</sup> Bei der ökonomischen, infrastrukturellen und touristischen Anbindung an das Valle Central wurden klare ökonomische Ansprüche an das Grenzgebiet gestellt.

Sandner fasst zusammen, dass

„(...) das verstärkte Agieren des Staates als Unternehmer, Lenker und Gestalter vermittelt einer Vielzahl miteinander verschränkter Institutionen und die geopolitisch-strategischen Interessen der Hegemonialmacht USA (...)“<sup>454</sup>

in den 1980er Jahren zu einer Neubewertung des Grenzgebietes geführt haben.

Unabhängig vom Konflikt zwischen Nicaragua und den USA, in dem Costa Rica keine neutrale Position einnehmen konnte, spielte der costaricanische Staat aber auch eine eigene, aktive Rolle in der Distinktion zu Nicaragua. Die nikaraguanische Staatsform in den 1980er Jahren stand der costaricanischen Eigenwahrnehmung entgegen. Der damalige Präsident Costa Ricas, Oscar Arias, sprach die Frontstaatsituation Costa Ricas zum Beispiel in der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 24. September 1984 in New York an:

„Wir haben Abertausende von Flüchtlingen aus Nicaragua aufgenommen. Wir Bürger von Costa Rica sind besorgt, weil sich an unserer Grenze ein Regime mit einer totalitären marxistischen Ideologie konsolidiert. Unser Volk weiß, daß in Europa und in anderen Teilen der Welt die Grenzen zwischen Ost und West Abermillionen von Dollars kostet, die für Rüstung, Verteidigungssysteme und Militärbündnisse ausgegeben werden. (...) Kann die Welt verstehen, daß wir in Costa Rica nicht einmal an die Möglichkeit denken wollen, die Streitkräfte wieder einzuführen? Kann die Welt verstehen, daß es uns nicht möglich ist, immer weitere Flüchtlingsströme aufzunehmen?“<sup>455</sup>

---

<sup>453</sup> Sandoval weist nach, dass dieses Bild, welches im 19. Jahrhundert entstand, bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts vom costaricanischen Amt für Tourismus dankbar aufgenommen wurde, um Costa Rica als attraktives Reiseziel zu vermarkten (vgl.: Sandoval 2002, S. 118).

<sup>454</sup> Ebenda.

<sup>455</sup> Arias 1987b, S. 42.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass sich die costaricanische Nordgrenze vor allem seit 1979 in ihrer Bedeutung stark gewandelt hat. In dem Zitat von Arias wird deutlich, dass dieser Wandel Auswirkungen auf die politische und gesellschaftliche Bewertung der Migration aus Nicaragua hat. Obwohl sich die politischen Verhältnisse in Nicaragua spätestens seit 1990 wieder veränderten und mit dem politischen Selbstverständnis Costa Ricas wieder eher vereinbar waren, blieb die distinktive Funktion der Grenze bestehen. Zum einen war mit der Befestigung der Grenzlinie ein Prozess in Gang gesetzt worden, der sich politisch und geistig schwer rückgängig machen ließ, zum anderen wurde in der Zwischenzeit die Migration von Nicaraguanern nach Costa Rica bereits als Bedrohung angesehen gegen die es sich abzugrenzen galt.<sup>456</sup> Die gleichbleibend hohe Bedeutung der Nordgrenze Costa Ricas als befestigte Abgrenzung vom Nachbarstaat trotz der Abschwächung des ideologischen Konfliktes wird zum Beispiel im Bau einer 900 Meter langen Mauer deutlich, die die costaricanische Regierung im Juni 2001 trotz starker internationaler Einwände zur Befestigung eines Grenzpostens an der Nordgrenze bauen ließ, um effektiver gegen illegale Einwanderer vorgehen zu können.<sup>457</sup>

---

<sup>456</sup> Vgl.: Ebenda.

<sup>457</sup> Vgl.: La República, 27.06.2001, S. 6A und La Nación, 30.06.2001, S. 4A.

## 7. Die produktive Funktion der Migrationsdiskurse – eine Skizze

Wie deutlich wurde, ziehen weite Teile der costaricanischen Gesellschaft einen Nutzen aus der Migrationspolitik und der aus ihr resultierenden Illegalität der Arbeitsmigranten. Einerseits schaffen die integrativen Elemente der Migrationspolitik, wie die Bewilligung von Arbeitserlaubnissen oder die Amnestiepolitik, Voraussetzungen für eine adäquate Versorgung des costaricanischen Arbeitsmarktes mit Nikaraguanern. Andererseits begünstigen die restriktiven Elemente, immer vorausgesetzt, dass sie die Migration nicht aufhalten können, Möglichkeiten zur illegalen und damit kostengünstigen Beschäftigung von Nikaraguanern, die weder Ansprüche stellen können, noch sozial abgesichert werden müssen. Denn aufgrund des ökonomischen Gefälles zwischen Nicaragua und Costa Rica kann davon ausgegangen werden, dass die Arbeitsmigranten trotz der mit den Repressionen verbundenen höheren Migrationskosten und -risiken weiter nach Costa Rica einwandern. Dies ist ein Effekt der Migrationsnetzwerke, in denen sich die Arbeitsmigration selbst reproduziert. Obwohl diesen Strukturen in der Migrationspolitik nicht Rechnung getragen wird, ist ihre Existenz ausschlaggebend für den ökonomischen Nutzen, den die costaricanische Gesellschaft aus der Migration zieht.

Daneben zieht die costaricanische Gesellschaft aber auch einen nicht zu unterschätzenden sozialen und kulturellen Distinktionsgewinn aus der existierenden ökonomischen Ungleichheit. Christof Parnreiter stellt für den Effekt illegaler Migration in Einwanderungsländern fest:

„Staatsgrenzen setzen sich im Einwanderungsland als ethnische Segmentierung des Arbeitsmarktes fort und wirken folglich weniger als Mobilitätsbarrieren denn als Mechanismen, soziale, wirtschaftliche und politische Unterschiede durchzusetzen. Anders ausgedrückt: Die Mauer und das Loch in ihr sind kein Gegensatz, sondern komplementäre Spielarten zur Reproduktion der Ungleichheiten der internationalen Arbeitsteilung.“<sup>458</sup>

Parnreiter verweist hier neben der ökonomischen auch auf die soziale Dimension der Migration.

---

<sup>458</sup> Parnreiter 1999, S. 145.

Analytisch fassbar wird der soziale Distinktionsgewinn, den eine Gesellschaft durch die Abgrenzung zum „Anderen“, in diesem Fall dem illegalen Migranten, hat, durch die Theorie des sozialen Raums Pierre Bourdieus. Fußend auf Marx' Analyse der ökonomischen Ungleichheit benennt Bourdieu die zusätzlichen Kategorien soziales und kulturelles Kapital, die von Akteuren im unterschiedlichen Maß im sozialen Raum akkumuliert werden und deren Stellung zueinander definieren.<sup>459</sup> Der rein wirtschaftswissenschaftliche Ansatz zur Erklärung sozialer Ungleichheit geht ihm nicht weit genug. Bourdieu stellt fest:

„Dieser wirtschaftswissenschaftliche Kapitalbegriff reduziert die Gesamtheit der gesellschaftlichen Austauschverhältnisse [in diesem Fall also der Arbeitsmigration] auf den bloßen Warenaustausch, der objektiv und subjektiv auf Profitmaximierung ausgerichtet und vom (ökonomischen) Eigennutz geleitet ist. Damit erklärt die Wirtschaftstheorie implizit alle anderen Formen sozialen Austausches zu nicht-ökonomischen, uneigennütigen Beziehungen.“<sup>460</sup>

Die Stellung eines Individuums im sozialen Raum wird nicht nur durch ökonomisches Kapital, sondern auch durch andere Kapitalformen konstituiert. Ökonomisches Kapital meint in diesem Sinne die Verfügbarkeit über materielles Eigentum. Kulturelles Kapital bezeichnet die inkorporierte Form materiellen Eigentums<sup>461</sup> und ist im weitesten Sinn als Bildungskapital zu verstehen.<sup>462</sup> Das soziale Kapital bezeichnet wie bereits gesagt die Einbindung des Individuums in ein Beziehungsnetzwerk als Ressource, auf die es zurückgreifen kann.<sup>463</sup> Anhand des Zugangs zu und den Möglichkeiten zur Nutzbarmachung dieser Kapitalformen lässt sich der jeweilige Status eines Akteurs im sozialen Raum ablesen. Dabei existiert aufgrund ähnlicher Akkumulationsbedingungen eine Nähe zwischen Akteuren mit

---

<sup>459</sup> Vgl.: Bourdieu 1995, S. 9f.

<sup>460</sup> Bourdieu 1992, S. 50f.

<sup>461</sup> Vgl.: Bourdieu 1995, S. 10 und Bourdieu 1992, S. 55f.

<sup>462</sup> Bourdieu unterscheidet dabei drei Zustände kulturellen Kapitals: den objektivierten Zustand (zum Beispiel in Form von Büchern, Kunstwerken oder Maschinen), den internalisierten Zustand (zum Beispiel in Form von erworbenem Wissen und erworbenen Fähigkeiten) und schließlich seine Institutionalisierung (zum Beispiel in Form von Schul- oder Universitätsabschlüssen bzw. Titeln) (vgl.: Bourdieu 1992, S. 55f.).

<sup>463</sup> Vgl.: Ebenda, S. 63 und Bourdieu 1983, S. 190f.



ähnlichem Kapitalzugang. Diese Nähe erzeugt ein relativ höheres Beziehungsverhältnis zwischen ihnen in Bezug zu anderen Gruppenkonstellationen. Wird dieses Beziehungsverhältnis schließlich allgemein wahrgenommen und als legitim anerkannt, transformiert es sich in symbolisches Kapital, welches in realen Strukturen Bedeutung hat. Symbolisches Kapital meint folglich die erfolgreiche Verwendung der drei beschriebenen Kapitalarten im Ringen um soziale Anerkennung.<sup>464</sup> Erst diese Übersetzung ökonomischen, sozialen und kulturellen Kapitals in symbolisches Kapital lässt nach Bourdieu aus sich im sozialen Raum nahestehenden Akteuren „Klassen“ entstehen. Die damit einhergehende Durchsetzung der symbolischen Macht konstituiert normative Sinn- und Bedeutungsverhältnisse, die die Ungleichheit im Zugang zu Kapital reproduzieren und reflektieren. Diese – im Bezug zu einer anderen Gruppe – distinktiven Sinn- und Bedeutungsverhältnisse werden von den Akteuren als natürlich angesehen. Vermittelndes Element zwischen Struktur (dem sozialen Raum) und Praxis (Wahrnehmung und Handeln) ist nach Bourdieu der Habitus. Bei ihm handelt es sich um ein Stück „verinnerlichter Gesellschaft“, deren Strukturen durch die Sozialisation einverleibt werden und die die Akteure zu Praxisstrategien anleitet.<sup>465</sup> Die daraus resultierende Abgrenzung einer dominanten „Klasse“ zu einer anderen verwandelt Kapitalakkumulation in Status, „aus Verteilungsungleichheit wird Beziehungsungleichheit.“<sup>466</sup> Das heißt: Die unterschiedliche Verteilung von Kapital zwischen verschiedenen Gruppen, nimmt qua ihrer Übersetzung in die symbolische Ordnung Einfluss auf die sozialen Beziehungsverhältnisse in der Praxis. Da diese Struktur jedoch nicht statisch ist, kann die Akkumulation von Kapital und damit die Stellung der Gruppe im sozialen Raum einem Wandel unterworfen sein. Bourdieu betont diesen relationalen Charakter, indem er feststellt:

„Die sozialen Felder bilden Kraftfelder, aber auch Kampffelder, auf denen um Wahrung oder Veränderung der Kräfteverhältnisse gekämpft wird.“<sup>467</sup>

Dieses Modell scheint geeignet, neben einer offensichtlichen ökonomischen Dimension die Analyse der Auseinandersetzung mit nikaraguanischer

---

<sup>464</sup> Vgl.: Bourdieu 1995, S. 11ff.

<sup>465</sup> Vgl.: Bourdieu 1997, S. 101f.

<sup>466</sup> Reichardt 1997, S. 78.

<sup>467</sup> Bourdieu 1995, S. 74.

Migration in Costa Rica um eine soziale Dimension zu erweitern. Aus dem ungleichen Zugang zu ökonomischem Kapital von Nicaraguanern und Costaricanern folgt nach Bourdieu eine ebenfalls ungleiche Akkumulation von kulturellem Kapital.<sup>468</sup> In diesem Sinn kann nikaraguanische Migration als Versuch verstanden werden, den Zugang zu ökonomischem und kulturellem Kapital zu verbessern. Auch wenn die Verfügbarkeit über soziales Kapital bei Nicaraguanern ähnlich hoch wie bei Costaricanern sein mag, sich also Nicaraguaner und Costaricaner in Beziehungsnetzwerken bewegen, bedeutet dies aber nicht, dass sich Nicaraguaner dieses Kapital im sozialen Raum Costa Rica gleichermaßen zunutze machen können. Zwar können die Nicaraguaner in Costa Rica auf die *comunidad nicaragüense* als sozialem Netzwerk zurückgreifen und verfügen damit über soziales Kapital. Dieses ermöglicht ihnen aber nicht den Zugriff auf die institutionalisierten und damit dominanten Netzwerke. Dies zeigt sich zum Beispiel darin, dass Nicaraguanern ihr soziales Kapital zwar eine vertikale Mobilität auf dem Arbeitsmarkt ermöglicht, sie aber zu den Netzwerken, die eine horizontale Mobilität ermöglichen, keinen Zugang haben.

Die unterschiedliche Verfügbarkeit der Kapitalformen wird in Costa Rica offensichtlich im bourdieuschen Sinne in symbolisches Kapital transformiert. Aus der relativen Nähe zwischen Nicaraguanern einerseits und Costaricanern andererseits im sozialen Raum entstehen im Zuge der Übersetzung der Kapitalakkumulation in die symbolische Ordnung *Gruppen*. Wie in den vorangegangenen Kapiteln nachgewiesen, existiert in Costa Rica die Gruppe der Nicaraguaner, die sich durch eine Vielzahl von Fremd- und Eigenzuschreibungen konstituiert. Abgetrennt davon existiert die dominante Gruppe der Costaricaner, für die ebenfalls Fremd- und Eigenzuschreibungen bestimmend sind.<sup>469</sup> Da es sich bei den Costaricanern um die dominante Gruppe handelt, sind deren Sinn- und Bedeutungsverhältnisse als symbolisches Kapital hegemonial. Wenn also die Migration der Nicaraguaner von der Gruppe der Costaricaner als Angriff einer rivalisierenden *Gruppe* auf das eigene Kapital und damit als Bedrohung für die

---

<sup>468</sup> Deutlich wird dies zum Beispiel in der Diskrepanz zwischen den Alphabetisierungsraten in Costa Rica und Nicaragua (vgl.: Kapitel 2.3).

<sup>469</sup> Diese Typisierung von nur zwei Gruppen ist im Zusammenhang der Fragestellung dieser Arbeit sinnvoll. Sie schließt die Existenz anderer Gruppen natürlich nicht aus. Der relationale Charakter des bourdieuschen Modells ermöglicht eine weitere Segmentierung dieser Gruppen, dennoch erscheint die Trennung zwischen den Nicaraguanern und den Costaricanern hier als fundamental.

eigene, als natürlich angesehene Hegemonie verstanden wird, lässt sich die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Migration in Costa Rica als Instrument im Kampf um die Wahrung der Kräfteverhältnisse deuten. In diesem Sinne lassen sich die Zuschreibungen an Nikaraguaner, wie zum Beispiel durch die bereits in der Einleitung benannten Stereotypen, verstehen. Die Unterstellung, *die* Nikaraguaner steigerten die Armut in Costa Rica, belasteten die Sozialsysteme über Gebühr und seien Verursacher der steigenden Kriminalität sind ebenso als Einsatz im ungleichen Spiel der Kräfte zu verstehen wie die Zuschreibung an Nikaraguaner als „unzivilisiertem“ Gegenpol zum „zivilisierten“ Costaricaner.

Die Xenophobie in Costa Rica fungiert also offensichtlich als Mittel zur Verteidigung der eigenen Sinn- und Bedeutungsverhältnisse. Rassistische Zuschreibungen schneiden die Nikaraguaner ganz real vom Kapital im bourdieuschen Sinn ab. Der Migrationsdiskurs ist hier also auch Instrument im Diskurs um Dominanz *und* somit wichtiges Moment zur Herausbildung einer eigenen Gruppenidentität. Erst in dem ungleichen Kräfte-messen zwischen Nikaraguanern und Costaricanern entsteht die dominante Gruppe der Costaricaner. Die soziale Dimension der Auseinandersetzung über Migration bildet mit ihren Elementen wie Xenophobie, sozialer Marginalisierung und Stereotypisierung also den negativen Bezugsrahmen für die eigene, positive Gruppenidentität.

Diese gemeinsame Identität ist ihrerseits konstitutiv für die Vorstellung der Gruppe der Costaricaner, eine Nation zu bilden.<sup>470</sup> Es stehen sich hier also nicht nur zwei „Klassen“ im bourdieuschen Sinne gegenüber, vielmehr wird dies auf die Ebene *nationaler* Identität übertragen. Betrachtet man Staatlichkeit unter diesem Gesichtspunkt als institutionalisierte Form der Nation, lässt sich die These aufstellen, dass der Migrationsdiskurs eine Funktion für den Bestand der Staatlichkeit in Costa Rica erfüllt. Wie in Kapitel 5 und Kapitel 6 aufgezeigt, kulminiert der gesellschaftliche Machtkampf in Costa Rica in staatlichem Handeln. Dies wird zum Beispiel in der *Ley General de Migración y Extranjería* deutlich, die die Migration von Nikaraguanern als „illegal“ kriminalisiert. Die oben beschriebenen gesellschaftlichen Distinktions- und Bewertungsmechanismen werden damit juristisch legitimiert und bilden die Voraussetzung zur Rechtfertigung von Repression. Ausgrenzung und Ausweisung werden somit zu *richtigen* und *angemessenen* Mitteln gegenüber illegalen Migranten, und die Legalisierung, also

---

<sup>470</sup> Vgl.: Anderson 1996, S. 15f.

Entkriminalisierung, erscheint als Großzügigkeit und Uneigennützigkeit. Damit korrespondierte die Konstruktion einer Passivität Costa Ricas, die vergessen lässt, dass Costa Rica aktiv an der Initiierung der Einwanderung beteiligt war.<sup>471</sup> Die beschriebenen Prozesse, von staatlichem Handeln und gesellschaftlichem Krisenempfinden folgten einander dabei nicht kausal, sondern entstanden gegebenenfalls zeitgleich und verstärkten oder bedingten sich gegenseitig.

---

<sup>471</sup> Die Passivität der Einwanderungsländer gegenüber dem Prozess der Migration wird laut Joppke als Paradigma aufrechterhalten, weil durch diese Vorstellung repressive Rhetorik und repressives Handeln gegenüber den Einwanderern gerechtfertigt werden kann (vgl.: Joppke 1998, S. 5).

## **8. Zusammenfassung: Wandel und Konstanten in der Auseinandersetzung mit der nikaraguanischen Migration**

Die Migration von Nikaraguanern nach Costa Rica hat primär ökonomische Gründe, die ihrerseits weit in die Geschichte beider Länder zurückreichen. Arbeitsmigration zwischen Nicaragua und Costa Rica hat es schon im 19. Jahrhundert gegeben. Wie in Kapitel 6 dargestellt, bewirtschafteten nikaraguanische Bauern zu dieser Zeit Land, das jenseits ihrer Staatsgrenze lag. Das große Desinteresse an diesem Land seitens des costaricanischen Staates führte dazu, dass diese frühe Form der Arbeitsmigration, die zu diesem Zeitpunkt eher einer landwirtschaftlichen Kolonialisierung ähnelte, in keiner Weise als problematisch wahrgenommen wurde. Die Gleichgültigkeit der Zentralregierung an den Staatsgrenzen sowie dem Land und der Bevölkerung in den Grenzgebieten führte zu einem regen Austausch von Personen und Waren über die noch junge Grenze. Die landwirtschaftliche Produktionsstruktur, die von der nationalen Zugehörigkeit weitgehend unabhängigen Beziehungen der Menschen sowie die räumliche Entfernung von den neuen nationalen Regierungszentren ließen einen transnationalen Raum entstehen, in dem internationale Migration kaum oder gar nicht wahrgenommen wurde. Im Zuge der Ausweitung der costaricanischen Kaffeeproduktion wurden Nikaraguaner außerdem in zunehmendem Maße als Lohnarbeiter eingestellt. Die Nationalität der Beschäftigten spielte weder juristisch noch politisch eine Rolle.

Diese Situation änderte sich vor allem durch zwei Faktoren: Zum einen entwickelte die costaricanische Regierung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein verstärktes wirtschaftliches Interesse an den Grenzregionen. Die entscheidenden Einflüsse dafür waren neben dem Bevölkerungswachstum vor allem nationale Infrastrukturprojekte und Tourismus. Zum anderen formierten sich Nationen, deren Konstruktion in Costa Rica künftig die Distinktion von Nicaragua und seiner Bevölkerung notwendig machen sollte.

Die Nikaraguaner wurden in der „nationalen Erzählung“ Costa Ricas seit Mitte des 19. Jahrhunderts zu einem wichtigen Bezugspunkt. In dichotomer Anordnung wurden jene imaginierten positiven Charaktereigenschaften, die den Costaricanern auf Grund ihrer Zugehörigkeit zur Nation zugeschrieben wurden, in direkten Bezug zu entsprechend negativen Merkmalen, die der nikaraguanischen Nation zu Eigen sein sollten, gesetzt. Die

direkte politische Umsetzung dieser Abgrenzung fand hingegen nicht statt. Zwar existierte in Costa Rica seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine Einwanderungspolitik; in den fast 50 Migrationsgesetzen spielte die nikaraguanische Einwanderung allerdings keine Rolle. Unter eindeutig nationalistischen Gesichtspunkten verboten Gesetze die Einreise von Menschen bestimmter Nationalität. Obwohl die Nikaraguaner bereits zu diesem Zeitpunkt in großem Umfang nach Costa Rica einwanderten und im Zuge der nationalen Diskurse in mancher Weise bereits ein sicherheitspolitisches oder soziales Problem darzustellen schienen, wurde ihre Anwesenheit als Arbeiter in der Landwirtschaft geschätzt. Der uneingeschränkte Personenverkehr zwischen Nicaragua und Costa Rica hatte Bestand und wurde sogar rechtlich festgeschrieben.

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts schließlich wurde die Beschäftigung von Nikaraguanern in der costaricanischen Landwirtschaft zur üblichen Praxis. Die Darstellungen aus Kapitel 2.1 machen diesbezüglich dreierlei deutlich: Die grenzüberschreitende Mobilität gewann erstens den Charakter einer Arbeitsmigration. Diese wurde zweitens von den costaricanischen und US-amerikanischen Arbeitgebern begrüßt und gefördert. Drittens schließlich legte die Regierung dieser grenzüberschreitenden Arbeitskräftewanderung keine Steine in den Weg.

Vor dem Hintergrund der theoretischen Erläuterungen aus Kapitel 3.2 ist bezüglich des Migrationscharakters festzuhalten, dass sich im Zuge dieser Arbeitsmigration die *comunidad nicaragüense* in Costa Rica erstmals herausbildete. Konstituiert wurde sie durch gleiche Arbeitsbedingungen, dieselben Arbeitgeber, ein gemeinsames „Leben in der Fremde“ und die aus den nationalen Diskursen in Costa Rica abgeleiteten Fremd- und Eigenzuschreibungen.

Wandel und Konstanten von Migration, Einwanderungsdiskursen und Migrationspolitik lassen sich bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts folgendermaßen zusammenfassen:

- Eine wirtschaftlich bedingte Migration gab es zwischen Nicaragua und Costa Rica bereits vor der Herausbildung beider Nationen. Ein erster Wandel im Charakter dieser Arbeitsmigration wird im materiellen Abhängigkeitsverhältnis deutlich. Während nikaraguanische Landwirte im 19. Jahrhundert Boden auf der costaricanischen Seite der Staatsgrenze bewirtschafteten, gerieten sie im Laufe des 20. Jahrhunderts zunehmend in Abhängigkeit

von costaricanischen beziehungsweise US-amerikanischen Arbeitgebern. Die wirtschaftlichen Motive blieben hingegen bestehen.

- Nach der Unabhängigkeit Zentralamerikas von Spanien im Jahr 1821 und spätestens nach der Gründung der costaricanischen Nation im November 1838 wurden die Nikaraguaner zu einem wichtigen Bezugspunkt für die Konstitution einer costaricanischen Nationalität. Die Costaricaner wurden in diesem Zusammenhang mit Eigenschaften wie Pazifismus, einer egalitären Gesinnung und einer kulturellen und ethnischen Nähe zu Europa beschrieben, während die Nikaraguaner mit gegenteiligen Merkmalen identifiziert wurden. Hier ist ein Wandel in den Migrationsdiskursen angelegt, der bis in die späten 1970er Jahre jedoch nicht ausdrücklich thematisiert werden sollte.
- Eine auf Nikaraguaner Bezug nehmende Migrationspolitik bestand weder in integrativer noch in repressiver Form. Zwischen Mitte des 19. und Mitte des 20. Jahrhunderts wurden in Costa Rica sehr wohl Migrationsgesetze erlassen. Obwohl also im Zuge des Nationenbildungsprozesses und der Konstruktion der costaricanischen Nationalität die juristische Reglementierung der Einreise von Personen nach Costa Rica ein wichtiges Thema war, blieb die nikaraguanische Einwanderung davon ausgenommen.

Die am Ende des 20. Jahrhunderts stark vermehrte Auswanderung von Arbeitskräften aus Nicaragua wurde bereits in den 1950er Jahren mit der Modernisierung der landwirtschaftlichen Produktionsstrukturen bzw. der Einführung neuer landwirtschaftlicher Exportgüter eingeleitet. Vor allem die enorme Ausweitung der Rinderproduktion in Nicaragua führte zu einer starken Arbeits- und Landlosigkeit unter der Bevölkerung, da in diesem wenig arbeitsintensiven Sektor gleichzeitig große Weideflächen benötigt wurden. Die nikaraguanische Regierung gab sich keine Mühe, die soziale Misere in ihren Anfängen zu stoppen. Die Tatsache, dass Costa Rica einen anderen Weg einschlug und zum selben Zeitpunkt die Beschäftigung in der Landwirtschaft ausweiten und die Löhne anheben konnte, legte den Grundstein zu einer anders gearteten landwirtschaftlichen Modernisierung. In der Folge stieg die Nachfrage nach Landarbeitern – wie in Kapitel 2.4 beschrieben – so stark an, dass die nikaraguanische Einwanderung weitgehend in diesen Arbeitsmarkt integriert werden konnte.

In den 1970er Jahren verstärkte sich die materiell ungleiche Entwicklung zwischen Nicaragua und Costa Rica zusehends. Armut und Arbeitslosigkeit stiegen in Nicaragua weiter an. Spätestens nach dem Erdbeben von 1972 dramatisierte sich die wirtschaftliche Lage zahlreicher nikaraguanischer Haushalte so sehr, dass dieses Ereignis in der Forschung mitunter als Beginn der Massenmigration gesehen wird. Die empirischen Zahlen aus Kapitel 2.1 stützen diese zeitliche Festschreibung jedoch nicht. Entscheidend ist vielmehr, dass die Somoza-Regierung keine Maßnahmen zur Eindämmung des wachsenden sozialen Elends unternahm, sondern die Arbeitslosigkeit und Armut mit ihrer Agrarpolitik sogar noch weiter verstärkte.

Der Umfang der Migration nach Costa Rica stieg allerdings auch zu diesem Zeitpunkt noch nicht sprunghaft an. Kapitel 2.1 ist zu entnehmen, dass die Zahl der Migranten Mitte der 1970er Jahre sogar unter dem Volumen der vorherigen Jahrzehnte lag. Andererseits trug diese Entwicklung maßgeblich zur Revolution in Nicaragua bei, deren Erfolg in den 1980er Jahren ein zentrales Motiv für einen Wandel in den Einwanderungsdiskursen in Costa Rica darstellen sollte.

Die Untersuchung der Einwanderungsdiskurse in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre und der politischen Antworten auf die Revolution in Nicaragua einerseits und die Migration andererseits machen deutlich, dass es auch zu diesem Zeitpunkt kein großes „Migrationsproblem“ in Costa Rica gab, während jedoch spätere Inhalte dieses Problems jetzt Gestalt annahmen. Wie in Kapitel 4.3 beschrieben, sahen die costaricanischen Regierungen die Nicaraguaner in den 1960er und 1970er Jahren vor allem als „Brudervolk“, dessen Befreiungskampf in den 1970er Jahren als gerechtfertigt angesehen wurde. Die ersten Flüchtlinge, die am Ende der 1970er Jahre nach Costa Rica kamen, wurden – wie in Kapitel 5.2 dargelegt – mit Verweis auf die costaricanische Nächstenliebe und Gastfreundschaft willkommen geheißen. Parallel allerdings kam es in den 1970er Jahren zu einer Transformation der Vorurteile und Stereotypen aus dem 19. Jahrhundert. Die Revolution und ihre sozialistische Ausrichtung schienen in costaricanischer Wahrnehmung abermals nahe zulegen, dass die Nicaraguaner ihrem Wesen nach gewalttätig, undemokratisch und im weitesten Sinne weniger zivilisiert waren als die Costaricaner. In diesem Zusammenhang gibt es in den 1970er Jahren die ersten Zeitungsmeldungen über eine potentielle Gesundheitsgefährdung durch die Migranten und eine denkbare Gefährdung der inneren Sicherheit. Die relativ geringe Zahl der Migranten und der Konsens, Flüchtlinge aufzunehmen, verhinderten zu diesem Zeitpunkt



zwar die Diskussion dieser Themen als „Migrationsproblem“, im Zuge von Kriminalitätsbekämpfung und Sicherheit gerieten aber gerade auch die Migranten verstärkt in die Schusslinie.

Zusammenfassend stellen sich der Wandel und die Konstanten von Migration, Einwanderungsdiskursen und Migrationspolitik bis zum Ende der 1970er Jahre wie folgt dar:

- Der Umfang der Migration nahm zwischen der Mitte des 20. Jahrhunderts bis zum Ende der 1970er Jahre nicht in großem Maße zu, die Arbeitsmigration blieb an sich aber konstant bestehen. Diese Feststellung ist im Zusammenhang der Strukturen der Migration entscheidend, da sich die Migrationsnetzwerke weiter verfestigen konnten. In der costaricanischen Landwirtschaft etablierten sich nikaraguanische Arbeitsmigranten zusehends; ihre Arbeitskraft war erwünscht, denn die beständige Versorgung des Arbeitsmarktes mit Migranten war Voraussetzung für die weitere Produktionssteigerung.
- In den 1970er Jahren entstanden in Costa Rica negative Einwanderungsdiskurse. Die Inhalte und Muster dieser Diskurse glichen den nationalen Diskursen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, nahmen nun aber direkten Bezug auf die Anwesenheit von Nikaraguanern in Costa Rica. Zu einem Zeitpunkt, als die Migration einen eher niedrigen Umfang hatte, wurden mit ihr zusammenhängende potentielle Gefahren thematisiert, die keine empirische Grundlage aber deutliche Ähnlichkeit mit alten Zuschreibungen hatten. Im Zuge der ersten Flüchtlingsbewegungen in Folge der Revolution in Nicaragua nahmen diese Diskurse zwar zu, gleichzeitig bestand jedoch ein Konsens darüber, nikaraguanische Flüchtlinge gegenwärtig und zukünftig als Mitglieder einer „brüderlichen Nation“ aufzunehmen.
- Der Arbeitsmigration wurde am Ende der 1970er Jahre erstmals durch politische Maßnahmen begegnet. Es wurden zum Beispiel Nikaraguaner mit dem Argument der Kriminalitätsbekämpfung abgeschoben. Trotz gegenteiliger Behauptungen begann neben der karitativen Flüchtlingspolitik damit auch eine zunehmend repressive Migrationspolitik, die widersprüchlich zum sinkenden Migrationsvolumen scheint, mit den Einwanderungsdiskursen jedoch korrespondiert. Im Zuge der sandinistischen Revolution wurde außerdem die nördliche Grenze Costas Ricas endgültig

tig zu einer Demarkationslinie, deren Bedeutung für den costaricanischen Staat als Abgrenzung gegen die Gewalt im Nachbarland zunahm. In diesem Zusammenhang kam es Ende der 1970er Jahre zu verstärkten Grenzkontrollen, bei denen auch undokumentierte Migranten ins Visier gerieten.

In den 1980er und 1990er Jahren schließlich vollzog sich in vielerlei Hinsicht ein deutlicher Wandel der Migration an sich sowie in der politischen Auseinandersetzung mit diesem Thema.

Der Sieg der sandinistischen Revolution, der *Contra*-Krieg und der durch Blockaden und durch mangelnde Investitionen provozierte Rückgang des Wirtschaftswachstums ließen die Migration von Nikaraguanern nach Costa Rica seit Beginn der 1980er Jahre sprunghaft ansteigen. Die in Kapitel 2.2 und 2.3 dargestellten politischen und wirtschaftlichen Gründe für diesen Anstieg erschweren eine genaue Unterscheidung zwischen Flucht und Arbeitsmigration. Die Auswanderung wurde für viele Nikaraguaner, die nach der Genfer Flüchtlingskonvention keine Flüchtlinge im engeren Sinne waren, angesichts der wachsenden Armut zur einzigen Überlebenschance. Gleichzeitig entwickelten sich die costaricanische Landwirtschaft und der Dienstleistungsbereich in einer Weise, die eine hohe Nachfrage nach Arbeitskräften in diesen Bereichen nach sich zog. Während das „Verlorene Jahrzehnt“ in Nicaragua zur dramatischen Verschlechterung der sozioökonomischen Verhältnisse führte, gelang es in Costa Rica zum selben Zeitpunkt sowohl die landwirtschaftliche Produktion als auch den Dienstleistungsbereich auszuweiten. In diesem Zusammenhang und verbunden mit einem Ausbau des Bildungssystems entstand hier ein Arbeitskräftemangel vor allem in der Landwirtschaft, aber auch in sozial und ökonomisch niedrig bewerteten Dienstleistungsbereichen wie der Baubranche oder der bezahlten Hausarbeit. Die Migranten aus Nicaragua konnten aufgrund dieser Entwicklung problemlos in den costaricanischen Arbeitsmarkt integriert werden. Die Existenz dieser zusätzlichen Arbeitskraft war in jeder Beziehung positiv für den ökonomischen Aufschwung und die Transformationen in der costaricanischen Arbeitswelt. Die Migranten wurden zu einem so unerlässlichen Bestandteil der costaricanischen Wirtschaft, dass der kurzzeitige Rückgang der Migration nach dem nikaraguanischen Regierungswechsel im Jahr 1990 sogar zu einem Problem zu werden drohte.

Mit dem Anstieg der Migration und der spezifischen Integration der Migranten in den costaricanischen Arbeitsmarkt korrespondierte – wie in

Kapitel 3.2 beschrieben – eine Verfestigung der Migrationsnetzwerke als signifikanter Charaktereigenschaft der Migration. In diesem Prozess etablierte sich eine Migration, die sich der direkten Kontrolle durch die costaricanische Regierung weitgehend entziehen konnte.

In den 1980er Jahren fand eine grundlegende Veränderung in der Migrationspolitik statt: Einhergehend mit dem Anwachsen der Flucht- und Arbeitsmigration und ihrer sozioökonomischen Einbindung begann die costaricanische Regierung in dieser Zeit Migrationsgesetze zu verabschieden, die sich erstmals direkt auf die nikaraguanische Einwanderung bezogen. Die ersten rechtlichen Vorschriften zielten in diesem Zusammenhang weniger auf die Einwanderung als solche, als vielmehr auf die Integration der Migranten in den oder ihre Ausgrenzung aus dem costaricanischen Arbeitsmarkt. Den nikaraguanischen Flüchtlingen und Migranten wurde ein grundsätzliches Recht zu arbeiten eingeräumt, deren Modalitäten in verschiedenen Verordnungen spezifiziert wurden. Die Verabschiedung der *Ley General de Migración y Extranjería* im Jahr 1986 stellt hingegen einen der folgenreichsten Momente für die Untersuchung des Wandels in der Auseinandersetzung mit nikaraguanischer Migration in Costa Rica dar. In diesem Gesetz wurde die Migration an sich reglementiert. Migranten wurden damit erstmals zu potentiellen illegalen Rechtssubjekten. Diese Festschreibung schuf und legitimierte einen bedeutungsvollen exekutiven Kontrollapparat, der in Kapitel 5 dargestellt wurde. Die Mechanismen zur Kontrolle der Einwanderung sahen dabei neben der Möglichkeit, den Rechtsstatus der Illegalität aufheben zu können vor allem repressive Maßnahmen vor.

Der Wunsch nach mehr staatlicher Kontrolle zog seit den 1980er Jahren auf ökonomischer Ebene eine potentielle Willkür nach sich. Unternehmer konnten und können aus der Illegalität vieler Migranten einen großen Vorteil ziehen. Die costaricanische Arbeitsgesetzgebung sieht Mindestlöhne und eine zulässige wöchentliche Höchstarbeitszeit für die Bürger Costa Ricas vor. Illegale Migranten dagegen werden häufig untertariflich bezahlt, arbeiten länger als erlaubt und können außerdem unabhängig von Kündigungsfristen oder Vertragslaufzeiten sofort entlassen werden, wenn ihre Arbeitskraft nicht mehr benötigt wird.<sup>472</sup> Der durch die Migrationsgesetzgebung festgelegte Status der Illegalität und die Migrationspolitik, die bis auf gelegentliche Legalisierungskampagnen einen restriktiven Umgang mit illegalen Einwanderern vorschreibt sorgen dafür, dass die illegalen Mi-

---

<sup>472</sup> Vgl.: Alvarenga 2000, S. 53.

granten keine Möglichkeit haben, sich gegen eine ungerechte *und* nicht rechtliche Behandlung zur Wehr zu setzen. In Kapitel 2.4 und 5.5 wurden die Grenzen der staatlichen Reglementierung in diesem Zusammenhang diskutiert. Als wichtiges Instrument zu ihrer Umsetzung sieht die costaricanische Migrationsgesetzgebung die Denunziation durch die Bevölkerung vor. Der große ökonomische Vorteil, den viele Costaricaner in unterschiedlichem Maße aus der Illegalität der Migranten ziehen unterminiert diese Maßnahmen jedoch. Dieses Verhalten stellt einen Widerspruch zwischen dem praktischen Handeln und den zunehmend xenophoben Einwanderungsdiskursen dar.

In Kapitel 4 wurde deutlich, dass sich in der costaricanischen Gesellschaft seit den 1980er Jahren angesichts des wachsenden sozialen und wirtschaftlichen Elends im Nachbarland Nicaragua und der damit verbundenen steigenden Auswanderung widersprüchliche Diskurse etablierten, die bereits in den späten 1970er Jahren angelegt waren. Neben der angebotenen Hilfsbereitschaft, die aufgrund der gesellschaftlichen Eigenwahrnehmung in Costa Rica Konsenscharakter hatte, nahmen xenophobe Vorurteile und eine wenig präzierte Angst gegenüber den „Eindringlingen“ zu. In diesem Zusammenhang tauchen in der costaricanischen Öffentlichkeit die immer selben Stereotypen auf: Die Migranten werden als Unruhestifter bezeichnet, die außerdem eine gesundheitliche und soziale Gefahr darstellen. Die permanente Wiederholung dieser Unterstellungen und die Tatsache, dass sie auf scheinbar altbekannte Kenntnisse über die Nikaraguaner verweisen, führten zu einer Festschreibung, die empirisch und theoretisch kaum noch hinterfragt wird.

Die in Kapitel 2.5 dargestellte wirtschaftliche Krise in Costa Rica hilft, diese wachsenden Ressentiments teilweise zu verstehen. Angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit sank mancherorts die direkte und zwingende Notwendigkeit der Arbeitskraft vieler Migranten. Gleichzeitig bildeten die Nikaraguaner aber eine geeignete Projektionsfläche für den steigenden Unmut und die Angst um den eigenen Wohlstand. Dass die Migration trotz der sinkenden Beschäftigungsmöglichkeiten, der zunehmend restriktiven Antworten auf die anhaltende Einwanderung und der wachsenden gesellschaftlichen Feindseligkeit bis heute nicht abnimmt, verweist auch hier auf die Schwierigkeit, einen einmal initiierten Migrationsprozess kontrollieren zu können.

Die zunehmend restriktive Migrationspolitik und -gesetzgebung seit den 1980er Jahren konnte die Einreise von Nikaraguanern nach Costa Rica

folglich nicht verhindern. Trotz der verschärften staatlichen Maßnahmen gegen die Einwanderung, der gleichzeitig zunehmenden Xenophobie in der Gesellschaft und der daraus resultierenden Forderung nach autoritärer gegen Migranten vorzugehen, stieg das Migrationsvolumen seit den 1980er Jahren kontinuierlich an. Migration findet nach wie vor statt, geändert hat sich die gesellschaftliche und politische Definition *des* Migranten: Er wird heute weniger als willkommener Gastarbeiter oder hilfsbedürftiger Flüchtling, sondern vornehmlich als das bedrohliche „Andere“ wahrgenommen und daher als illegaler Eindringling behandelt.

Die Entwicklung seit dem Beginn der 1980er Jahre bis in die Gegenwart lässt sich wie folgt zusammenfassen:

- Nach 1980 stieg das Migrationsvolumen deutlich an. In diesem Zusammenhang verfestigte sich der Netzwerkcharakter der *comunidad nicaragüense*. Dieser Migrationscharakter ist von großer Bedeutung für das Unvermögen der Regierung Costa Ricas, die Migration zu steuern und zu kontrollieren.
- Auf Grundlage der Erkenntnisse aus den Kapiteln 2.2, 2.3 und 2.4 lässt sich festhalten, dass der Anstieg von Flucht- und Arbeitsmigration nach 1979 unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten eher ein großer Vorteil – wenn nicht sogar eine unabdingbare Voraussetzung für die positive ökonomische Entwicklung in Costa Rica – als ein Problem war.
- Die Einwanderungsdiskurse in Costa Rica wandelten sich insofern, als dass sie sich drastisch verstärkten und verschärften. Der Ruf nach Ausgrenzung der Nikaraguaner hat heute gegenüber der Vorstellung des hilfsbedürftigen „Brudervolkes“ eindeutig die Oberhand gewonnen. Die xenophoben Inhalte dieser Diskurse sind hingegen nicht neu. Ihre Bezüge gehen auf Vorstellungen und Vorurteile zurück, die bereits lange vor der starken Zunahme der Migration bestanden.
- Den deutlichsten Wandel haben nach den 1980er Jahren die juristischen und politischen Antworten auf die Migration durchlaufen. Die Hilfsbereitschaft gegenüber den bedürftigen Nachbarn musste weitgehend einer umfangreichen Repression weichen. Der costaricanische Staat nahm in diesem Zusammenhang eindeutig Abstand von der Helferrolle, die er zuvor lange Zeit für sich reklamiert hatte. Die juristische Festschreibung dieses Kurs-

wechsels stellt eine grundlegende Umgestaltung des Umgangs mit der Migration dar. Diese Änderung vollzog und vollzieht sich ihrerseits wiederum nicht widerspruchsfrei.

- In der costaricanischen Migrationspolitik korrespondieren nach 1980 repressive (Ausweisung und Abschiebung) und integrative (Arbeitserlaubnisse und Amnestie) Elemente miteinander. Der Bezugspunkt bleibt aber in beiden Fällen der illegale Migrant. Die unterschiedlichen Arten, auf die Migration zu reagieren, sollen vorrangig als Mechanismen zur Kontrolle der Einwanderung dienen. Der in Kapitel 2.1 dargestellte enorme Anstieg gerade auch der illegalen Einwanderung verweist allerdings auf die Grenzen dieser Maßnahmen.

Sowohl die costaricanische Migrationspolitik als auch die Diskurse, die stark an die Umsetzung von Politik gebunden sind und diese wiederum maßgeblich mitbestimmen, sind auf den ersten Blick widersprüchlich. Die Einsicht in die Notwendigkeit der Migration für den Arbeitsmarkt schließt Xenophobie nicht aus. Die Erkenntnis, dass die Arbeitsmigranten eine positive Wirkung auf die Wirtschaft Costa Ricas haben, geht Hand in Hand mit der Unterstellung, sie würden den Sozialstaat über alle Maßen belasten. Die Anordnung einer restriktiven Migrationspolitik und der Ruf nach innerer Sicherheit erfolgen auch wenn an anderer Stelle betont wird, dass die Nikaraguaner ein „Brudervolk“ seien. Und eine Amnestie in sozialer Absicht kann einer verstärkten Abschiebung illegaler Migranten folgen. Die Widersprüchlichkeiten in den Diskursen und der Migrationspolitik können vor dem Hintergrund der ökonomischen Krise in Costa Rica, die in Kapitel 2.5 dargestellt wurde, und vor dem Hintergrund der langen Tradition von Vorurteilen gegenüber Nikaraguanern und ihrer Transformation teilweise erklärt werden, vollständig ausräumen lassen sie sich jedoch nicht.

Die Diskrepanz zwischen verstärkter Migration trotz verschärfter Repression macht die Unkontrollierbarkeit internationaler Migration durch nationale Migrationspolitik deutlich. Hier tritt eine Kontrollkrise zu Tage, in der Douglas Massey ein Problem sieht, das der Logik internationaler Migration entspringt und mit dem folglich alle Nationalstaaten konfrontiert sind:

„In essence, immigration is unproblematic as long as ‘control’ means initiating immigration to satisfy a perceived short-term demand for labour, or permitting the entry of refugees to satisfy limited political objectives. It is only when ‘control’ comes to mean restricting or stopping a well-established immigrant flow that difficulties arise. Time and time again policy-makers in developed countries have found that immigration is much easier to start than to stop, and that it cannot simply be turned on and off like a tap.“<sup>473</sup>

Auch die costaricanische Migrationspolitik basiert vordergründig auf der Fiktion, internationale Migration durch staatliche Maßnahmen relativ leicht und effektiv steuern zu können. Sie negiert so die Historizität der Migration und die Existenz von Migrationsnetzwerken als sozialer Struktur, in die die Migranten eingebunden sind und von der nicht zuletzt auch Costaricaner profitieren.<sup>474</sup> Im Kern ist das „Migrationsproblem“ in Costa Rica also ein Kontrollproblem, das sich aus einer historischen Perspektive sehr deutlich nachzeichnen lässt.

Die in Kapitel 7 entworfene Skizze trägt abschließend dazu bei, die Einwanderungsdiskurse in ihrer produktiven Funktion zu erfassen. Auf das hohe Maß an sozialem Kapital innerhalb der *comunidad nicaragüense* wurde in Kapitel 3.2 verwiesen. In der Migrationsforschung wird diese Ressource vornehmlich in ihrer individuellen Bedeutung als „Motor der Migration“ thematisiert.<sup>475</sup> Bourdieu verweist zu Recht auf die gesellschaftliche Bedeutung des sozialen Kapitals, das im Zusammenspiel mit anderen Kapitalformen einen Machtfaktor darstellen kann, der der Gruppe der nikaraguanischen Migranten zu Eigen ist. Die xenophoben Diskurse in Costa Rica

---

<sup>473</sup> Massey 1998, S. 287.

<sup>474</sup> Der direkte Profit, den Costaricaner aus der Netzwerkstruktur der Migration ziehen, wird zum Beispiel bei einem Blick in die „Gelben Seiten“ Costa Ricas deutlich. Die Tatsache, dass es sich bei den Migranten nicht um einsame Individuen, sondern um Mitglieder einer Gruppe handelt, die sich durch starke Bindungen und Verpflichtungen auszeichnet, bedingt spezifische Unternehmensbereiche. Dies reicht von den Busunternehmen *Transnica* und *Ticabus*, welche zwischen Managua und San José verkehren über das Finanzinstitut *Teledollar-Express*, das Geld innerhalb Zentralamerikas versendet, in seiner Anzeige aber Nicaragua gesondert nennt, bis zu der Bank *Servimás*, die an die größte costaricanische Einzelhandelskette angeschlossen ist und ausschließlich Geldsendungen zwischen Costa Rica und Nicaragua durchführt (vgl.: Páginas Amarillas de Costa Rica o.J., S. 1354, S. 1341, S. 1243, S. 64).

<sup>475</sup> Vgl. z.B.: Faist 1997.

richten sich in diesem Sinne nicht *nur* gegen relativ hilflose Individuen, sondern vor allem auch gegen eine Gruppe, die sehr wohl – wenn auch nur in sehr begrenztem Maße – über Machtinstrumente im Ringen um ökonomisches Kapital und gesellschaftliche Dominanz verfügt.

Die Thesen aus Kapitel 7 legen nahe, dass die Auseinandersetzung mit der Migration über das relativ naheliegende ökonomische Moment hinausgeht. Xenophobie und der Ruf nach Ausgrenzung, repressive und integrative Migrationspolitik und die Verfestigung der veränderten Grenz Wahrnehmung haben – im Sinne Foucaults – auch eine produktive Dimension, die über das „Migrationsproblem“ und seine Thematisierung hinausweist. Der Wandel und die Konstanten in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit der nikaraguanischen Migration seit den 1980er Jahren spielten folglich sowohl für den Erhalt der *eigenen* Identität in einer zunehmend globalisierten Welt als auch für die Existenz und den Charakter von Staatlichkeit eine Rolle. Eine genaue Untersuchung dieser Thesen wäre ein Feld, mit dem sich Migrationsforschung künftig beschäftigen könnte.



## 9. Quellen- und Literaturverzeichnis

### 9.1 Quellen

#### Zeitungen

Inforpress Centroamericana, 29.01.1999.

Inforpress Centroamericana, 07.01.2000. "Costa Rica: Economía: «ni tan bien ni tan mal»".

Inforpress Centroamericana, 21.01.2000. "CEPAL: Balance preliminar de la economía durante 1999".

Inforpress Centroamericana, 25.02.2000. "Costa Rica: A pesar del crecimiento, aumenta pobreza y desempleo".

Inforpress Centroamericana, 01.12.2000. "Costa Rica: Modelo económico impulsa crecimiento con pobreza".

Inforpress Centroamericana, 11.01.2002. "Resultados económicos 2001: el peor año en una década".

La Nación Digital, 07.07.1997,  
[http://www.nacion.com/ln\\_ee/1997/julio/07/economia1.html](http://www.nacion.com/ln_ee/1997/julio/07/economia1.html),  
Stand: 10.10.2002. "Intel niega riesgos".

La Nación, 28.03.1977, o.S. "Miles de extranjeros saldrán de Costa Rica".

La Nación, 28.03.1977, o.S. "Iniciaron expulsión de los extranjeros no empadronados".

La Nación, 06.09.1978, S. 2A. "Suprimirán requisitos para salir del país".

La Nación, 05.06.1982, S. 2A. „Mantienen restricción a entrada de extranjeros".

La Nación, 10.03.1983, S. 4A. „Preocupa a Gobierno ingreso masivo de refugiados nicas".

La Nación, 18.03.1983, S. 4A. „Preocupa a Gobierno ingreso masivo de refugiados nicas".

La Nación, 04.07.1984, S. 4A. „Denuncian crítica situación migratoria en la zona norte".

La Nación, 22.07.1984, S. 2. „Los Inmigrantes. Una población a la que no podemos dar la espalda".

La Nación, 12.04.1985, S. 12A. „Inician plan para regular situación de extranjeros".

La Nación, 27.01.1993, S. 8A. „Descontrolado ingreso de nicas“.

La Nación, 28.01.1993, S. 8A. „Nicas ilegales carecen de control sanitario“.

La Nación, 28.01.1993, S. 8A. „Controversia por caso de inmigrantes nicas. MAG sugiere ley reguladora“.

La Nación, 28.01.1993, S. 8A. „Nicas ilegales carecen de control sanitario“.

La Nación, 29.09.1993, o.S. „Nicas podrían legalizar situación migratoria. Gobierno niega maltrato“.

La Nación, 12.09.1994, S. 16A. „Incontrolable ingreso de nicas indocumentadas“.

La Nación, 06.01.1995, S. 11A. „Tenemos hambre...“.

La Nación, 22.11.1995, S. 16A. „50.000 pasaportes especiales a nicas“.

La Nación, 27.09.1996, S. 5A. „Mano dura contra ingreso de ilegales“.

La Nación, 30.09.1997, S. 16A. „Valoran mano de obra nica“.

La Nación, 10.01.1999, S. 5A. „Fuerte acción contra ilegales“.

La Nación, 28.05.1999, S. 16A. „Anuncian más deportaciones“.

La Nación, 18.07.1999, S. 16A. „Amnistía: \$2 millones“.

La Nación, 27.07.1999, S. 5A. „Nicas apresurados por amnistía“.

La Nación, 12.04.2000, S. 16A. „Pueblos se quedan sin hombres“.

La Nación, 08.05.2000, S. 8A. „Nicas cambian rutas de evasión“.

La Nación, 10.07.2000, S. 10A. „200 ilegales rechazados“.

La Nación, 05.09.2000, S. 4A. „Deportación más ágil“.

La Nación, 22.12.2000, S. 10A. „Devueltos 46.000 nicas“.

La Nación, 12.05.2001, S. 15A. „Política y Migración“.

La Nación, 30.06.2001, S. 4A. „Muro atiza roce político“.

La Nación, 22.07.2002, o.S. „Café emprende dura guerra por sobrevivir“.

La Nación, 08.09.2002, o.S. „Comparan crisis del café con el huracán Mitch“.

La Nación, 15.09.2002, o.S. „En Nicaragua el desempleo mata“.

La Prensa Libre, 28.07.1981, S. 5. „Podrían expulsarlos. Morosos 10 mil residentes aquí“.

La Prensa Libre, 18.03.1983, S. 2. „Fuga masiva de nicas hacia Costa Rica“.

La República, 16.04.1977, S. 1 und S. 21. „Expulsarán dos mil extranjeros“.

La República, 22.06.1980, o.S. „Muchos indocumentados en zona atlántica“.

La República, 19.01.1995, S. 6A. „Nicas denuncian discriminación“.

- La República, 22.01.1995, S. 16A „Nuestra política migratoria hacia Nicaragua“.
- La República, 31.01.1995, S. 5A. „Costa Rica y Nicaragua logran acuerdo migratorio“.
- La República, 18.02.1995, S. 5A. „Revelan déficit de 100 mil trabajadores“.
- La República, 21.02.1995, S. 22A. „La política migratoria tica hacia Nicaragua“.
- La República, 22.11.1995, S. 5A. „Permisos temporales de trabajo para 39 mil nicas“.
- La República, 21.03.1997, S. 5A. „Niegan maltrato a nicas“.
- La República, 09.04.1997, S. 7B. „Los nicaragüenses en Costa Rica“.
- La República, 03.06.1997, S. 6A. „Ticos ven con reservas a los Nicas“.
- La República, 07.02.1998, S. 8-9A. „Nicas son un 15% de la población nacional“.
- La República, 23.11.1998, S. 4 A. „Nicas aumentan presión en gasto social del Gobierno“.
- La República, 13.01.1999, S. 8A. „Devolvieron más de 30 mil nicas“.
- La República, 17.04.1999, S. 4A. „Piden cédula 75 mil nicas“.
- La República, 09.09.1999, S. 4A. „Nicaragua pide más plazo para amnistía“.
- La República, 11.05.2000, S. 9A. „Nicaragüenses regresan a su país“.
- La República, 05.09.2000, S. 4A. „Inmigrantes con buena nota“.
- La República, 28.11.2000, o.S. „Más control a extranjeros“.
- La República, 19.01.2001, S. 8A. „Número de nicaragüenses sorprenderá“.
- La República, 27.06.2001, S. 6A. „Gobierno edificará pared en frontera“.
- La República, 15.07.2001, S. 5A. „Más control fronterizo“.
- La República, 21.08.2001, S. 7A. „Pacheco denuncia campaña sucia“.
- La República, 21.08.2001, S. 4A-5A. „Cantidad de extranjeros se duplica en Costa Rica“.

### **Gesetze und Verordnungen**

- Decreto 11939 vom 07.10.1980, in: Ministerio de Relaciones Exteriores/ Comisión Nacional para Refugiados 1984.
- Decreto 14049, 10.11.1982, in: La Gaceta. Diario Oficial, San José, C.R. 24.11.1982.

- Decreto 14845, 29.09.1983, in: La Gaceta, Diario Oficial, San José, C.R. 06.10.1983.
- Decreto 16479-P, 21.08.1985, in: La Gaceta, Diario Oficial, San José, C.R., 30.08.1985.
- Decreto 16633-P-TSS-G, 10.10.1985, in: La Gaceta, Diario Oficial, San José, C.R., 22.11.1985.
- Decreto 24432-TSS-G, in: La Gaceta, Diario Oficial, No. 141, San José, 26.07.1995.
- Decreto 27457-G-RE, in: La Gaceta, Diario Oficial, No. 239, 09.12.1998, San José, C.R., Imprenta Nacional de Costa Rica, <http://imprenal.go.cr/gaceta/HTML/Documentos/decretos/77130.DOC>, 21.08.2002.
- Genfer Flüchtlingskonvention (1951). Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951, <http://unhcr.de/pdf/16.pdf>, 16.11.2002.
- Ley No. 7033. Ley General de Migración y Extranjería, in: Castro Porras, Luis Paulino (Hrsg.) (1997): Ley General de Migración y Extranjería. Reglamento a la Ley, Reglamento de la Policía de Migración y Acciones de Inconstitucionalidad presentados contra la Ley 7033, Colección Leyes, No. 23, San José, C.R.

### **Statistische Quellen**

- CEPAL (1982): Notas sobre la evolución del desarrollo social del Istmo Centroamericano hasta 1980, México.
- CEPAL (2001): Panorama Social de América Latina, Naciones Unidas.
- Dirección General de Estadística y Censos (1953): Censo de Población 1950, San José, C.R. 1953.
- Dirección General de Estadística y Censos (1966): Censo de Población 1963, San José, C.R.
- Dirección General de Estadística y Censos (1974): Censo de Población 1973, San José, C.R.
- Dirección General de Estadística y Censos (1986): Censo de Población 1984, San José, C.R.
- Instituto Nacional de Estadística y Censos (2001): IX Censo Nacional de Población y V de Vivienda. Resultados Generales, San José, C.R., August 2001.

- Instituto de Estudios Sociales en Población (IDESPO) (1999): La población costarricense ante la crisis, la migración y las instituciones públicas, Heredia, C.R.
- Instituto de Estudios Sociales en Población (IDESPO) (2000): La población costarricense del gran área metropolitana frente a su percepción hacia la población migrante, la política y los impuestos, Heredia, C.R.
- Instituto de Estudios Sociales en Población (IDESPO) (1997): Percepción de la población costarricense sobre los nicaragüenses que viven entre nosotros, Heredia, C.R.
- International Coffee Organization: Historical Statistical Data, Exports of Exporting Members, <http://www.ico.org/asp/select2.asp>, 01.12.2002.
- UNDP (1991): Human Development Report 1991, New York/ Oxford.
- UNDP (1998): Bericht über die menschliche Entwicklung 1998, veröffentlicht von der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V., Bonn.
- UNDP (2001): Bericht über die menschliche Entwicklung 2001, veröffentlicht von der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V., Bonn.
- World Bank (2002): World Development Report 2002, Building Institutions for Markets, Oxford.

#### **Archivo Nacional de Costa Rica**

- Fondo: Ministerio de Seguridad Pública, Serie: Despacho del Viceministro, Signatura: 000083, Fecha: 1983. Análisis de Seguridad (Periodo Marzo – Mayo de 1983).
- Fondo: Seguridad Pública, Signatura: 1859, Fecha: 1949.
- Fondo: Seguridad Pública, Signatura: 2119, Fecha: 1951.
- Fondo: Seguridad Pública, Signatura: 2086, Fecha: 1952.
- Fondo: Presidente, Signatura: 154, Fecha: 1968.
- Fondo: Presidencia, Signatura: 2553. Memorandum de la Presidencia de la República No. 127, 14.04.1986.
- Fondo: Presidencia, Ministerio de Relaciones Exteriores/ Comisión Nacional para Refugiados (1984): Propuesta del Gobierno de Costa Rica a los Señores cancilleres del Grupo Contadora en materia de Refugiados, San José, C.R., April 1984.

### **Editierte Quellen**

- Arias, Oscar (1987a): Auszüge aus einer Fernsehansprache am 17. August 1986 aus Anlass der ersten hundert Tage seiner Präsidentschaft, in: Arias 1987, S. 23-33.
- Arias, Oscar (1987b): Rede vor der LXI. Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York am 24. September 1986, in: Arias 1987, S. 34-44.
- Autobiografía de Daviana, in: Sandoval 2000, S. 60-64.
- Autobiografía de Ever, in: Sandoval 2000, S. 66-68.
- Autobiografía de Guadalupe, in: Sandoval 2000, S. 34-38.
- Autobiografía de Elmer, in: Sandoval 2000, S. 51-53.
- Autobiografía de José, in: Sandoval 2000, S. 11-15.
- Autobiografía de José T., in: Sandoval 2000, S. 113-116.
- Autobiografía de Leoncia, in: Sandoval 2000, S. 1-10.
- Autobiografía de Lisette, in: Sandoval 2000, S. 72-73.
- Autobiografía de Martha, in: Sandoval 2000, S. 54-57.
- Autobiografía de Panfilio, in: Sandoval 2000, S. 70-71.
- Autobiografía de Tomás, in: Sandoval 2000, S. 56-57.
- Autobiografía de Vincente, in: Sandoval 2000, S. 17-22.

### **Regierung und Ministerien**

- Asamblea Legislativa de la República de Costa Rica (2001): Proyecto de Ley No. 14.269, „Ley General de Migración y Extranjería“, San José, C.R. 12.02.2001.
- Gobierno de la República de Costa Rica/ Gobierno de la República de Nicaragua (1993): Convenio de mano de obra migrante, San José, C.R.
- Ministerio de Trabajo y Seguridad Social (1996): Informe General. Tarjeta de Trabajo Estacional, San José, C.R., 02.07.1996.
- Ministerio de Trabajo y Seguridad Social Costa Rica (1998a): Aporte a la Investigación de las Migraciones laborales en Costa Rica, San José, C.R. Juli 1998.
- Ministerio de Trabajo y Seguridad Social (1998b): Breve Análisis de la Inmigración de Nicaragüenses con fines de empleo hacia Costa Rica, San José, C.R., 15.07.1998.

Ministerio de Trabajo y Seguridad Social (2000): Informe. Diagnóstico de la demanda de fuerza de trabajo en el sector cafetalero (tercer avance). San José, C.R.

### **Parteien**

Partido Liberación Nacional (o.J.): Programa de Gobierno 2002-2006, „Costa Rica merece estar mejor. La educación es lo primero“, San José, C.R.

Partido Unidad Socialcristiana (2001): Programa de Gobierno 2002-2006, „Todo por Costa Rica“, San José, C.R., November 2001.

### **Andere Quellen**

Páginas Amarillas de Costa Rica (o.J.) (Hrsg.: Instituto Costarricense de Electricidad (ICE)), San José, C.R.

## **9.2 Literatur**

Acuña González, Guillermo/ Olivares Ferreto, Edith (2000): La población migrante nicaragüense en Costa Rica: Realidades y Respuestas, Cuadernos de Trabajo, Serie: Gobernabilidad democrática y Desarrollo, San José, C.R.

Acuña Ortega, Victor Hugo (o.J.): Comunidad política e identidad política en Costa Rica en el siglo XIX, unveröffentlichtes Manuskript.

Altmann Borbón, Josette (1998): Costa Rica en América Latina. Historia inmediata, San José, C.R.

Alvarenga Venutolo, Patricia (1997): Conflictiva convivencia. Los nicaragüenses en Costa Rica, Cuaderno de Ciencias Sociales, Facultad Latinoamericana de Ciencias Sociales FLACSO, No. 101, San José, C.R.

Alvarenga Venutolo, Patricia (2000): Trabajadores inmigrantes en la cafcultura, Cuaderno de Ciencias Sociales, Facultad Latinoamericana de Ciencias Sociales FLACSO, No. 116, San José, C.R.

Anderson, Benedict (1996): Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts (aus dem Englischen von Benedict Burkard), Frankfurt a.M.

Arias, Oscar (1987): Friede für Zentralamerika (aus dem Spanischen von Günther Schmutz), Frankfurt a.M.

- Aufhauer, Elisabeth (2000): Migration und Geschlecht. Zur Konstruktion und Rekonstruktion von Weiblichkeit und Männlichkeit in der internationalen Migration, in: Husa, Karl/ Parnreiter, Christof/ Stacher, Irene (Hrsg.): Internationale Migration: Die globale Herausforderung des 21. Jahrhunderts?, Historische Sozialkunde 17/ Internationale Entwicklung, Wien, S. 97-122.
- Bernstein, Ann/ Weiner, Myron (1999): Introduction, in: Bernstein, Ann/ Weiner, Myron (Hrsg.): Migration and Refugee Policies. An Overview, London/ New York.
- Bourdieu, Pierre (1992): Die verborgenen Mechanismen der Macht (aus dem Französischen von Jürgen Bouldier), Hamburg.
- Bourdieu, Pierre (1993): Soziologische Fragen (aus dem Französischen von Hella Beister und Bernd Schwibs), Frankfurt a.M.
- Bourdieu, Pierre (1995): Sozialer Raum und „Klassen“. Leçon sur la leçon. Zwei Vorlesungen (aus dem Französischen von Bernd Schwibs), Frankfurt a.M.
- Bourdieu, Pierre (1997): Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft (aus dem Französischen von Günter Seib), Frankfurt a.M.
- Bourdieu, Pierre (1998): Über das Fernsehen (aus dem Französischen von Achim Russer), Frankfurt a.M.
- Bulmer-Thomas, Victor (1987): The Political Economy of Central America since 1920, Cambridge Latin American Studies, Bd. 63, Cambridge.
- Castillo, Manuel Ángel (1994): A Preliminary Analysis of Emigration Determinants in Mexico, Central America, Northern South America and the Caribbean, in: International Migration, Vol. XXII, No. 2, Genf, S. 269-306.
- Castillo, Manuel Ángel (1999): La migración en Centroamérica y su evolución reciente, in: Revista de historia, Nr. 40, Heredia, C.R. Juli-Dezember 1999, S. 27-56.
- Castles, Stephen/ Miller, Mark J. (1998): The Age of Migration. International Population Movements in the Modern World, London (1993).
- Castro Porras, Luis Paulino (Hrsg.) (1997): Ley General de Migración y Extranjería, Colección Leyes, No. 23, San José, C.R.
- Cohen, Robin (1996): Theories of Migration, Cheltenham.
- Consejería en Proyectos para Refugiados Latinoamericanos (1996): Los Nicaragüenses en Costa Rica: Enfoque de una problemática, San José, C.R.



- Cranshaw, Martha I./ Morales, Abelardo (1998): *Mujeres adolescentes y migración entre Nicaragua y Costa Rica*, San José, C.R.
- de Alonso, Irma T. (1994): A Macroeconomic Assessment of Central America, in: de Alonso, Irma T. (Hrsg.): *Trade, Industrialization and Integration in Twentieth-Century Central America*, Westport/ London, S. 15-37.
- Demtschück, Elke (1991): Restrukturierung des MCCA – Instrument zur Krisenüberwindung in Zentralamerika?, in: Nuhn, Helmut (Hrsg.): *Zentralamerika – Ökonomische Integration und regionale Konflikte*, Stuttgart, S. 199-219.
- Diálogo Centroamericano (Hrsg.) (1999): Arroyo, Viviana/ Yanci Espinoza, Ana), No. 40, San José, C.R., August 1999.
- dos Santos, Theotonio (1972): Über die Struktur der Abhängigkeit, in: Senghaas, Dieter (Hrsg.): *Imperialismus und strukturelle Gewalt. Analysen über abhängige Reproduktion*, Frankfurt a.M., S. 243-257.
- Eichenhofer, Eberhard (1999): Einleitung: Illegale Einreise, illegaler Aufenthalt und illegale Beschäftigung als Fragen der Migrationsforschung, in: Eichenhofer, Eberhard (Hrsg.): *Migration und Illegalität*, Schriften des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien der Universität Osnabrück, Bd. 7, Osnabrück.
- Espinosa, Kristin/ Massey, Douglas (1997): Undocumented Migration and the Quantity and Quality of Social Capital, in: Pries, Ludger (Hrsg.): *Transnationale Migration, Soziale Welt Sonderband 12*, Baden-Baden, S. 141-162.
- Faist, Thomas (1997): Migration und der Transfer sozialen Kapitals oder: Warum gibt es relativ wenige internationale Migranten? in: Pries, Ludger (Hrsg.): *Transnationale Migration, Soziale Welt Sonderband 12*, Baden-Baden, S. 15-44.
- Ferris G., Elizabeth (1987): *The Central American Refugees*, New York/ Westport/ London.
- Figuroa Ibarra, Carlos (1993): Centroamérica: entre la crisis y la esperanza (1978-1990), in: Torres-Rivas, Edelberto (Hrsg.): *Historia Inmediata, Historia General de Centroamérica*, Tomo VI, Madrid, S. 35-88.
- Flores, Margarita/ Bratescu, Adrian/ Martínez, José Octavio/ Oviedo, Jorge A./ Acosta, Alicia (2002): *Centroamérica: El impacto de la caída de los precios del café*, Serie estudios y perspectivas No. 9, Unidad de Desarrollo Agrícola/ Unidad de Desarrollo Económico, CEPAL – México.

- Fourcher, Michel (1997): Tipología de las fronteras contemporáneas, in: Bovin, Philippe (Hrsg.): *Las Fronteras del Istmo. Fronteras y Sociedades entre el sur de México y América Central*, México, D.F./ Paris, S. 19-30.
- Funkhouser, Edward (2001): Fuga de cerebros de Centroamérica a los Estados Unidos, in: Rosero Bixby, Luis (Hrsg.): *Población del Istmo 2000: Familia, migración, violencia y medio ambiente*, San José, C.R., S. 155-185.
- Funkhouser, Edward/ Pérez Sáinz, Juan Pablo/ Sojo, Carlos (2002): *Social Exclusion of Nicaraguans in the Urban Metropolitan Area of San José, Costa Rica*, Inter-American Development Bank, Latin American Research Network, Research Network Working Paper Nr. R-437, Washington D.C.
- Giro, Pascal Olivier (1989): Formación y Estructuración de una frontera viva: el caso de la Región norte de Costa Rica, in: *geostmo*, Vol. III, No. 2, San José, C.R., S. 17-42.
- Glick Schiller, Nina/ Basch, Linda/ Szanton Blanc, Cristina (1997): From Immigrant to Transmigrant: Theorizing Transnational Migration, in: Pries, Ludger (Hrsg.): *Transnationale Migration, Soziale Welt Sonderband 12*, Baden-Baden, S. 121-140.
- Greiner, Peter (1991): Handelsexpansion und Konflikte im Zentralamerikanischen Gemeinsamen Markt, in: Nuhn, Helmut: *Zentralamerika – Ökonomische Integration und regionale Konflikte*, Stuttgart, S. 1-33.
- Greiner, Peter (1992): Handelsliberalisierung, ökonomische Integration und zwischenstaatliche Konflikte. Theorieansätze und empirische Analyse der Entwicklung des Zentralamerikanischen Gemeinsamen Marktes 1960-1985 (Dissertation 1991), *Wirtschaftsgeographie* (Hrsg.: Nuhn, Helmut), Bd. 2, Münster.
- Guerra-Borges, Alfredo (1991): Probleme und Perspektiven der industriellen Entwicklung auf Grundlage neuer Integrationsansätze (deutsch von Dagmar Lehmann), in: Nuhn, Helmut (Hrsg.): *Zentralamerika – Ökonomische Integration und regionale Konflikte*, Stuttgart, S. 101-125.
- Guerra-Borges, Alfredo (1993): El desarrollo económico, in: Pérez Brignoli, Héctor: *De la posguerra a la crisis, Historia General de Centroamérica*, Tomo V, Madrid, S. 13-83.

- Hamilton, Nora/ Stoltz Chinchilla, Norma (1996): Global Economic Restructuring and International Migration: Some Observations Based on the Mexican and Central American Experience, in: *International Migration*, Vol. XXXIV, No. 2, Genf, S. 195-227.
- Hobsbawm, Eric J. (1998): *Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780* (aus dem Englischen von Udo Rennert), München.
- International Organisation for Migration (IOM) (2002): *The State of Migration Management in Central America: An Applied Research Final Report*, June 2002.
- Joppke, Christian (1998): Immigration Challenges the Nation-State, in: Joppke, Christian (Hrsg.): *Challenge to the Nation-State. Immigration in Western Europe and the United States*, Oxford, S. 5-41.
- Kleinschmidt, Harald (2002): *Menschen in Bewegung. Inhalte und Ziele historischer Migrationsforschung*, Göttingen.
- Kösler, Reinhart (1997): Globalisierung, internationale Migration und Begrenzungen ziviler Solidarität. Versuch über aktuelle Handlungsformen von Nationalstaaten, in: Pries, Ludger (Hrsg.): *Transnationale Migration, Soziale Welt Sonderband 12*, Baden-Baden, S. 329-347.
- Krumwiede, Heinrich-W. (1991): Wahlen als Mittel der Konfliktregulierung? Die Wahlen vom 25. Februar 1990 in Nikaragua, in: Nolte, Detlef (Hrsg.): *Lateinamerika im Umbruch? Wirtschaftliche und politische Wandlungsprozesse an der Wende von den 80er zu den 90er Jahren*, Hamburg, S. 109-132.
- Larson, Elizabeth M. (1992): Costarican Government Policy on Refugee Employment and Integration, 1980-1990, in: *International Journal of Refugee Law*, Vol 4, No. 3, Oxford, S. 326-342.
- Lee, Everett S. (1966): A Theory of Migration, in: *Demography*, Vol. 3, No. 1, Silver Spring, S. 47-57.
- Mahler, Sarah J. (2000): *Migration and Transnational Issues. Recent Trends and Prospects for 2020* (CA 2020: Working Paper # 4), Hamburg.
- Marín Herrera, Maritza/ Monge Cordero, Allan/ Olivares Ferreto, Edith (2001): *Tejedores de supervivencia: Redes de Solidaridad de Familias Nicaragüenses en Costa Rica: el caso de „La Carpio“*, Cuaderno de Ciencias Sociales, Facultad Latinoamericana de Ciencias Sociales FLACSO, No. 118, San José, C.R.

- Massey, Douglas S./ España, F. García (1987): The Social Process of International Migration, in: *Science*, No. 237, Washington D.C., August 1987, S. 733-738.
- Massey, Douglas S. et al. (1998): *Worlds in Motion. Understanding International Migration at the End of the Millennium*, Oxford.
- Massey, Douglas S. (2000): Einwanderungspolitik für ein neues Jahrhundert (aus dem Englischen von Gerald Hödl), in: Husa, Karl/ Parnreiter, Christof/ Stacher, Irene (Hrsg.): *Internationale Migration. Die globale Herausforderung des 21. Jahrhunderts?*, *Historische Sozialkunde* 17/ *Internationale Entwicklung*, Wien, S. 53-76.
- Menjívar Larín, Rafael/ Trejos, Juan Diego (?1992): *La pobreza en América Central*, San José, C.R.
- Menjívar Larín, Rafael/ Rodríguez Román, Jorge (1998): *Centroamérica en cifras 1980-1996*, San José, C.R.
- Miller, Mark J. (1999): The Prevention of Unauthorized Migration, in: Bernstein, Ann/ Weiner, Myron (Hrsg.): *Migration and Refugee Policies. An Overview*, London/ New York, S. 20-44.
- Morales Gamboa, Abelardo (1997a): *Las fronteras desbordadas*, San José, C.R.
- Morales Gamboa, Abelardo (1997b): *Los territorios del Cuajipal: frontera y sociedad entre Nicaragua y Costa Rica*, San José, C.R.
- Morales Gamboa, Abelardo (1997c): Cruzar la Raya: Frontera y redes sociales entre Costa Rica y Nicaragua, in: Bovin, Philippe (Hrsg.): *Las Fronteras del Istmo. Fronteras y Sociedades entre el sur de México y América Central*, México, D.F./ Paris, S. 267-275.
- Morales, Abelardo/ Castro, Carlos (1999): *Inmigración laboral nicaragüense en Costa Rica*, San José, C.R.
- Morales Gamboa, Abelardo (Coordinador) (1999): *Amnistía Migratoria en Costa Rica. Análisis de los alcances sociales y del impacto del Régimen de Excepción Migratoria para los Inmigrantes de origen centroamericano en Costa Rica*, San José, C.R.
- Morales Gamboa, Abelardo/ Castro, Carlos (2002): *Redes transfronterizas. Sociedad, empleo y migración entre Nicaragua y Costa Rica*, San José, C.R.
- Nolte, Hans-Heinrich (?1993): *Die eine Welt. Abriß der Geschichte des internationalen Systems*, Hannover.

- Oficina Internacional del Trabajo (OIT) (1995): Informe. La situación de los trabajadores Nicaragüenses en Costa Rica, San José, C.R., September 1995.
- Organización Internacional para las Migraciones (OIM) (1991): Aspectos jurídicos e institucionales de las migraciones en Costa Rica, San José, C.R.
- Palmieri, Victor H. (1983): Foreword, in: Kritz, Mary M. (Hrsg.): U.S. Immigration and Refugee Policy, Lexington.
- Parnreiter, Christof (1999): Migration: Symbol, Folge und Triebkraft von globaler Integration. Erfahrungen aus Zentralamerika, in: Parnreiter, Christof/ Novy, Andreas/ Fischer, Karin (Hrsg.): Globalisierung und Peripherie. Umstrukturierung in Lateinamerika, Afrika und Asien, Frankfurt a.M./ Wien, S. 129-149.
- Parnreiter, Christof (2000): Theorien und Forschungsansätze zur Migration, in: Husa, Karl/ Parnreiter, Christof/ Stacher, Irene (Hrsg.): Internationale Migration. Die globale Herausforderung des 21. Jahrhunderts?, Historische Sozialkunde 17/ Internationale Entwicklung, Wien, S. 25-52.
- Pellegrino, Adela (1995): La migración internacional en América Latina, in: Pensamiento Iberoamericano, Revista de economía política, Madrid, Juli-Dezember, S. 177-209.
- Pinto Soria, Julio César (1993): La Independencia y la Federación (1810-1840), in: Pérez Brignoli, Héctor (Hrsg.): De la Ilustración al Liberalismo, Historia General de Centroamérica, Tomo III, Madrid, S. 73-140.
- Piore, Michael (1979): Birds of Passage: Migrant Labor and Industrial Societies, Cambridge.
- Portes, Alejandro (1983): International Labor Migration and National Development, in: Kritz, Mary M. (Hrsg.): U.S. Immigration and Refugee Policy. Global and Domestic Issues, Lexington.
- Posas, Mario (1993): La plantación bananera en Centroamérica (1870-1929), in: Acuña Ortega, Victor Hugo (Hrsg.): Las Repúblicas Agroexportadoras, Historia General de Centroamérica, Tomo IV, Madrid, S. 111-165.
- Pries, Ludger (2001): Internationale Migration, Bielefeld.
- Proyecto Estado de la Nación (2001): Estado de la Nación en desarrollo humano sostenible, Informe 7, San José, C.R.
- Ravenstein, Ernest George (1885): The Laws of Migration, in: Journal of the Royal Statistical Society, No. 48, S. 167-277.

- Reichardt, Sven (1997): Bourdieu für Historiker? Ein kultursoziologisches Angebot an die Sozialgeschichte, in: Mergel, Thomas/ Welskopp, Thomas (Hrsg.): Geschichte zwischen Kultur und Gesellschaft. Beiträge zur Theoriedebatte, München, S. 71-93.
- Renzi, María Rosa/ Kruijt, Dirk (1997): Los nuevos pobres. Gobernabilidad y política social en Nicaragua, San José, C.R.
- Revista de historia (1999) (Hrsg.: Fonseca, Elizabeth), No. 40, Heredia, C.R. Juli-Dezember 1999.
- Rojas Bolaños, Manuel (1993): La política, en: Pérez Brignoli, Héctor (Hrsg.): De la posguerra a la crisis, Historia General de Centroamérica, Tomo V, Madrid.
- Rosales, Jimmy et al. (2001): Nicaragüenses en el exterior, in: Rosero Bixby, Luis (Hrsg.): Población del Istmo 2000: Familia, migración, violencia y medio ambiente, San José, C.R., S. 231-251.
- Samper K., Mario (1993): Café, Trabajo y Sociedad en Centroamérica, (1870-1930): Una historia común y divergente, in: Acuña Ortega, Víctor Hugo (Hrsg.): Las Repúblicas Agroexportadoras, Historia General de Centroamérica, Tomo IV, Madrid, S. 11-110.
- Sandner, Gerhard (1990): Junge Wandlungen in den Grenzräumen Costa Ricas unter geopolitischen Einflüssen, in: Ellenberg, Ludwig/ Bergemann, Anneliese (Hrsg.): Entwicklungsprobleme Costa Ricas, Saarbrücken, S. 255-273.
- Sandoval García, Carlos (1999): Notas sobre la formación histórica del „otro“ nicaragüense en la nacionalidad costarricense, in: Revista de historia, No. 40, Heredia, C.R., Juli-Dezember 1999.
- Sandoval García, Carlos (Comp.) (2000): ¿Cómo me siento en Costa Rica? Autobiografías de nicaragüenses, Instituto de Investigaciones Sociales, Facultad de Ciencias Sociales, Universidad de Costa Rica, Serie Documentos No. 8, San José, C.R., Juni 2000.
- Sandoval García, Carlos (2002): Otros amenazantes. Los nicaragüenses y la formación de identidades nacionales en Costa Rica, San José, C.R.
- Sassen, Saskia (1995): Die Immigration in der Weltwirtschaft (aus dem Englischen von Halina Klimkiewicz), in: Journal für Entwicklungspolitik, Jg. 11, Heft 3, Frankfurt a.M., S. 261-284.
- Sassen, Saskia (1996): Losing Control? Sovereignty in the Age of Globalization, New York.

- Sassen, Saskia (2000): *Migranten, Siedler, Flüchtlinge. Von der Massenauswanderung zur Festung Europa* (aus dem Englischen von Irmgard Hölscher), Frankfurt a.M. (1996).
- Serra Vázquez, Luís H. (1998): *Eine eigentümliche Demokratisierung: Nicaragua in den 80er Jahren* (aus dem Englischen von Anna Stobbe), in: Tangermann, Klaus-Dieter (Hrsg.): *Demokratisierung in Mittelamerika. Demokratische Konsolidierungen unter Ausschluß der Bevölkerung*, Münster.
- Soto Quirós, Ronald (1998): *Inmigración e identidad nacional en Costa Rica 1904-1942. Los „otros“ reafirman al „nosotros“*. Tesis de la Facultad de Ciencias Sociales, Escuela de Historia, Universidad Costa Rica, San José, C.R.
- Stark, Oded (1991): *The Migration of Labour*, Oxford.
- Torres-Rivas, Edelberto (1993a): *La Sociedad: La dinámica poblacional, efectos sociales de la crisis, aspectos culturales y étnicos*, in: Torres-Rivas, Edelberto (Hrsg.): *Historia Inmediata, Historia General de Centroamérica*, Tomo VI, Madrid, S. 163-208.
- Torres-Rivas, Edelberto (1993b): *Introducción a la década*, in: Torres-Rivas, Edelberto (Hrsg.): *Historia Inmediata, Historia General de Centroamérica*, Tomo VI, Madrid, S. 11-33.
- Torres-Rivas, Edelberto (1993c): *Schauplätze und Lesarten der zentralamerikanischen Wahlen* (aus dem Spanischen von Petra Bendel), in: Bendel, Petra (Hrsg.): *Zentralamerika: Frieden – Demokratie – Entwicklung? Politische und wirtschaftliche Perspektiven in den 90er Jahren*, Frankfurt a.M., S. 41-62.
- Torres-Romero, Mario (1998): *Die Migrations- und Fluchtproblematik Zentralamerikas: Grundursachen, Entwicklung, humanitäre Lösungen und strukturelle Herausforderungen*, Phil.-Diss., München.
- van Dijk, Teun A. (2002): *Denying Racism: Elite Discourse and Racism*, in: Essed, Philomena/ Goldberg, David Theo (Hrsg.): *Race Critical Theories*, Malden/ Oxford, S. 307-324.
- Vargas V., José Joaquín (1996): *La tarjeta de trabajo estacional y la política laboral migratoria en Costa Rica*, in: *Reflexiones, Revista de la Facultad de Ciencias Sociales*, San José, C.R., S. 45-51.
- Watts, Julie R. (2002): *Immigration Policy and the Challenge of Globalization. Unions and Employers in Unlikely Alliance*, Ithaca/ London.

- Weller, Jürgen (2001): Melonen für den Weltmarkt – Wohlstand für Campesinos? Nicht-traditionelle Agrarexporte und die Entwicklung ländlicher Arbeitsmärkte in Zentralamerika, Frankfurt a.M.
- Wiley, James (1995): Undocumented Aliens and Recognized Refugees: The Right to Work in Costa Rica, in: International Migration Review, Vol. 29, No. 2, New York, S. 423-440.
- Williams, Robert G. (1986): Export Agriculture and the Crisis in Central America, North Carolina.

### 9.3 Abkürzungsverzeichnis

BIP	Bruttoinlandsprodukt
CEPAL	Comisión Económica para América Latina y el Caribe
CIREFCA	Conferencia Internacional Sobre Refugiados Centroamericanos / International Conference on Central American Refugees
FLACSO	Facultad Latinoamericana de Ciencias Sociales
FSLN	Frente Sandinista de Liberación Nacional (Nikaragua)
HDI	Human Development Index
IDESPO	Instituto de Estudios Sociales en Población (Costa Rica)
INEC	Instituto Nacional de Estadística y Censos (Nicaragua)
IOM/OIM	International Organisation for Migration/ Organización Inter- nacional de Migraciones
MCCA	Mercado Común Centroamericano
OIT	Oficina Internacional del Trabajo
PLN	Partido Liberación Nacional (Costa Rica)
PUSC	Partido Unidad Social Cristiana (Costa Rica)
UNDP	United Nations Development Program